Islamistische und jihadistische Akteure in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern
mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen

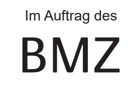
Oliver Schlumberger, Peer Gatter, Danaë Panissié







Im Auftrag des





Impressum

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Abteilung 3300
Postfach 5180
D-65726 Eschborn
T +49-6196 79-0
E info@giz.de
I www.giz.de

Verantwortlich:
Regina Bauerochse, Leiterin
Abteilung Mittelmeer & Mittlerer Osten

Dr. Peer Gatter
Programmkoordinator – Interkulturelle Beziehungen
mit islamisch geprägten Ländern
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
E Islam-und-EZ@giz.de

Prof. Dr. Oliver Schlumberger
Eberhard-Karls Universität Tübingen
Institut für Politikwissenschaft
Melanchthonstr. 36
72074 Tübingen
E mena@uni-tuebingen.de
T 07071-29-78372

Autoren:
Prof. Dr. Oliver Schlumberger, Dr. Peer Gatter,
Danaë Panissié

Konzeption und Redaktion:
Dr. Peer Gatter & Anja Köhler

Logistische Unterstützung:
Stephanie Wagner

Lektorat und fachliche Unterstützung:
Anja Köhler, Danaë Panissié, Jenny Bednarek,
Marion Jerichow

Bildnachweis:
© Fotos Peer Gatter
(außer Screenshots von Webseiten,
Nachrichtensendungen und Propagandamaterialen)

Kontakt:
Ansprechpartner Islam, OE 3300
E Islam-und-EZ@giz.de

Gestaltung:
MEDIA DESIGN, www.media-design.me

ISBN 978-3-944152-24-0



Sonnenuntergang über Sidi Bou Said bei Tunis

Inhalt



Demonstration schiitischer Schulmädchen

Vorwort



Regina Bauerochse Barbosa
Leiterin Abteilung Mittelmeer
und Mittlerer Osten

Liebe Leserinnen und Leser,

Im Zuge der politischen Veränderungen in den Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas seit Beginn des „Arabischen Frühlings" hat die Bedeutung von Religion und religiösen Akteuren in der Politik der Region stark zugenommen. Auf der politischen Bühne spielen religiöse Kräfte in vielen unserer Partnerländer seitdem eine ernstzunehmende Rolle, was die Wahlerfolge der *an-Nahda*-Partei in Tunesien, der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung in Marokko und der den ägyptischen Muslimbrüdern nahestehenden Partei für Freiheit und Gerechtigkeit nur beispielhaft belegen.

Die Debatte zum Umgang mit diesen Akteuren und mit religiösen Themen hat seither auch in der Entwicklungszusammenarbeit deutlich an Aktualität gewonnen, ist die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) doch im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in fast 40 der weltweit rund 50 islamisch geprägten oder mehrheitlich muslimischen Staaten tätig.

Der Islam als identitäts- und sinnstiftendes Element und eine islamische bzw. islamistische Akteurslandschaft charakterisieren inzwischen vielerorts die Rahmenbedingungen der internationalen Zusammenarbeit. Diese Akteure zu ignorieren und nicht in Demokratisierungs- und Entwicklungsprozesse einzubinden, bedeutet, einflussreiche Teile der Gesellschaften unserer Partnerländer und deren Potentiale ungenutzt zu lassen. Ihre Einbindung kann zur Minderung von Konfliktpotenzialen, zur Erhöhung von Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Entwicklungsmaßnahmen sowie zur Erhöhung der persönlichen Sicherheit internationaler Fachkräfte beitragen.

Eine realistische Einschätzung islamistischer Gruppierungen, ihrer Programmatik und Instrumente sowie die informierte Bewertung ihrer Ziele und deren Vereinbarkeit mit den Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit ist in diesem Zusammenhang eine wesentliche Herausforderung, bei deren Bewältigung sich die Zusammenarbeit und der intensive Austausch mit Forschung und Lehre an deutschen Universitäten als gewinnbringend erweisen.

Die vorliegende Analyse bedeutender islamistischer und jihadistischer Bewegungen ist ein gelungenes Gemeinschaftsprojekt mit der Universität Tübingen, das die Bedeutung solcher Kooperationen einmal mehr unter Beweis stellt. Diese Dokumentation soll in erster Linie Entscheidungsträger und Fachkräfte der internationalen Zusammenarbeit dabei unterstützen, sich in einem komplexen und dynamischen Akteursspektrum zu orientieren, Risiken realistisch abzuschätzen und Potentiale zu nutzen.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine spannende Lektüre!

Geleitwort



Prof. Dr. Oliver Schlumberger
Eberhard-Karls Universität Tübingen
Institut für Politikwissenschaft

Dass die GIZ als Durchführungsorganisation deutscher Entwicklungszusammenarbeit und die Universität Tübingen eine gemeinsame Publikation erstellen, ist beachtenswert: Kooperationen zwischen entwicklungspolitischer Praxis und academia stellen noch immer seltene Ausnahmen dar, obwohl deren wechselseitiger Nutzen auf der Hand liegt.

Zur Ausbildungsrolle von Universitäten zählt neben der Vermittlung analytischer Kompetenzen zur kritischen Reflexion auch die Vermittlung von berufspraktischem Wissen. Der regelmäßige Austausch zwischen praktischer Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und Wissenschaft über Inhalte und Bedarfe, aber auch die konkrete Kooperation in spezifischen Projekten ist für beide Seiten befruchtend. Durch die gezielte Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit wird die EZ überdies in die Lage versetzt, neue entwicklungspolitische Ansätze in der Konzeption und Durchführung von Entwicklungsprojekten aufzugreifen und in deren nachhaltige Umsetzung einfließen zu lassen.

Umgekehrt sind die heutigen Studierenden die Fach- und Führungskräfte von morgen. Sie erwarten zu Recht die Vermittlung eines konkreten Verständnisses berufspraktischer Zusammenhänge. Deshalb sollten Universitäten Brücken in die berufliche Praxis aufbauen und erhalten. Lehrende müssen diesen Austausch aktiv suchen, um praktisch relevantes Wissen kompetent vermitteln zu können. Umgekehrt gewinnt die EZ durch realitätsnahe entwicklungspolitische Lehre an Universitäten qualifizierten Nachwuchs.

AbsolventInnen unseres Tübinger Arbeitsbereiches haben sich seit Langem in verantwortlichen Positionen des Berufsfeldes verdient gemacht: Sie sind heute in globalen und regionalen internationalen Organisationen, bei GIZ, KfW, DIE, bei Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen, in Verbänden und politischen Parteien vertreten. Dies unterstreicht die Bedeutung der entwicklungspolitischen Ausbildung, die am Exzellenzstandort Tübingen seit den 1980er Jahren auf höchstem Niveau betrieben wird.

Islam und Entwicklungszusammenarbeit



Dr. Peer Gatter
Programmkoordinator - Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern

In vielen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere im Mittleren Osten und Nordafrika (MENA), prägen religiöse Vorstellungen den Alltag. Religiöse Praktiken strukturieren das Leben weiter Bevölkerungsteile, regeln das zwischenmenschliche Zusammenleben und wirken sich in vielfältiger Weise auch auf Recht, Politik, Wirtschaft und die Staatsform aus. Islamische und islamistische Bewegungen sind in diesen Ländern fester Bestandteil der politischen Kultur und der Zivilgesellschaft. Sie leisten vielerorts soziale Grunddienste, die der Staat nicht länger erbringen kann und tragen so zu Armutsbekämpfung, Bildung und medizinischer Versorgung bei. Folglich wird ihnen in der Bevölkerung hohes Vertrauen entgegengebracht, ihre Vertreter gelten als integer und unbestechlich. Sie sind daher tief in den Gesellschaften verankert, tiefer oftmals als staatliche Behörden.

Die zunehmende Bedeutung von islamischen Bewegungen, von religiösen Bildungseinrichtungen, Moscheen und religiösen Würdenträgern ist daher nicht zwangsläufig mit Radikalisierungstendenzen gleichzusetzen, sondern vielmehr Ausdruck von sozialen Nöten und der sozialpolitischen Rolle, die diesen Institutionen in Staaten mit einem schwach ausgeprägtem Wohlfahrtssystem in immer stärkerem Maße zukommt. Die neue Bedeutung religiöser Bewegungen wurde dem Westen im so genannten „Arabischen Frühling“ eindrücklich vor Augen geführt. So waren es gerade nicht die säkularen, mehr Demokratie einfordernden Parteien, die als Sieger aus den ersten freien Wahlen in Umbruchsländern wie Ägypten, Tunesien oder Marokko hervorgingen, sondern islamistische Gruppierungen im Einflussbereich der Muslimbruderschaften, die den Revolutionen zunächst zögerlich entgegen getreten waren. Sie hatten es beim Urnengang jedoch verstanden, ihre Klientel zu mobilisieren – nicht zuletzt dank massiver finanzieller Zuwendungen aus den Golfstaaten.

Aufgrund ihrer wachsenden Bedeutung können diese Bewegungen von der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) nicht länger ignoriert werden, waren es doch gerade westliche Politiker, die Mut zu einem demokratischen Wandel eingefordert hatten. Durch Wahlen legitimiert, wurden islamistische Parteien in einer Reihe von Ländern inzwischen in Regierungsverantwortung getragen und ihre Repräsentanten sind heute die direkten Ansprechpartner deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik sowie der deutschen EZ. Ihre Einbindung in Entwicklungsprozesse – so ist zu hoffen – kann dabei helfen, die historisch gewachsene Brücke zwischen der MENA-Region und Europa zu erhalten und weiter auszubauen, gerade in einer Zeit, in der innergesellschaftliche Konflikte und geopolitische Interessenlagen dazu geführt haben, dass große Bevölkerungsteile in islamisch geprägten Gesellschaften die Glaubwürdigkeit von globalen oder westlichen Problemlösungsstrategien zunehmend in Frage stellen und als externe Einflussnahme ablehnen.

Initiativen der GIZ im Bereich „Islam und Entwicklungszusammenarbeit" zeigen, dass islamische Entwicklungsvorstellungen deutliche Parallelen zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung aufweisen können. Beispiele für gelungene Kooperationen sind Projekte zur Einführung sozialer Krankenversicherungen für Arme auf der Grundlage des Zakat (der Verpflichtung zur Entrichtung von Abgaben zu Gunsten Bedürftiger), Mikrofinanzierung nach Prinzipien des islamischen Bankwesens, Zusammenarbeit mit religiösen Würdenträgern zur rechtlichen Besserstellung von Frauen, zur Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung und häuslicher Gewalt, sowie die Kooperationen mit Moscheen, Imamen und Koranschulen zu Umwelterziehung und Biodiversität (siehe beispielsweise Gatter et al. 2013).

Der Islam ist kein monolithisches Gebilde mit einem starren, unveränderlichen Werte- und Normensystem, wie er oft vereinfachend dargestellt wird. Er ist nicht nur durch verschiedene religiöse Strömungen und Rechtsschulen geprägt, sondern auch von lokalen Traditionen und politisch-historischen Erfahrungen, wie etwa der Kolonialzeit oder der Lebensrealität in den Diktaturen, die ihr zumeist folgten. Nicht selten weichen religiöse Ideale und gelebte Alltagspraxis stark voneinander ab. Auch die Kodifizierung islamischer Rechtsvorstellungen wird in vielen Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit höchst unterschiedlich gehandhabt. Unter diesen Staaten befinden sich sowohl säkular verfasste Gemeinwesen wie etwa Algerien oder die Türkei, als auch solche, deren Rechtssystem ganz oder teilweise auf der Scharia fußt, wie etwa der Jemen oder inzwischen auch Ägypten.

Gerade diese Diversität ist es, in welcher vielfältige Chancen für eine fruchtbare Zusammenarbeit und eine Einbindung neuer, auch religiöser Akteure in Demokratisierungs- und Entwicklungsprozesse liegen. Eine differenzierte Wahrnehmung des soziokulturellen Umfeldes und die realistische Einschätzung von religiös motivierten gesellschaftlichen Kräften, deren Selbstverständnis, Ziele, deren innergesellschaftlicher wie auch regionaler Vernetzung und Finanzierung sind daher wichtige Voraussetzungen, um Spielräume für die EZ nutzen zu können, Gefahren und Konfliktpotentiale frühzeitig zu erfassen



Konsultationen des hohen islamischen Rates der Provinz Annaba mit dem deutsch-algerischen Programm für integriertes Umweltmanagement



Biologische Exkursion für Koranschülerinnen (Universität El-Tarf mit dem Programm für integriertes Umweltmanagement, Algerien)

und die Grenzen des jeweils Verhandelbaren zu erkennen.

In einer ganzen Reihe von Arbeitsfeldern der Entwicklungszusammenarbeit ergeben sich Schnittstellen mit dem Islam, wenn sich seine Relevanz auch nicht immer gleich auf den ersten Blick erschließt: Nehmen wir etwa von der GIZ durchgeführte Infrastrukturprojekte wie den Straßenbau in Afghanistan. Bei Außerachtlassung der islamischen, auf dem Koran basierenden Landrechte können Vorhaben hier sehr schnell an ihre Grenzen stoßen und mitunter den bewaffneten Widerstand lokaler Bevölkerungsgruppen auslösen. Auch bei der Bearbeitung von Themen wie etwa Wirtschaftsförderung, Rechtsreform, Demokratie und Menschenrechte, Klimaschutz, Frauenförderung oder Konfliktbearbeitung dürfen kulturelle und religiöse Rahmenbedingungen in den Ländern der MENA-Region deshalb nicht außer Acht gelassen werden (GIZ 2011).

Unterschiedlichste Hindernisse und Vorurteile erschweren jedoch häufig eine erfolgreiche Kooperation im Rahmen dieser Themen. Dazu zählen etwa Konflikte zwischen Staatsmacht und oppositionellen islamistischen Kräften. Aber auch Konflikte zwischen dem westlichen Kulturkreis und dem Islam spielen hierbei eine zentrale Rolle. Deren Verhältnis zueinander ist häufig von Vorurteilen und Stereotypen geprägt. In der öffentlichen Meinung Europas dominiert dabei ein Islambild, das Entwicklungsrückstände und Reformstau ursächlich auf „den Islam“ als Religion zurückführt und in der islamischen Kultur eine hohe Gewaltbereitschaft vermutet. Umgekehrt besteht auf Seiten von Muslimen die Angst, der Westen wolle über Eingriffe in politische Systeme und die gezielte Förderung einzelner Akteure auf Gesellschaft, Kultur und Religion der Partnerländer gestaltend Einfluss nehmen, um dabei einen dem Westen gefügigen Islam zu formen. Insbesondere im Zuge des „Arabischen Frühlings“ und den daraus erwachsenen Möglichkeiten zu freier Meinungsäußerung und politischer Partizipation ist auch ein Erstarken kultureller Identitäten und eine zunehmend kritischere Einstellung gegenüber dem Westen zu beobachten. Hier kommt der Entwicklungszusam-

menarbeit die wichtige Rolle zu, Spannungen und Informationsdefizite abzubauen. Dies setzt jedoch eine starke Partnerorientierung, Transparenz sowie insbesondere im komplexen gesellschaftlichen Umfeld unserer islamisch geprägten Partnerländer Fachkräfte mit einer hohen kulturellen wie auch religiösen Sensibilität voraus. Dies muss gepaart sein mit einer differenzierten Kenntnis der religiös-kulturellen Ausprägungen des Islam, seiner Werte und Traditionen sowie des religiösen und säkularen Spektrums der Zivilgesellschaften. Interessen und Reformansätze können so erkannt und erfolgreich in Entwicklungsprozesse eingebunden werden.

Um das Thema der kulturellen und religiösen Vielfalt stärker in der Entwicklungszusammenarbeit zu verankern, hat die GIZ bereits 2007 das Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern in der Abteilung Mittelmeer und Mittlerer Osten geschaffen. Hervorgegangen ist es aus einer Reihe von Pilotprojekten mit islamischen Akteuren in Westafrika, welche die Bedeutung von Kultur und Religion für den Verlauf und die Wirkung von Entwicklungsprozessen verdeutlichen (siehe z.B. GTZ 2006 - Islam und TZ in Afrika). Zu den wichtigsten Aufgaben des Programmbüros zählt die kulturadäquate Konzeption und Umsetzung von Vorhaben zur Erhöhung der Wirkungen, Akzeptanz und Nachhaltigkeit von Entwicklungszusammenarbeit. In diesem Rahmen erbringt das Programmbüro eine Reihe fachlicher Beratungsleistungen für die Vorhaben und Fachkräfte der deutschen EZ. Neben Pilotprojekten, Studien, Analysen und interkulturellen Fortbildungen führt das Programmbüro auch regelmäßig Informationsveranstaltung zu aktuellen Fragestellungen der Entwicklungszusammenarbeit in islamisch geprägten Ländern durch. Zu den Themen des Programmbüros gehören neben Kultur und Wirtschaft, politischem Islam und islamischer Bildung auch der Klimawandel, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie islamische Mikrofinanz, islamisches Recht, Rechtsreform und Frauenrechte.

Die vorliegende Arbeit ist das jüngste Beispiel einer Reihe von Dokumentationen und Analysen zum Thema, die das Programmbüro in den letzten Jahren veröffentlicht hat. Dazu gehören unter anderem auch die Publikationen *Politischer Islam in den arabischen Ländern* (2008), *Islam und Entwicklung – ein Widerspruch?* (2010), *Scharia und Entwicklungszusammenarbeit* (2011), und *Eine Theologie der Natur - Biodiversität als Unterrichtsfach an algerischen Koranschulen* (2012).



Einige der Publikationen des Programmbüros

Kacheln eines Heiligenschreins nahe dem iranischen Isfahan



Einführung

Vorliegende Dokumentation ist Ergebnis einer Zusammenarbeit des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Tübingen mit dem Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern der GIZ. Ihr Hauptziel ist es, ein vertieftes Verständnis für die Programmatik und Positionen ausgewählter islamistischer und jihadistischer Akteure zu befördern, welche aus Sicht der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zentrale Bedeutung erlangt haben. Darüber hinaus soll die Rolle dieser Akteure innerhalb ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kontexte beleuchtet werden. Dabei reicht das Spektrum unterschiedlicher Rollen, welche islamistische Akteure einnehmen, von Volks- oder Massenparteien, welche die Regierungen ihrer Länder führen, über soziale Bewegungen bis hin zu terroristischen Netzwerken.

1. Zweck

Somit dienen die folgenden Porträts ausgewählter Akteure der Orientierung nicht nur über einzelne islamistische (einschließlich jihadistischer) Akteure, sondern insbesondere über deren Einbettung in ihre jeweiligen landesspezifischen Kontexte, ohne deren Kenntnis eine Beurteilung kaum sinnvoll möglich wäre. Das Spektrum hierbei ist nicht nur inhaltlich hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Zielvorstellungen der vorgestellten Akteure breit, sondern betrifft auch qualitativ unterschiedliche Kontexte. Diese reichen von fragilen und zerfallenden Staaten über scheinbar stabile Autokratien bis hin zu Ländern in Transitions- oder Übergangsphasen, manche davon mit guten Aussichten auf Demokratisierung.

Während es weder Ziel dieser Dokumentation sein kann, die Akteurslandschaften und -Konstellationen in Gänze abzubilden, noch in diesem Rahmen auch „nur" erschöpfende Portraits der ausgewählten Akteure gezeichnet werden können, so hoffen wir doch, aufgrund der begründeten Auswahl der Akteure (mehr dazu unten) sowie aufgrund der analytisch-kontextuellen Einbettung, eine Hilfe beim Umgang mit solchen Akteuren und ihren Vertretern in den Kontexten der EZ ebenso geben zu können, wie auch beim Vergleich solcher Akteure untereinander und ihrer Unterscheidung voneinander.

Zwei Jahre nach Beginn des so genannten „Arabischen Frühlings" zeigt sich die Kern- und Ursprungsregion des Islam, der Vordere Orient (einschließlich seiner nord- und ostafrikanischen wie auch zentralasiatischen Teile), so heterogen wie kaum je zuvor. Die Staaten und Gesellschaften der Region sind nach wie vor in unterschiedlichsten Umbrüchen und Transformationsprozessen begriffen. Viele Fragen bleiben dabei offen, doch ein Trend zeichnet sich sehr deutlich ab: Islamisch-religiöse Akteure, die religiöse Überzeugungen mit ihrem politischen Programm verbinden, haben in dieser ersten Phase des Wandels nach den Massenrevolten gesellschaftlich wie politisch überdurchschnittlich stark an Einfluss gewonnen – und dies, obwohl sie nicht die Speerspitzen der Massenproteste der Jahre 2010-12 gebildet hatten. Heute dagegen stehen sie in der ersten Reihe der auch entwicklungspolitisch relevanten Kräfte - als Partner, aber potenziell auch als Vetospieler und blockierende Kräfte.

„Islamistische Akteure" meint dabei im Folgenden jene Akteure, welche sich selbst als islamisch definieren *und* die unter Berufung auf die Religion des Islam eine politische oder politisch relevante Programmatik und/oder Agenda verfolgen. Solche Akteure können die EZ und ihre Maßnahmen sowohl direkt als auch indirekt beeinflussen, und dies sowohl in positiver als auch negativer Weise. Die im Folgenden porträtierten Akteure haben gemein, dass sie alle eine islamistische Agenda in dem Sinne verfolgen, dass ihnen der Islam als ideologische Rechtfertigung politischer Ziele und Programme dient. Die meisten der nachfolgend porträtierten Organisationen, Parteien oder Bewegungen sind landläufig zumindest ihrem Namen und Standort nach bekannt, doch fehlt häufig Kontext- und Hintergrundwissen, um die Bedeutung dieser Akteure für die EZ bis hin zu ihrer möglichen Rolle in konkreten Vorhaben und Maßnahmen auf solider Basis eigenständig einschätzen zu können. Das oben angesprochene vertiefte Verständnis, auf welches die vorliegende Dokumentation abzielt, soll genau diese Lücke zwischen Akteur, Kontext, und EZ als externem Akteur schließen. Damit stellt die Broschüre eine Handreichung dar, welche nicht zuletzt die Förderung interkultureller Kompetenzen und der Kontextsensibilisierung innerhalb der deutschen EZ zum Ziel hat.



Freitagspredigten ziehen allwöchentlich ein vielfältiges Publikum in ihren Bann, auch Bevölkerungsgruppen die von der klassischen Entwicklungszusammenarbeit nicht erreicht werden. Die Kooperation und der Austausch mit religiösen Führern kann helfen EZ-Vorhaben nachhaltiger zu gestalten

2. Relevanz

Interkulturelle Kompetenzen sind als Schlüsselqualifikation in einem Querschnittsbereich angesiedelt. Nicht wenige Mitarbeiter und selbst Führungskräfte fragen sich jedoch, was damit eigentlich konkret gemeint ist. Solche Kompetenzen liegen quer zu den vorrangig angewandten Rekrutierungs- und Beförderungsmechanismen sektoraler Kompetenzen der traditionellen technischen Zusammenarbeit (TZ). Leider stellt gerade diese weit verbreitete Haltung des Unverständnisses – gerade angesichts der heutigen Interaktions-Felder von EZ-Interventionen in hochsensiblen Kontexten – eher ein *Symptom* des Mangels solcher Kompetenzen dar denn einen Beleg ihrer Irrelevanz. Dies gilt verstärkt, wenn die EZ sich in einem Umfeld bewegt, das Mitarbeitern wie Führungskräften sowohl in seinen akteursspezifischen Verästelungen als auch in seinen Wert- und Normvorstellungen größtenteils unbekannt bleibt und daher zu Unsicherheiten im Umgang mit Akteuren, Fehleinschätzungen und zu finanziellen und – im schlimmsten Fall – menschlichen Verlusten führen kann und dadurch hohe Kosten materieller wie immaterieller Art verursachen kann. Die hierin lauernden Risiken werden häufig unterschätzt und bei Eintreten des Schadensfalles oft selbst im Nachhinein nicht erkannt, so dass selbst dann die „*lessons learnt*“ begrenzt zu bleiben drohen.

Umgekehrt birgt eine kontext- und akteurssensible EZ, die dabei jedoch ihre eigenen Rollen und Positionen bewusst reflektiert, erhebliche Chancen. Sie kann einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Glaubwürdigkeit und des Ansehens Deutschlands in den Partnerländern leisten, da sie Vertrauen schaffen kann. Eine solche Steigerung der eigenen Glaubwürdigkeit kann selbst dort eintreten, wo Positionsdifferenzen unüberwindbar sein mögen und aus unterschiedlichen Gründen keine partnerschaftlichen Beziehungen möglich sind.

Die Frage des Umgangs mit islamischen und islamistischen Akteuren steht hierbei in der Wichtigkeit klar an erster Stelle: Die in den vergangenen zehn Jahren zunehmend prekäre Entwicklung der Bezie-

hungen zwischen muslimischer und nicht-muslimischer Welt, insbesondere der westlichen Hemisphäre, führt in Deutschland wie auch in den Partnerländern vermehrt zu wechselseitigem Unverständnis und Misstrauen bis hin zu Gewaltanwendung. Dem steht entgegen, dass über die Hälfte der Partnerländer der deutschen EZ mehrheitlich muslimisch geprägt sind. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass Personal und Führung der EZ einerseits selbstsicher und andererseits sensibel mit islamischen wie islamistischen Akteuren umzugehen vermögen. Nur dann lassen sich die eigenen Spielräume zum Kompromiss mit oft als „schwierig" empfundenen Partnern bewusst identifizieren, aber auch deren Grenzen konkret und begründbar abstecken. Dies wiederum ist notwendig, um in jeweils qualitativ unterschiedlichen politischen und sozialen, aber auch kulturellen Kontexten zu unterscheiden zwischen möglichen – gegebenenfalls neuen – Partnern einerseits und so genannten Veto-Spielern (populär: „Spoilern") andererseits, ohne die große Grauzone zwischen beiden außer Acht zu lassen.

Die hier skizzierte gewachsene Bedeutung gerade islamistischer Akteure stellt die EZ und ihr Personal, sowohl in der politischen Steuerung wie in den Zentralen der Durchführungsorganisationen, als auch das Personal in Partnerländern, vor neue Herausforderungen: Vertiefte Kenntnisse über Akteurslandschaften sind nötig geworden, und dies insbesondere in der Kern- und Ursprungsregion des Islam, wo sich im Zuge der Revolten des so genannten „Arabischen Frühlings" die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse und Akteurskonstellationen in nahezu allen Ländern moderat, in einigen Fällen jedoch bis hin zu revolutionären Umbrüchen verändert haben. Neue Akteure haben die nationalen politischen Bühnen betreten, bereits bestehende haben ihre Positionen verändert und/oder ausgebaut.

Ohne sich der Illusion hinzugeben, durch vorliegende Broschüre alle notwendigen Kompetenzen und alles verfügbare Wissen bereit stellen zu können, zielt diese Dokumentation darauf ab, einige wenige, aber zentrale Akteure und Akteurskonstellationen so



Gefördert durch die GIZ: Biodiversitätsunterricht an algerischen Koranschulen



In einer ganzen Reihe von Vorhaben in Afrika und Asien bindet die EZ inzwischen sehr erfolgreich Imame und Koranlehrer als Multiplikatoren ein, so etwa im Programm für Integriertes Umweltmanagement im algerischen Annaba

nachzuzeichnen, dass auf jeweils wenigen Seiten die Zusammenhänge zwischen zentralen islamistischen Akteuren einerseits, den je spezifischen Kontexten, innerhalb derer sie operieren andererseits, sowie ihre daraus resultierenden Charakteristika porträtiert werden. Abschließende knappe Worte zur möglichen Bedeutung der Rolle(n) dieser behandelten Akteure für die EZ dienen der Abrundung des Gesamtbildes. Auf einer übergeordneten Ebene schließlich möchte die vorliegende Dokumentation einen Beitrag zu einer selbst-bewussten und dabei gleichzeitig partnersensiblen EZ leisten, wie sie in der Phase nach den Revolten des „Arabischen Frühlings" dringender denn je benötigt wird.

3. Auswahl der porträtierten Akteure

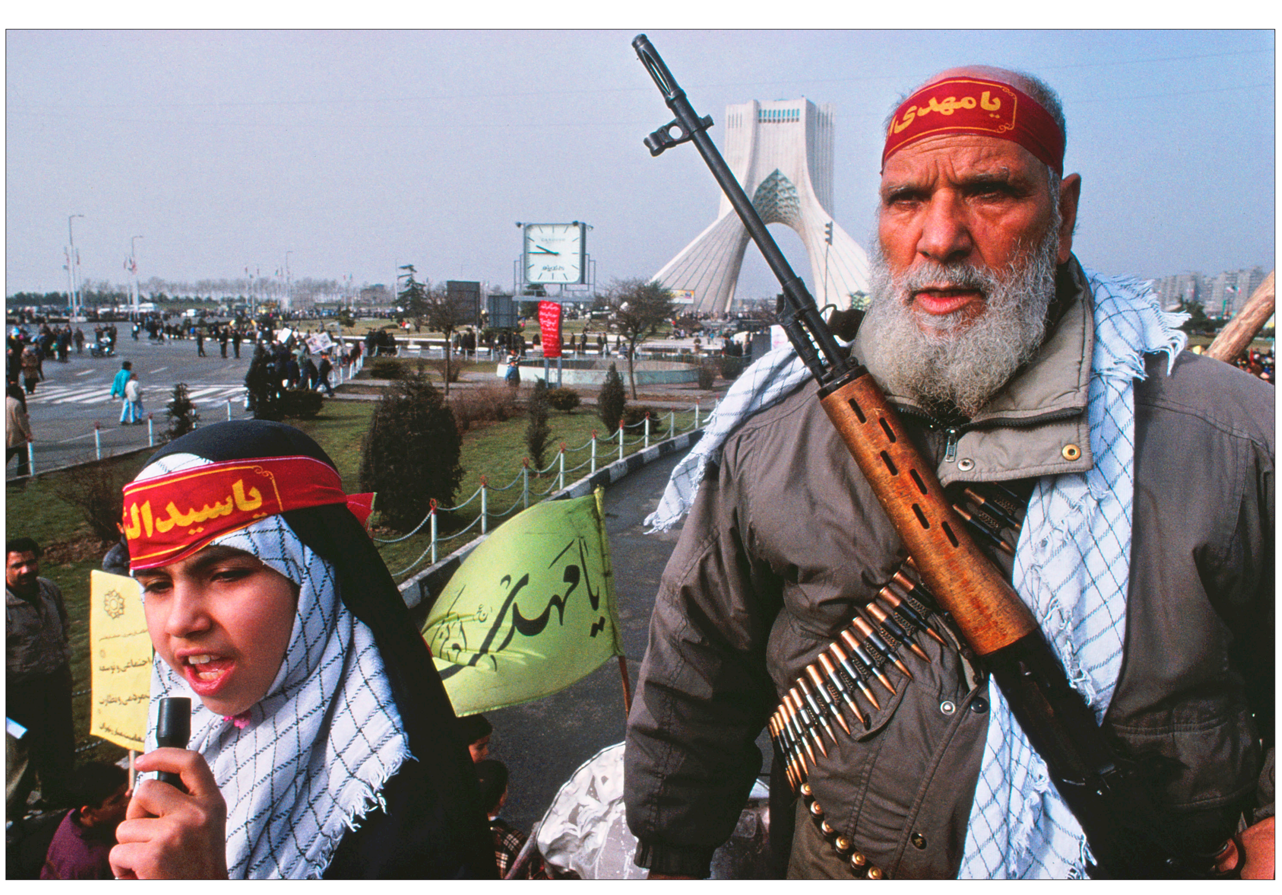
Sowohl die Prominenz islamistischer Akteure, aber auch deren Anzahl hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen, so dass eine flächendeckende Porträtierung aller für die EZ relevanten islamistischen Akteure unmöglich ist. Diese Dokumentation beschränkt sich deshalb auf acht solcher Akteure, welche nach unterschiedlichen Kriterien eine große Bandbreite gerade jener Akteure abzudecken sucht, welche sich für die EZ als besonders relevant darstellen. Im Einzelnen werden im Folgenden dargestellt:

- Muslimbruderschaft (Ägypten),
- Salafistische Bewegung (Ägypten),
- An-Nahda (Tunesien),
- Parti de la Justice et du Développement (PJD; Marokko),
- Hamas (Gazastreifen),
- Hizbullah (Libanon),
- Taliban (Afghanistan) sowie
- Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAP; Jemen).

Die **ägyptische Muslimbruderschaft** (*al-Ikhwan al-Muslimin*) stellt gewissermaßen den Urahn zahlreicher islamistischer Bewegungen auch in anderen Ländern, selbst jenseits der Region des Vorderen Orients, dar und verdient schon deshalb besondere Beachtung. Zudem liegt der Einbezug dieser Bewegung nahe, weil sie so lange wie keine andere in einem ambivalenten Verhältnis zum ägyptischen Staat

stand und zwischen unerbittlicher Repression, impliziter Toleranz und offener Duldung existierte und sich somit alle wesentlichen Schattierungen dieses Verhältnisses in ihrer Geschichte wiederfinden. Drittens schließlich gilt die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei, deren Repräsentant Muhammad Mursi den heutigen Präsidenten des Landes stellt, als parteipolitischer Arm der sozialen Bewegung der Muslimbrüder und steht damit in einem mächtigen Land der arabisch-islamischen Welt in direkter Regierungsverantwortung.

Ebenfalls in Ägypten, jedoch im extremistischeren Spektrum von Akteuren, ist die **salafistische Bewegung** angesiedelt, die sich entgegen ihren ursprünglichen Intentionen aktiv in die ägyptische Politik einbringt und am elektoralen Prozess mittels mehrerer neu gegründeter politischer Parteien teilnimmt. Damit existieren erstmals legale extremistisch-islamistische Akteure jenseits der bisher das Bild des Islamismus dominierenden Muslimbrüder und ihrer Ableger in anderen Staaten der Region Nordafrika/Nahost. In Ägypten – wie auch in Tunesien –sind salafistische Kräfte deshalb besonders bedeutsam, weil mit ihrer unerwartet starken Präsenz auf der politischen und gesellschaftlichen Bühne den Akteuren des islamistischen „Mainstream“ wie den Muslimbrüdern Konkurrenz aus dem islamischen Lager droht. Unter den neuen Bedingungen eines pluralistischen politischen Wettbewerbs und freier Meinungsäußerung, und dies innerhalb religiös stark konservativer Gesellschaften, drohen sich durch die starke Präsenz salafistischer Kräfte auch die politischen Agenden und Programme sowie die tatsächlichen Politiken von etablierten Akteuren wie Nahda oder Muslimbrüdern zu radikalisieren, wenngleich dies bislang auf Einzelfälle beschränkt blieb. Obwohl die salafistischen politischen Parteien bei den ägyptischen Wahlen 2012 mit rund 27 Prozent im Vergleich zu den Muslimbrüdern deutlich weniger Anhänger mobilisieren konnten, ergibt sich durch das Novum ihrer dennoch massiven Präsenz im politischen System eine prekäre Akteurskonstellation auch für die stärkeren „Volksparteien“ wie die ägyptische Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbrüder. Es ist diese Konstellation, welche in Ländern wie Tunesien und Ägypten heute zutage tritt und die möglicherweise einen Vorreitercharakter auch



Revolutions- und Religionsexport aus dem Iran und einer Reihe von Ländern der arabischen Halbinsel haben Konflikte in vielen Ländern Südostasiens und Sub-Sahara Afrikas verschärft und stellen auch die deutsche EZ vor große Herausforderungen (hier eine Kundgebung zum iranischen Revolutionsfeiertag am Azadi Platz in Teheran)

für andere Staaten haben könnte. Wenn Herrschaftssysteme sich nach Jahrzehnten der Diktatur pluralisieren, und die meist strikt anti-westlichen salafistischen Positionen sich in Koalitionen mit Parteien des islamistischen „Mainstream" niederschlagen oder deren Positionen beeinflussen, dann kann sich dies auch auf die Möglichkeiten und Grenzen internationaler Zusammenarbeit auswirken.



Islamische Aktivisten sind international gut vernetzt. Hier Louis Farrakhan (Mitte rechts), Führer der US-amerikanischen „Nation of Islam" auf Besuch im Iran

Die Konstellation in Ägypten steht in dieser Frage nicht allein, sondern wird exemplarisch dargestellt. Denn sie repräsentiert eine in der Zukunft womöglich häufiger auftretende Akteurskonstellation, in welcher moderat-islamistische Mehrheitsparteien – freiwillig oder gezwungenermaßen – mit ebenfalls starken salafistischen Kräften koalieren.

Zwei eng mit der ägyptischen Muslimbruderschaft verwandte Organisationen, die **an-Nahda-Bewegung Tunesiens** und die **marokkanische PJD**, gingen 2011 ebenfalls siegreich aus freien und fairen Wahlen hervor und sind in den Staatsführungen bzw. Regierungen beider Länder hochrangig vertreten. Auch mussten beide einen längeren evolutionären Prozess durchlaufen, bevor sie in diese Position kamen – die an-Nahda im Exil, die PJD im Land selbst. Trotz vergleichbarer ideologischer Hintergründe und programmatischer Ausrichtung, und trotz der Tatsache, dass beide nun Regierungsverantwortung übernommen haben, operieren beide – und das macht gerade den Vergleich interessant – in qualitativ unterschiedlichen politischen Kontexten: Während die PJD trotz Regierungsführung eine Partei in einem autoritären politischen System bleibt, deren Macht durch die Omnipotenz des Monarchen klar eingeschränkt ist, befindet sich Tunesien in einem systemischen politischen Wechsel mit einem möglichen Übergang zu demokratischer Herrschaft, von dem Marokko weit entfernt scheint. Beide Akteure jedoch sind aufgrund ihrer Beteiligung an den Regierungen ihrer Länder hoch relevant.
In ähnlicher Parallelität existieren auch Gemeinsamkeiten zwischen der **palästinensischen Hamas** einerseits und der **Hizbullah im Libanon** andererseits. Beide haben ihren Ursprung als primär reaktive Widerstandsbewegungen in Kontexten schwacher oder non-existenter Staatlichkeit, beide sind in ihren aktuellen Ausprägungen dezidiert moderne Erscheinungen, und beide sind von einer Programmatik geprägt, die sich ihrerseits wiederum stark vom jeweils vorherrschenden (proto-)nationalstaatlichen Kontext beeinflusst zeigt. Darüber hinaus stellen sich gerade für westliche Beobachter drängende Fragen hinsichtlich Befürwortung von (oder des Verzichts auf) Gewaltanwendung. Dies ist ein zentrales Kriterium sowohl für die Legalität als auch für die nationale wie internationale Legitimität bzw. Illegitimität solcher Bewegungen. Zudem werden beide von den Vereinigten Staaten auf deren Liste terroristischer Organisationen geführt. Bei genauerer Betrachtung jedoch zeigen sich auch deutliche Unterschiede zwischen beiden – gerade was die Frage ihres Gewaltpotenzials, aber auch ihres jeweiligen gesellschaftlichen Rückhalts und die Frage der von ihnen wahrgenommenen Funktionen in ihren je eigenen Kontexten anbelangt.

Zwei Akteure, die ohne jeden Zweifel im extremistischen respektive jihadistischen Spektrum islamistischer Akteure angesiedelt sind, werden mit den **Taliban Afghanistans** einerseits sowie der zentral **im**



Der Islam prägt die Kultur und das zwischenmenschliche Zusammenleben in vielen Partnerländern der deutschen EZ. Hier eine Moschee im Norden der Elfenbeinküste

Jemen operierenden Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAP) andererseits abgedeckt. Gerade in diesem Akteursspektrum gäbe es mittlerweile eine – freilich nur für den Forscher bequeme – breite Auswahl an Organisationen, Gruppierungen und Netzwerken, die exemplarisch für nicht-staatliche Gewaltakteure aus dem islamistisch-jihadistischen Spektrum porträtiert werden könnten; in der Vorbereitung dieser Dokumentation wurden auch mehrere solcher Akteure als mögliche Gegenstände dieser Publikation diskutiert (etwa die *Boko Haram* Nigerias, die *Shabab* Somalias, oder die im Norden Malis operierenden *Ansar ad-Din*). Doch aufgrund der besonderen Relevanz Afghanistans gerade für die deutsche EZ und die damit verbundenen Fragen des zivilen Wiederaufbaus sowie der zivil-militärischen Kooperation unter Bedingungen gescheiterter Staatlichkeit wurden für die Zwecke dieser Dokumentation die Taliban ausgewählt. Der Jemen war seinerseits seit langem ein traditionelles „Schwerpunktland“ der deutschen EZ. Er war als ärmstes Land der MENA-Region der einzige Staat der arabischen Welt, der in der HIPC-Initiative der Weltbank der späten 1990er vertreten war. Angesichts extremer staatlicher Fragilität steht er vor noch größeren Herausforderungen durch den so genannten „Arabischen Frühling“ als andere Staaten der Region. Die komplexe Gemengelage unterschiedlicher sunnitischer wie schiitischer islamistischer Kräfte, einschließlich der hier mächtigen AQAP, wirkt über den nationalen Kontext hinaus und spielt auch für die deutsche EZ eine wichtige wenngleich oft wenig erfreuliche Rolle.

4. Vorgehensweise und Struktur

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit sowie der besseren Vergleichbarkeit der einzelnen hier behandelten Akteure benutzt diese Dokumentation eine einheitliche Struktur in der Darstellung jedes der acht ausgewählten Akteure, welche eine kurze Erläuterung verdient.

Die hier angelegte Struktur gibt zunächst Hintergründe (1) zum nationalen politischen und gesellschaftlichen Kontext des jeweiligen Akteurs, zu seiner Entstehungsgeschichte, sowie – soweit bekannt und verlässlich benennbar – zu seiner Finanzierung. Dann erst wird die Rolle des Akteurs im Einzelnen

dargestellt, und zwar wiederum aufgeteilt nach der Rolle in den Umbrüchen und Protesten des „Arabischen Frühlings“ einerseits (2) sowie der gegenwärtig ausgeübten Rolle oder eingenommenen Position(en) andererseits (3). Ein Abschnitt zu politischen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen (4) rundet die Darstellung ab, bevor einige analytisch-interpretative Worte (5) die Bedeutung der Rolle(n) des Akteurs für die EZ das jeweilige Akteursporträt beschließen.

Sozialer und politischer Kontext

Erstens spielt der jeweilige soziale und politische Kontext, in dem ein Akteur agiert, eine entscheidende Rolle für seine Einschätzung: Er bestimmt maßgeblich die Handlungsspielräume des Akteurs. Daneben zeigen sich auch von Akteuren jeweils verfolgten Programmatiken nicht allein historisch-evolutionärer Natur und aus der jeweiligen Entstehungsgeschichte erklärbar. Vielmehr sind sie in aller Regel auch stark durch den jeweiligen Kontext beeinflusst, in dem die Akteure national oder auch transnational operieren und in dem sie sozialisiert werden. Deshalb veranschaulicht vorliegende Dokumentation stets auch den Kontext und sucht aufzuzeigen, auf welche Art ein Akteur in seinen jeweiligen politischen und sozialen Kontext eingebettet ist. Dieses Kriterium ist zentral für das Verständnis von Akteuren:

> „*Eine differenzierte Wahrnehmung des sozio-kulturellen Umfelds und die realistische Einschätzung von religiös motivierten gesellschaftlichen Kräften sind* […] *wichtige Voraussetzungen, um Möglichkeiten und Grenzen des jeweils Verhandelbaren erkennen und Spielräume nutzen zu können*“ […], doch dies „*setzt Fachkräfte mit einer hohen interkulturellen wie auch religiösen Sensibilität voraus*“ und „*erfordert eine hohe Dialogfähigkeit und die sachkundige Auseinandersetzung mit den vor Ort gegebenen Realitäten und Wertvorstellungen*“ (GIZ 2011, 7-8).

Aufgrund dieser Kontext-Gebundenheit von Akteuren lässt sich die Rolle islamistischer Akteure für die EZ nicht aufgrund der bloßen Betrachtung des Akteurs selbst analysieren. Angemessener ist es, von der Bedeutung *der Rolle* eines Akteurs für die EZ zu sprechen, wie sie sich aus der Natur des Akteurs einerseits, andererseits aber auch durch seine Einbettung in den jeweiligen Kontext ergibt. Erst die



Die Diversität islamischer Kultur und Religion bietet vielfältige Chancen für die Einbindung religiöser Akteure in Entwicklungsprozesse. Hier Qaderi Derwische beim Gottesdienst in irakisch-Kurdistan



Religiöse Erziehung beginnt schon im Kindesalter und geschlechterspezifischen Rollen werden so früh eingeübt. In der MENA Region üben islamistische Strömungen großen Einfluss auf das Bildungswesen aus

Zusammenführung beider Perspektiven erlaubt eine fundierte Einschätzung eines Akteurs und seiner Bedeutung für die EZ.

Entstehungsgeschichte

Ähnliches gilt für die Entwicklung von Akteuren über Zeit: Ohne ihre Entstehungshintergründe zu kennen bleiben das Wesen und die Ausrichtung von Akteuren dem Beobachter häufig verschlossen. Gerade islamistische Akteure unterlagen fast immer historisch-evolutionären Prozessen des Wandels, welcher meist sowohl Form als auch Agenda der Akteure über Zeit verändert hat. EZ kann nur dann glaubwürdig agieren und Anspruch darauf anmelden, als (Gesprächs)partner legitim zu erscheinen und ernst genommen zu werden, wenn sie auch informiert aufzutreten weiß. Die schiere „Macht der Mittel" dagegen, über die Geber bisweilen verfügen, ist keine gute Grundlage für die Vertiefung geschweige denn die Etablierung von Beziehungen, da sie die gerade bei diesen Akteuren besonders verbreitete Wahrnehmung „des Westens" als neoimperialer Einflussgröße noch zusätzlich befördert.

Finanzierung

Die Finanzstrukturen islamistischer Akteure gleich welcher Organisationsform und politischen Programmatik zu durchdringen zu suchen, ist eine Sysiphosaufgabe, an der bereits hierauf fokussierte Studien gescheitert sind. Nichtsdestotrotz versucht diese Dokumentation, ohne sich dabei in vage Spekulationen zu ergießen, zumindest einige kurze Aussagen zu Fragen der Finanzstrukturen und Finanzierungsmodi der vorgestellten Akteure zu treffen. Dass es in der Natur des Gegenstandes liegt, dass solche Aussagen – so sie überhaupt seriös möglich sind - im Vergleich zu anderen Abschnitten der Porträts knapp ausfallen, bedarf keiner besonderen Hervorhebung.

Rolle in den Umbrüchen des „Arabischen Frühlings" / gegenwärtig ausgeübte Rolle

Die Revolten, Revolutionen und Umbrüche der Jahre 2010 bis heute haben das Gesicht des Vorderen Orients wie auch die Machtbalance zwischen zentralen Akteuren, darunter Islamisten, in etlichen Ländern nachhaltig verändert. Dabei fällt wie eingangs erwähnt auf, dass Islamisten in der Regel zu

den Gewinnern dieser Prozesse zählen, während sie gleichzeitig zwar in unterschiedlichem Ausmaß an der Gestaltung der Umbrüche beteiligt waren, andererseits jedoch ihre zumindest anfängliche Zurückhaltung auffiel. Es lohnt sich deshalb, einen Blick auf die Rolle zu werfen, welche zentrale islamistische Akteure während dieser Umbruchsphase von Massenrevolten spielten, ob sie überhaupt vertreten oder davon betroffen waren, und welche Rolle sie darin einnahmen. Andererseits aber ist das „heiße" oder revolutionäre Moment des akuten Zorns, der sich in Massenprotesten entlud, in mehreren Staaten bereits Bestandteil der Geschichte, und in anderen Staaten wie etwa Afghanistan gab es – wenig verwunderlich – erst gar keinen „Arabischen Frühling". Deshalb beleuchtet ein dritter Abschnitt unabhängig davon die gegenwärtig eingenommenen Positionen und gegenwärtig ausgefüllten Rollen der ausgewählten Akteure in ihren jeweiligen Kontexten und zeichnet ein aktuelles Bild des Akteurs und seiner Konstellation in Bezug auf andere zentrale Akteure und Strukturen seines Umfeldes.

Politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen

Die im Nachfolgenden porträtierten islamistischen Akteure unterscheiden sich vorderhand offensichtlich in ihren jeweiligen Agenden und Zielsetzungen. Diese reichen von terroristischen Zielen zu karitativen Aktivitäten, von religiös-gesellschaftlichen bis zu genuin politischen Zielsetzungen. Während die populäre Unterscheidung islamistischer Akteure in „Moderate" und „Extremisten" vorderhand einleuchtet, ist sie nicht hinreichend, um ein exaktes Bild darüber zu gewinnen, welche Rolle ein solcher Akteur für die EZ zu spielen vermag. Ob er als Kooperationspartner in Frage kommt, als möglicher Veto-Spieler zu berücksichtigen ist, oder ob andere Umgangsformen angezeigt sein mögen, hängt stark (wenngleich nicht ausschließlich) von den gesellschaftlichen und politischen Ausrichtungen und Zielvorstellungen eines Akteurs ab.



Glaubenstransfer auf saudische Art: Das islamische Glaubensbekenntnis ziert das Heck der Billigfluglinie „Sama", zu deutsch „Himmel"

Bedeutung der Akteure für die Entwicklungszusammenarbeit

Dieser abschließende Abschnitt beinhaltet, am Ende der jeweiligen Porträts, knappe Aussagen über die möglichen Bedeutungen, die sich aus den diskutierten unterschiedlichen Rollen des jeweiligen Akteurs aus Perspektive der EZ ergeben. Es ist dabei durchaus beabsichtigt, dass diese Abschnitte – im Gegensatz zur ansonsten faktenorientierten Dokumentation – auch kontrovers diskutiert werden können und sollen; in diesem Fall wäre ein Ziel der vorliegenden Studie erfüllt. Daher muss in diesem Zusammenhang betont werden, dass diese Abschnitte ausschließlich die Positionen der Autoren widerspiegeln und nicht als offizielle Standpunkte der GIZ missverstanden werden dürfen.

Warum ist die Organisationsform kein Kriterium in der Struktur der Dokumentation?

Fraglos spielt auch die Organisationsform eine nicht unwichtige Rolle bei der Einschätzung eines Akteurs. Idealiter ließe sich etwa eine Vierteilung in politische Parteien, Organisationen, die jedoch nicht als politische Partei auftreten, informelle und dezentrale Netzwerke, sowie soziale Bewegungen unterscheiden.

Eine Vielzahl der hier betrachteten Akteure fielen dann in die Kategorie *politische Parteien* (Parti de la Justice et du Développement, Marokko; Hizbullah, Libanon; Hamas, Palästina; Nahda, Tunesien; Nur-Partei, Ägypten). Andere Akteure dagegen wären als *soziale Bewegungen* zu definieren (Muslimbrüder und salafistische Bewegungen, Ägypten; *Jama´at al-´Adl-wa-l-Ihsan*, Marokko). Als Teil eines *dezentralen Netzwerks* versteht sich Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAP). Netzwerke sind in erster Linie gekennzeichnet durch die Informalität ihrer Organisationsstruktur, wenn man von einer solchen überhaupt sprechen mag, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der jeweiligen Struktur des Netzwerkes deutlich voneinander. Die gängigen Definitionen für „soziale Bewegungen" sind so weit gefasst, dass sie durchaus höchst unterschiedliche Organisationsformen annehmen können, so dass die oben vorgeschlagene Gliederung bereits wieder aufgehoben wäre. Außerdem verfügen etliche der vorgestellten Akteure über unterschiedliche zeitgleich parallel existierende Organisationsformen, was diese als Klassifizierungskriterium methodisch fragwürdig macht.

Wichtiger noch: Bei einer solchen Strukturierung bestünde das Problem, dass in der realen Welt islamistische Akteure entweder gleichzeitig unterschiedliche Organisationsformen unterhalten oder ihre unterschiedlichen Arme sowie angegliederte Organisationen so stark überlappen, dass eine eindeutige Zuordnung nahezu ausgeschlossen ist. Eine verwandte, aber hiervon zu unterscheidende Problematik besteht darin, dass Mitglieder und Führungseliten multiple Rollen einnehmen und diese – in Abhängigkeit von gesellschaftlichen und politischen Umständen – in unterschiedlicher Weise ausfüllen können. Wenn also, wie bei islamistischen Akteuren häufig der Fall, Akteurszugehörigkeit über Kader bestimmt wird, dann ergibt sich hier ein methodisches Messbarkeitsproblem. Zudem ist die grundsätzliche Dynamik zu berücksichtigen, die solchen Affiliationen innewohnt, da gerade unter repressiven politischen Bedingungen Mitgliedschaften und Führerschaften häufig wechseln oder Führer zeitweise nicht mehr öffentlich auftreten. In der Summe wäre also eine Abgrenzung islamistischer Akteure entlang ihrer Organisationsform zwar theoretisch wünschenswert, wird aber de facto stets unvollständig und möglicherweise irreführend bleiben. Hinzu kommt, dass das Kriterium „Organisationsform" nicht statisch, sondern dynamisch ist. Gerade die jüngere Geschichte islamistischer Akteure belegt, dass evolutionäre Entwicklungen, bspw. von sozialen Bewegungen hin zu politischen Parteien, aber auch die intransparente Verquickung von Akteuren mit unterschiedlicher Organisationsform, aber ähnlichen oder identischen Zielsetzungen die Regel und nicht die Ausnahme sind. Daher zeigt sich die Organisationsform als Strukturierungsleitlinie für diese Dokumentation als suboptimal. Wir verweisen innerhalb der einzelnen Porträts jedoch auf die unterschiedlichen Organisationsformen – vor allem deshalb, weil sie für die praktische EZ und die Frage, welche Interaktionsmodi mit dem jeweiligen Akteur in Frage kommen können, relevant sind.



Die ägyptische Muslimbruderschaft

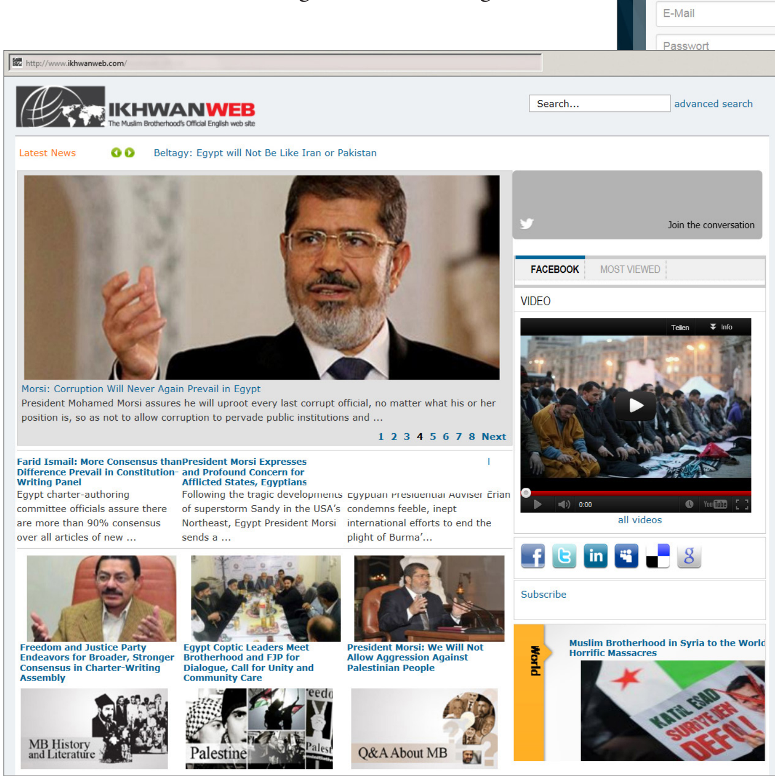
1. Hintergründe

Gesellschaftspolitischer Kontext
Jahrzehntelang basierte die ägyptische Diktatur auf einem kostspieligen neopatrimonialen Herrschaftssystem. Dem Machterhalt dienten erstens breit gestreute Vergünstigungen wie freie Bildungs- und Gesundheitssysteme oder Subventionen auf Grundnahrungsmittel (Tee, Reis, Brot, etc.) und Konsumgüter (Benzin, Gas, etc.). Zweitens aber wurde durch umfangreiche Patronagenetzwerke die Loyalität der Führungsebenen strategisch wichtiger Segmente der Gesellschaft erkauft (Bürokratie, Militär und Geheimdienste, Parteikader, Großunternehmer, religiöse Würdenträger, etc.).

Dabei spielte – und das bleibt auch nach 2011 unverändert – das tief in gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Netzwerke verstrickte Militär die Rolle eines letztgültigen Entscheiders im Herrschaftsgefüge. Die Patronagenetzwerke jedoch schlossen angesichts aufeinanderfolgender wirtschaftlicher Krisen immer weitere Teile der Bevölkerung aus und wurden zunehmend enger.

Zusätzlich hatten der Irakkrieg und die *Greater Middle East Initiative* der Bush-Administration den Reformdruck auf Ägypten als Regionalmacht erhöht. Die USA verfügen als gewichtigster internationaler Geber in Ägypten mit Militärhilfe in Höhe





Webpräsenz der Muslimbruderschaft: Englischsprachige Webseite und Twitter Service: 50.000 Follower

von 1,3 Milliarden US-Dollar jährlich sowie über 200 Millionen US-Dollar Entwicklungshilfe pro Jahr über effektive Druckmittel. Auch die Europäische Union schloss sich diesem Reformdruck über die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie weiteren Instrumenten an (Demmelhuber 2008; ebd. 2007).

Ein Kern des so initiierten Reformprogramms war eine weitreichende Privatisierungspolitik, die den Aufstieg einer neuen Wirtschaftselite von *Crony Capitalists* ermöglichte, die mittels Klientelbeziehungen zum Präsidentensohn Gamal Mubarak politisch abgesichert waren (hierzu: Demmelhuber/Roll 2007). Während also liberale Wirtschaftsreformen die sozialpolitischen Handlungsspielräume des Regimes verringerten, erweiterten sie gleichzeitig die Gewinnchancen für eine kleine, politisch angebundene und hochkorrupte Wirtschaftselite (ebd.).

Das Land insgesamt dagegen rangierte im *Human Developement Index* bis 2004 unterhalb des arabischen Durchschnitts und verharrte danach etwa um Rang 113 (von 187; HDI 2011). Sozialer Unmut und Perspektivlosigkeit besonders unter der jüngeren Bevölkerungsmehrheit waren schon Jahre vor den Massenprotesten deutlich spürbar. Ökonomische Stagnation manifestierte sich in sinkendem BIP bei massiv steigender (Jugend-)Arbeitslosigkeit. In diesem Kontext erheblicher Eliten-Korruption in einem repressiv-autokratischen Regime ohne Entwicklungsorientierung, welches zudem massiv vom Westen unterstützt wurde, hatte sich 2004 die Protestbewegung *Kifaya* (Genug!) gegründet, die durch ihren Aktivismus die internationale Aufmerksamkeit auf das Versagen des Herrschaftssystems lenkte, und mit der Jahre der zivilen Proteste begannen, die schließlich in der Revolte von 2011 mündeten.



Hassan al-Banna, Gründer der Muslimbruderschaft (www.ikhwanweb.com)

Entstehungsgeschichte und Verhältnis zum Regime

Die 1928 im Kontext britischer Kolonialherrschaft von Hassan al-Banna gegründete Muslimbruderschaft (*al-ikhwan al-muslimun*) ist die älteste islamistische Vereinigung. Al-Banna hatte sich in seinen religiösen Studien mit dem Dilemma innergesellschaftlicher Schwäche und äußerer Unfreiheit Ägyptens befasst. Nur die Rückbesinnung auf islamische Normen und Werte konnte seiner Denkungsart nach und entlang des noch heute gültigen Mottos „*Der Islam ist die Lösung*" im Sinne einer islamischen Renaissance aus Werteverfall und Fremdherrschaft herausführen.

Ziel der sunnitischen Sozialbewegung war, die Massen materiell zu versorgen und religiös zu unterweisen. Die menschliche Entwicklung des Individuums war für die Vordenker eine Voraussetzung für einen islamischen Staat, in dem Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit und Einheit unter den Muslimen herrschen sollte, was nicht mit Säkularismus und Parteienpluralismus vereinbar schien (Lübben 2008, 14-16). Eine Vielzahl an ideologisch-religiösen Veröffentlichungen, zusammen mit ihrem sozialen Engagement, brachte den Muslimbrüdern eine große Anhängerschaft aus der ärmeren urbanen Mittelschicht.

Appelle zur Solidarität mit den Palästinensern trugen der Bewegung über Ägyptens Grenzen Sympathien ein. Während des Zweiten Weltkriegs beteiligten sich die Muslimbrüder mit ihrem bewaffneten Flügel (*Kataib*) erstmals am gewaltförmigen Widerstand gegen die Kolonialherren, die al-Banna daraufhin verfolgten. Doch basierend auf ihrer effektiven sozialen Arbeit war die Muslimbruderschaft bereits so populär, dass Bannas Tod (1949) die Bewegung nicht aufhielt. Ab den 1930er Jahren hatten sich Ablegerorganisationen u.a. in Tunesien und Algerien, im Libanon und Palästina, in Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien gegründet.

Die Gründung der Republik 1952 hatten die Muslimbrüder zunächst aktiv unterstützt. Doch da sie sich nicht mit Nassers säkularen Idealen eines arabischen Nationalismus und Sozialismus identifizieren konnten, kam es zum Machtkampf mit dem Regime, der in einem Attentatsversuch auf Nasser gipfelte. Die Bruderschaft wurde daraufhin verboten und geriet in innere Identitätskrisen. Trotz Ausbaus des sozialen Netzwerks spaltete sich die Bruderschaft politisch-ideologisch. Der anti-nasseristische und später zum Tode verurteilte Ideologe Sayyid Qutb

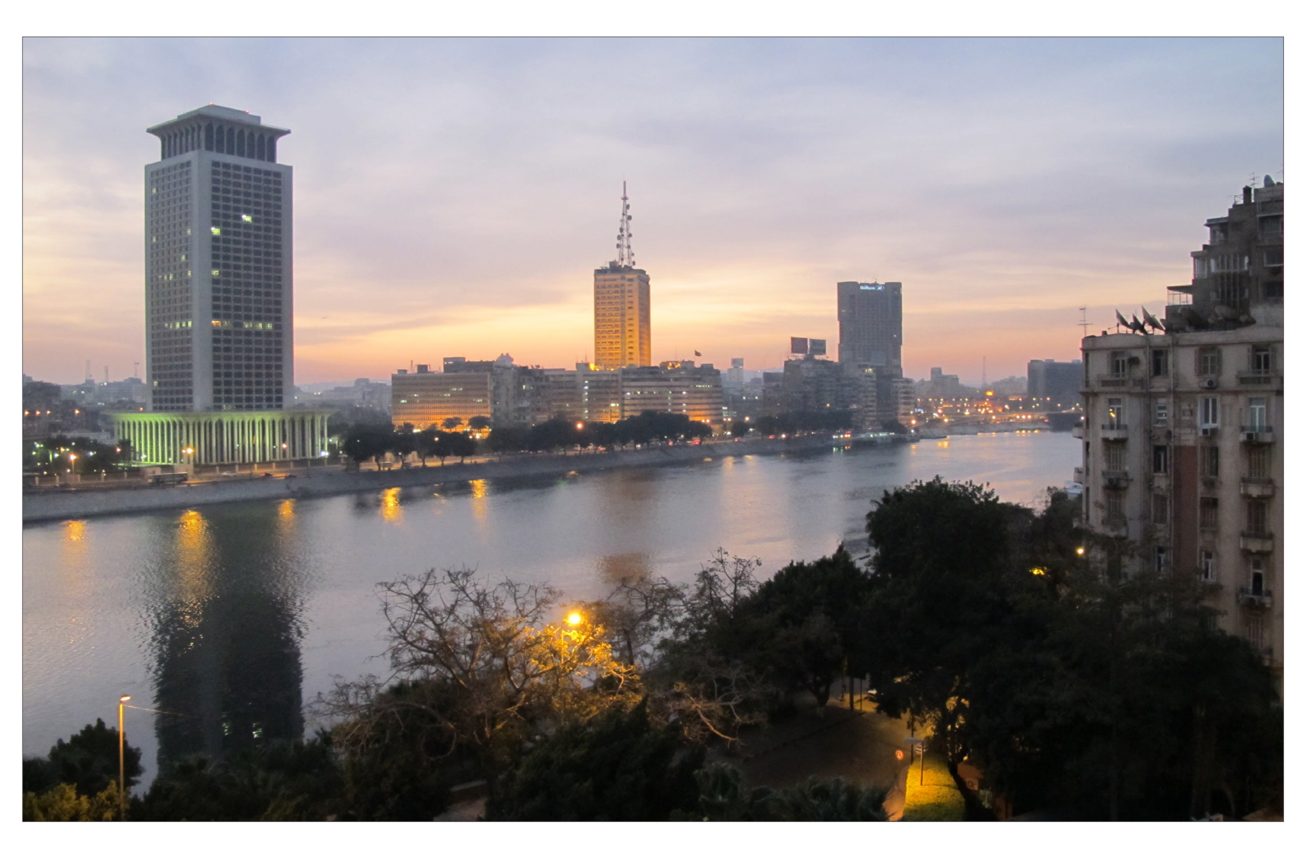
wollte das „unislamische“ Regime durch einen revolutionären Umsturz beenden. Sein einflussreiches Werk *Wegzeichen* (*Maalim fit-Tariq*) dient gewaltbereiten Islamisten bis heute als ideologischer Leitfaden. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte verließ Qutbs Umfeld die Muslimbruderschaft und gründete eigene gewaltbereite Bewegungen (*at-Takfir wa-l-Higra*; *al-Jihad al-Islami*; *al-Jamaa al-Islamiyya*) (Lange 2007, 79-82).

Mit der Präsidentschaft Sadats begann für die Muslimbrüder eine neue Ära, die ihnen Zugangswege auf die politische Bühne eröffnete. Im Zuge seiner unpopulären wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik (*infitah*) rehabilitierte er die Bruderschaft rhetorisch und nutzte sie als politisches Gegengewicht gegen linke Kräfte. Er amnestierte zudem politische Gefangene aus ihren Reihen und machte die Sharia zur Hauptquelle der Rechtsprechung, ohne jedoch das Verbot der Bruderschaft aufzuheben. Gleichzeitig erließ er 1977 ein Dekret, das die Gründung religiöser Parteien verbot. Diese kontrollierte Toleranz des Regimes endete allerdings 1979 mit dem Friedensvertrag mit Israel, der 1981 zur Ermordung Sadats – vermutlich durch Mitglieder von al-Jihad – führte.

Revolution im Staatsfernsehen: Mit Hilfe der islamistischen Mehrheit im Parlament wurde das langjährige Kopftuchverbot gekippt (Nachrichtensprecherin Fatma Nabil im September 2012)

Mubaraks *Null-Toleranz-Politik* gegenüber Islamisten führte zu Beginn der 1980er Jahre zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem Regime. Massive Repression des Regimes war im Rahmen des Ausnahmezustandes legal und wurden mit Terroranschlägen gewaltbereiter Islamisten beantwortet. Da sich die Anschläge negativ auf den Tourismussektor auswirkten, geriet die Popularität der Muslimbrüder ins Wanken, was Mitte der 1980er Jahre zu ihrem endgültigen Gewaltverzicht führte. 1984/85 baute die Muslimbruderschaft stattdessen ihre gesellschaftliche Präsenz aus und gewann Einfluss auf die größten Berufsverbände, was ihnen die Bezeichnung „Bourgeoisie-Islamisten“ (Springborg 1989, 137) einhandelte und Sympathisanten der gebildeten Mittelschicht lieferte (Wille 1993, 139-141). Während Mubarak sein Regime durch klientelistische Netzwerke festigte und dadurch weite Teile der Gesellschaft ausschloss, bewies die Muslimbruderschaft durch ihre gesellschaftliche Präsenz Realitätsnähe, ideologische Kontinuität und politische Integrität (Lange 2007, 82-86). Da ihre Wohlfahrtsaktivitäten für die ägyptische Gesellschaft unverzichtbar geworden waren, band das Regime die Bruderschaft kontrolliert in das politische System ein. So nahm die Bruderschaft seit 1984 regelmäßig an den Parlamentswahlen mit „unabhängigen“ Kandidaten teil, die man an ihrem Wahlspruch „Der Islam ist die Lösung“ als Muslimbrüder identifizieren konnte. Dieser kontrollierte Pluralismus stellte zudem internationale Geber zufrieden, die vom Regime zunehmend auch politische Liberalisierung erwarteten.

Das Bekenntnis der Bruderschaft zur sozialpolitischen und gewaltlosen Arbeit verlief nicht konfliktfrei. Bis heute ist sie – ebenso wie ihre 2011 gegründete *Partei für Freiheit und Gerechtigkeit* – eine stark heterogene Organisation, deren Anhänger nicht alle der Gewalt völlig abschwören. Zudem trägt sie seit Längerem einem Generationenkonflikt um ihr politisch-ideologisches Selbstverständnis aus: Während die ältere Generation an der Utopie al-Bannas festhielt, forderten jüngere Generationen den Eintritt in die Realpolitik des politischen Pragmatismus und ideologischer Flexibilität, ohne die Nähe zur Unterstützerbasis zu verlieren. Diese Vielzahl an Gesinnungen innerhalb



Kairo: Kulturell und politisch ist die Metropole am Nil ein Fixpunkt für die gesamte arabische Welt

der Bewegung zwingt sie, besonders mit Blick auf Sharia, Frauenrechte und Familienpolitik, eine Mittelposition einzunehmen, um ihre geschätzten fünf Millionen Mitglieder (Roll 2012) unter einem Dach zu vereinen.

Finanzierung

Da die Muslimbruderschaft lange Zeit verboten[1] und als Oppositionsbewegung nur begrenzt geduldet war, hält sie ihre Finanzierungsquellen bedeckt. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Bruderschaft auf eine Vielzahl nationaler und internationaler Geber stützt. Auf nationaler Ebene zählen wohlhabende Geschäftsleute und religiöse Wohltäter zu ihren Unterstützern, auf internationaler Ebene erhält sie insbesondere aus der Golfregion finanziellen und logistischen Beistand.[2] Außerdem wird angenommen, dass Muslime in der Diaspora die Bruderschaft als karitativen Akteur mit langjähriger Glaubwürdigkeit unterstützen. Solche Auslandszahlungen gelangen vermutlich über von Muslimbrüdern geleitete Wirtschaftsunternehmen an die Organisation.

Angenommen wird zudem, dass finanzielle Transaktionen über Verbindungen nationaler wie auch internationaler islamischer Banken zur Bruderschaft stattfinden. In der Vergangenheit geriet so der ägyptisch-italienische Muslimbruder Youssef Nada auf die Sanktionsliste der US-Behörden, da er die auf den Bahamas und in der Schweiz ansässige *Al-Taqwa Bank* leitete, die aufgrund ihrer Verbindungen zum terroristischen Netzwerk al-Qaida im Zuge des „Krieges gegen den Terrorismus" geschlossen wurde (Komisar 2002). Die Muslimbruderschaft unterstützt programmatisch auch nach 2011 das *islamische Bankenwesen*, was kaum auf ideologische Gründe allein zurückgeführt werden kann (Reuters 2012).

Schließlich sammelt die Muslimbruderschaft auch Spenden in religiösen Einrichtungen, die teils direkt an die Bruderschaft gehen, sie teils aber auch über Umwege erreichen. Wiederholt wurde vermuteter Missbrauch von Spenden und Geldwäschegeschäfte thematisiert – beispielsweise im Winter 2008/09, als Muslimbrüder für die Unterstützung der Palästinenser im Gazastreifen (infolge der israelischen Militäroperation *Gegossenes Blei*) Spenden gesammelt hatten,

[1] Auch der heutige rechtliche Status der Muslimbruderschaft ist unklar. Ihre Partei, die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit, wurde im Februar 2011 gegründet und im Juni legalisiert, jedoch verbleibt der genaue Status der Bruderschaft weiterhin undefiniert (Roll 2012).

[2] Auch die salafistische Bewegung wird aus der Golfregion unterstützt. In welchem Verhältnis diese Leistungen zueinander stehen, ist unklar, doch wird vermutet, dass die Muslimbruderschaft aufgrund ihrer langjährigen Verankerung in der ägyptischen Gesellschaft über sehr stabile Verbindungen zur Golfregion verfügt.





Den revolutionären Ereignissen standen die Islamisten zunächst äußerst zurückhaltend gegenüber. Den Preis für ihren Kampfeswillen zahlte die säkulare Jugend. Märtyrerbilder am Tahrir Platz

diese jedoch der Organisation zugeführt worden sein sollen. Die Bruderschaft selbst bestreitet allerdings solche Vorwürfe (Al-Ahram 2010).

2. Rolle in den Umbrüchen 2011/12

Die Umbrüche von 2011/12 standen nicht im Zeichen einer bestimmten Ideologie, sondern waren Revolten zur Überwindung der Verteilungsungerechtigkeit und Etablierung von Rechtstaatlichkeit. Getragen wurden diese Revolten primär von der Zivilgesellschaft, vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, welche in Ägypten mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Diese Kohorte leidet unter massiver Arbeitslosigkeit, politischer und ökonomischer Marginalisierung, und finanzieller Not. Ihr Protestpotential zeichnete sich bereits seit Jahren ab; so machten Jugendliche einen großen Teil der Bewegung *Kifaya* (Genug!) aus, die seit 2005 den Rücktritt Mubaraks gefordert hatte und eine Machtübergabe an seinen Sohn Gamal verhindern wollte. Ihre ehemaligen Mitglieder gründeten 2008 die *Jugend des 6. April*, die versucht hatte, einen Textilarbeiter-Streik in *Mahalla al-Kubra*, der am 6. April 2008 von den ägyptischen Sicherheitsbehörden niedergeschlagen worden war, zu einem Generalstreik auszuweiten. Zwar war sie damals nur wenig mobilisierungsfähig gewesen, doch ihre Facebook-Gruppe machte sie sehr populär. Auch die Gruppe *Wir sind alle Khaled Said*, benannt nach einem Blogger, der 2010 von der ägyptischen Polizei zu Tode misshandelt wurde, forderte ein Ende von Polizeiwillkür sowie Gleichheit vor dem Gesetz.

Inspiriert von dem Erfolg der tunesischen Revolution schlossen sich die beiden Gruppen mit anderen oppositionellen Akteuren zur *Koalition der Jugend für die ägyptische Revolution* zusammen und organisierten die Massenkundgebungen, die im Februar 2011 zum Rücktritt Mubaraks führten. Kontakte dieser säkularen Initiatoren der Proteste zur Muslimbruderschaft bestanden zwar, doch hatte sich die Bruderschaft bewusst im Hintergrund gehalten, um dem Regime keine Gelegenheit zu geben, die Proteste als islamistisch zu brandmarken und sie so im Rahmen des „Kampfes gegen den Terrorismus" niederzuschlagen (El Difraoui 2011, 17-19).

Nach der Machtübernahme des Obersten Rates der Streitkräfte (*Supreme Council of the Armed Forces*, SCAF) entwickelten die Muslimbrüder eine Strategie der schrittweisen Reformen und des Institutionenaufbaus. Sie profitierten von ihrer Erfahrung im politischen System, so dass sie als stärkste organisierte und gesellschaftlich tief verankerte politische Kraft aus den Revolten hervorgingen. Nun bestand die Priorität der Muslimbrüder in der Etablierung handlungsfähiger politischer Institutionen, die eine organisierte und repräsentative Entscheidungsfindung garantieren sollten (Lübben 2012). Sie setzten sich für die Abhaltung der Parlamentswahlen (beide Kammern) und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung ein.

Aus den Parlamentswahlen des Jahreswechsels 2011/12 ging die Muslimbruderschaft bzw. ihre (im April zuvor gegründete und formal unabhängige) Partei für Freiheit und Gerechtigkeit als stärkste Fraktion hervor, gefolgt von der salafistischen *Islamischen Allianz*. Trotz legislativer Mehrheit sah sich jedoch die Muslimbruderschaft mit einer Blockadehaltung des SCAF konfrontiert, der sich weigerte, eine Regierung unter Beteiligung der Muslimbruderschaft zu akzeptieren und mit der Auflösung des Parlamentes drohte. Um der Marginalisierung durch den SCAF zuvorzukommen, berief die Muslimbruderschaft Muhammad Mursi zum Präsidentschaftskandidaten und sicherte sich so die Führung der Exekutive. Sein Sieg brachte die Muslimbruderschaft in der Stichwahl gegen den Kandidaten der Mubarak-Elite, Ahmad Shafiq, im Juni 2012 nach 58 Jahren des Verbots in direkte Regierungsverantwortung (ebd.). Um ihrem Slogan „*Beteiligung, keine Dominanz*" gerecht zu werden, beteiligte Mursi liberale und technokratische Kräfte an der Exekutive, nachdem die Bruderschaft in Kritik geraten war mit ihrer Parlamentsmehrheit Machtpolitik zu betreiben.

3. Gegenwärtig ausgeübte Rolle

Zwar kann die Muslimbruderschaft auf langjährige politische Erfahrung zurückblicken, doch beschränkt sich diese auf (a) Aktivitäten als illegale Opposition und (b) parlamentarische Erfahrungen vereinzelter Abgeordneter. Das Feld der Regierungsverantwortung ist dagegen völlig neu. Die Muslimbrüder sind in dieser Rolle eindeutig an Stabilität, Sicherheit und Entwicklung interessiert. Ihr ehrgeiziges Reformprogramm sieht insbesondere eine umfassende Wirtschafts- und Sozialreform vor, um mehr Verteilungsgerechtigkeit und soziale Mobilität zu erreichen – keine einfache Agenda angesichts der morbiden wirtschaftlichen Strukturen, die bislang stark rentierstaatliche Züge trugen. Ägypten ist deshalb auf Hilfsgelder aus den USA und Europa angewiesen, um strukturelle Reformen finanzieren können.

Dennoch will Präsident Mursi seiner Politik einen islamischen Charakter verleihen, um möglichst wenig Kontinuität zum alten Regime zu schaffen und islamisch-konservativere Kräfte innerhalb und außerhalb der Muslimbruderschaft zufriedenzustellen. Daher sucht er die Nähe zu afrikanischen und anderen islamischen Ländern: Seine ersten Staatsbesuche führten ihn nicht nach Washington und Brüssel, sondern nach Addis Abeba, Riad und Teheran. Er versprach, Ägypten wieder zu einer Regionalmacht zu machen und betont die kulturelle Verankerung des Landes in Afrika und dem Nahen Osten.



In Kairos Armenvierteln wie der Friedhofsstadt im Schatten der Zitadelle mobilisieren die Muslimbrüder einen Teil ihrer Wähler



Demonstration von Anhängern der Muslimbruderschaft zugunsten des Verfassungsreferendums. Der neue Verfassungstext wurde maßgeblich von Islamisten entworfen

Die Muslimbruderschaft steht heute in einem Spannungsfeld von Erwartungen vonseiten einer Vielzahl nationaler und internationaler Akteure. In diesem Kontext tritt sie für die Grundprinzipien einer parlamentarischen Demokratie ein, um soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, die den bislang marginalisierten Gruppen soziale Mobilität ermöglichen soll; außerdem akzeptiert sie den Demokratisierungsdruck westlicher Regierungen. Andererseits soll der spezifisch islamische Charakter des neuen politischen Systems betont werden, der nicht nur Forderungen der eigenen Anhängerschaft und der Salafisten bedient, sondern auch denjenigen arabischer Geldgeber aus dem Golf Rechnung trägt. Dennoch dürfen westliche Akteure nicht verschreckt werden, denn diese sind für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zumindest kurzfristig unverzichtbar. Gerade die kontinuierliche Kooperation mit westlichen Akteuren, die als Stütze des alten Regimes gelten, trug Mursi den Vorwurf der mangelnden Entschlossenheit ein, da er zwischen westlichen und arabischen Partnern sowie alten Regimeeliten taktiere (Grimm/Roll 2012). Die Muslimbruderschaft möchte ihre Authentizität nicht aufs Spiel setzen, ist aber dennoch auf Kontinuität angewiesen, um ihre Reformen durchzusetzen und sich hierüber nachhaltige Legitimität als Regierungskraft zu verschaffen.

Diese prekäre Positionierung zwischen widerstreitenden Interessen interner und externer Akteure kristallisierte sich symptomatisch in den hitzigen Debatten und gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Muslimbrüdern und ihren Herausforderern um den Ende 2012 angenommenen Verfassungsentwurf. Auch verdeutlichte sich hierin die innere Heterogenität der Organisation. Weit über demokratische Verhältnisse hinausreichende präsidiale Machtbefugnisse in der Verfassung sorgten ebenso für Unruhe wie die Gewalt, mit welcher den Protesten dagegen begegnet wurde. Die Verfassung selbst trägt zudem in zahlreichen Punkten die Spuren sowohl von Zugeständnissen an Salafisten als auch nationalen (und internationalen) Säkularisten (Hussein 2012; Tiemeier 2012). Nach Ratifizierung der Verfassung soll innerhalb von zwei Monaten ein neues Parlament gewählt werden (nach Niederschrift dieser Publikation). Dann werden erste Hinweise darauf erkennbar sein, wie überzeugend die Bruderschaft bislang den multiplen Herausforderungen in der Transitionspha-

se begegnen konnte. Die Ausschreitungen um den Verfassungsentwurf jedenfalls dürften ihrer Glaubwürdigkeit geschadet haben (Brown 2012a).

4. Politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen

Die Muslimbruderschaft hat über die Jahrzehnte einen evolutionären Wandel ihrer *raison d'être* vollzogen. Für al-Banna war sie eine missionsorientierte Sozialbewegung, die den neuen islamischen Menschen schaffen und so der ägyptischen Gesellschaft zu Gerechtigkeit und Freiheit verhelfen sollte. Der Blick auf Fremdherrschaft als Ausgangspunkt für die soziale Ungerechtigkeit machte den Islam zur Kampfideologie und schloss Gewalt auf dem Weg zur Unabhängigkeit nicht aus.

Im Zuge ihrer Erfahrungen zwischen kontrollierter Einbindung und Verfolgung schwor sie der Gewalt ab und setzte erstmals 1994 ein politisches Programm auf, das sich in 13 Artikeln zu Parteienpluralismus, zum Prinzip des demokratischen Machtwechsels und parlamentarischen Beratungsinstitutionen bekannte. In nachfolgenden Erklärungen bekannte sich die Bruderschaft zu Prinzipien der Rechtstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Menschenrechte sowie der Gewaltenteilung. Der realpolitische Pragmatisierungsprozess zeichnete sich zudem durch ihre glaubwürdigen Entwürfe für eine Wirtschafts- und Sozialreform aus, was heute einen zentralen Punkt ihrer Agenda darstellt. Das Programm von 1994 beinhaltete somit eine gewaltfreie Reformstrategie innerhalb des politischen Systems unter islamischen Vorzeichen. Die Ursachen für soziale Ungerechtigkeit wurden in schlechter Regierungsführung gesehen (Korruption der politischen Eliten und Günstlingswirtschaft), welche ihrerseits aufgrund fehlender Partizipation, Gewaltenteilung und Rechtstaatlichkeit existieren konnte.

Programme und Positionspapiere, wie auch jüngst das *Renaissance-Projekt* von 2011, sind Ausdruck des Wandels der Muslimbruderschaft hin zu einer Partei mit realpolitischem Programm, der freilich stets von inneren Flügelkämpfen begleitet war. Offizielle Programme formulieren daher stets Mittelpositionen, um die Abspaltung konservativer wie progressiver Anhänger zu verhindern. Um die Festlegung dieser Positionen wird – gerade mit Blick auf Familien- und Frauenpolitik – bis heute heftig gerungen, was bisweilen zu programmatischen Widersprüchen führt.

Gerade in der Frauenpolitik wird die Heterogenität der Muslimbruderschaft sehr deutlich. Zum einen wird eine aktive gesellschaftliche Rolle der Frau befürwortet. Dies geschieht jedoch unter der Prämisse, dass solche Aktivität nicht auf Kosten ihrer familiären Pflichten stattfinden darf. Eine Vernachlässigung der korrekten Moral könne einen gesellschaftlichen Werteverfall nach sich ziehen, der wirtschaftlich, sozial und politisch zu Ausbeutung, sozialer Ungerechtigkeit und Unterdrückung führen könne. Die Aufgabe des Staates in der Frauenpolitik sehen die Muslimbrüder darin, Frauen die Vereinbarung beider Rollen zu ermöglichen.

Das Renaissance-Projekt von 2011 und das Programm der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit bekennen sich wie ihre Vorläufer zu den Grundprinzipien einer demokratischen Ordnung basierend auf Volkssouveränität, Gewaltenteilung, freien und fairen Wahlen, politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten sowie Gleichheit vor dem Gesetz, gewährleistet durch gute Regierungsführung und Verantwortlichkeit gegenüber dem Volk. Hervorgehoben werden in dem von der Muslimbruderschaft vorgesehenen System soziale Verantwortung und die Gleichheit von Mann und Frau vor Gott.

Wirtschaftspolitisch zentral bleibt menschliche Entwicklung, da Humankapital als entscheidende Voraussetzung für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in einer Marktordnung gesehen wird. Ebenso wird die Rolle von Bildung für Wirtschaftsreformen betont: Verbesserte Qualifikationen sind demnach notwendig für eine erhöhte ägyptische Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt (Roll 2012a). Entsprechend befürworten die Muslimbrüder eine aktive Rolle Ägyptens im Welthandel – allerdings unter Umgestaltung der Freihandelsabkommen mit den USA und der EU, um eigene Exporte konkurrenzfähiger zu machen. Die Rolle des Staates in dieser wirtschaftsliberalen Vision liegt in der Korruptionsbekämpfung, Preiskontrolle und Technologieförderung sowie der Privatsektorförderung, um fairen Wettbewerb zu garantieren. Die angestrebte Sozial-

reform baut auf das Prinzip der Gerechtigkeit, die aus Chancengleichheit, Gleichberechtigung und sozialer Verantwortung, auch in Form der obligatorischen Abgabe der (islamischen) Armensteuer, *Zakat*, erwachse.

Der Bezug zur islamischen kulturellen Identität erlaubt es den Muslimbrüdern, kontinuierlich mit ihrer Basis zu kommunizieren und nicht als Agenten westlichen Reformdrucks zu wirken. Dennoch wird der Staatsbürger unabhängig von Religion, Sprache, Ethnie und Kultur definiert. Wie genau sich diese Gleichheit unter Anwendung der Sharia vor Gericht manifestieren wird, bleibt bislang unklar. Ob diese Agenda zu einem eigenen Weg in die Demokratie führen kann und welchen Erfolg die Muslimbrüder mit ihrem Konzept haben werden, wie sie innere Flügelkämpfe in diversen Politikfeldern lösen werden, und wie nachhaltig und substanziell ihre Demokratisierungsbemühungen – gerade auch im Umgang mit politischen Gegnern – sein werden, bleibt ebenso abzuwarten.

5. Bedeutung der Muslimbruderschaft für die EZ

Die Muslimbrüder und ihre neu gegründete Partei wurden quasi über Nacht von einer illegalen Oppositionsbewegung zur stärksten Fraktion eines frei gewählten Parlaments und stellen das Staatsoberhaupt. Verwunderlich ist weniger ihr Stimmanteil von ca. 45 Prozent, sondern die Konstellation, dass diese große Volkspartei von einer erstaunlich starken salafistisch/extrem-islamistischen Kraft gefolgt wird, welche sie zu Kompromissen nötigt. Es wäre deshalb für westliche Akteure wünschenswert, die Muslimbrüder könnten ihre Position in der Mitte der Gesellschaft konsolidieren, ohne angesichts salafistischer Zugkräfte ins extrem-islamistische Lager abzudriften.

In der staatlichen Zusammenarbeit besteht heute keine Alternative zur Kooperation mit Repräsentanten der Muslimbrüder in Regierungsämtern. Dies sollte wenig Probleme darstellen, ist doch die Entwicklungsorientierung ihrer Agenda deutlich weniger fragwürdig als die der gewaltbasierten und korrupten Vorgängerdiktatur. Hier besteht zwar keine Kongruenz, aber es gibt breite, klar definierbare und relevante Schnittmengen zwischen der Programmatik der Muslimbrüder und den Zielen der EZ. Dies betrifft insbesondere den Bereich Wirtschaftsreformen, sozialer Ausgleich und Gerechtigkeit, menschliche Entwicklung sowie Partizipation, *Good Governance* und Korruptionsbekämpfung, aber auch Armutsbekämpfung oder Privatsektorförderung.
Gleichzeitig jedoch müssen drei Punkte bedacht werden: Erstens geht der Einfluss westlicher Geber auf programmatische Richtungsentscheidungen sowie die Implementierung von Programmen der Muslimbrüder gegen null. Nicht nur verfügen die Muslimbrüder – anders als die Vorgängerregierung – über hinreichende finanzielle Alternativen zu westlicher Hilfe, sondern sie beziehen ihre Legitimation zu großen Teilen aus ihrer langjährigen Opposition zum Regime, als dessen zentrale Unterstützer westliche Geber gelten. Deren Einmischung in interne Angelegenheiten wird bestenfalls mit großer Skepsis beäugt.

In diesem Zusammenhang genießt zweitens Deutschland als bilateraler Geber zwar verhältnismäßig hohes Ansehen, doch werden in der jetzigen Phase des Umbruchs sozio-politisches Fingerspitzen- und Taktgefühl im Umgang, Respekt vor der Tatsache, dass die Bewegung nahezu die Hälfte der Bevölkerung zu repräsentieren scheint, und explizite Anerkennung der lokalen Prioritäten deutlich höheres Gewicht haben als zu Zeiten der Zusammenarbeit mit den *ancien-regime*-Eliten Mubaraks.

Drittens darf eine Weigerung der Muslimbrüder zur bilateralen Zusammenarbeit auf Ebene der politischen Partei oder der Bewegung nicht frustrieren, sondern sollte auch dann weiter angeboten werden, wenn sie wiederholt abgelehnt wird. Zwar mögen die arabischen Geber aus dem Golf den Muslimbrüdern derzeit als die bequemeren Finanziers gelten, weil ihre Hilfe mit weniger Konditionalitäten und mit einem deutlich geringeren Risiko eigener Legitimitätsverluste bei Kooperation verbunden ist als die Zusammenarbeit mit westlichen Gebern. Doch mittelfristig steht zu erwarten, dass sich Finanziers aus den Golfstaaten zunehmend den Salafisten zuwenden und diese in der Folge auch von den Muslimbrüdern stärker als Konkurrenz denn als Alliierte wahrgenommen werden.

Abendlicht über den Minaretten und Kuppeln der Moscheen Sultan Hassan und der al-Rifa'i in der Kairoer Altstadt



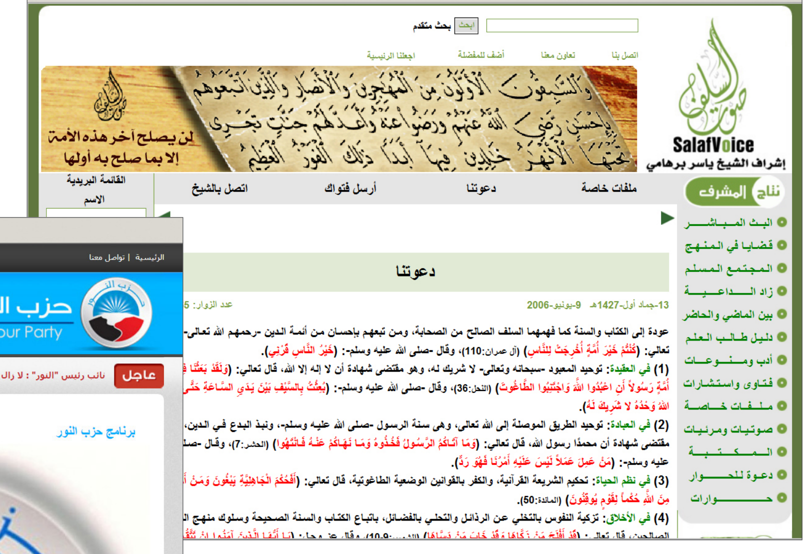
Die salafistische Bewegung Ägyptens

1. Hintergründe

Religiöser Kontext

Die ägyptische Bevölkerung besteht zu 90 bis 93 Prozent aus sunnitischen Muslimen, weitere 7 bis 10 Prozent sind koptische Christen. Ebenso wie in vorherigen Verfassungen ist laut der neuen Verfassung Ägyptens,[1] der Islam die Staatsreligion und die Prinzipien der *Sharia* sind die Hauptquellen der Rechtsfindung. Bislang kontrollierte das *Ministerium für religiöse Stiftungen nach islamischem Recht* die Aktivitäten religiöser Institutionen (etwa der rund 100.000 Moscheen) und benannte zudem gemeinsam mit dem Staatspräsidenten Führungsorgane u.a. der Azhar-Universität, der wichtigsten sunnitischen Bildungseinrichtung der islamischen Welt (Roll 2012). Die einflussreichsten religiösen Vereinigungen sind die *Muslimbruderschaft*, die *Salafistische Verkündung* und der *Hohe Rat der Sufi-Orden*. Diesen Vereinigungen stehen diverse Parteien nahe. Beispielsweise wurde die heute regierende *Partei für Freiheit und Gerechtigkeit* von Muslimbrüdern gegründet, die *Nur-Partei* und die *Partei für Aufbau und Entwicklung* stammen aus dem salafistischen Spektrum, und weitere kleine Parteien wie die *Wasat-Partei* und die *Partei für Reform und Erneuerung* stehen dem liberal-islamistischen Lager nahe (Roll 2012).

Der Salafismus, oft auch „traditioneller Islamismus" genannt, ist eine im heutigen Ägypten starke islamistische Minderheitenströmung, die eine geistige Rückbesinnung auf die Gesellschaft des Urislam, des engen Umfelds des Propheten Muhammad, anstrebt.[2] Salafisten zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Lehre des „reinen" Islam vertreten, indem sie sich fast ausschließlich auf den Koran und die Sunna – die Sammlung der Alltagsgewohnheiten des Propheten in Form seiner überlieferten Taten und Aussagen (*Hadith*) – berufen. Die Lebensweise des Umfelds Muhammads gilt den Salafisten als Vorbild für ein gottgefälliges Leben, das den heutigen Gesellschaften in islamischen Ländern wieder nähergebracht werden soll. Ein solches Leben, das im Einklang mit dem Willen Gottes steht, soll dieser Vorstellung nach einzig über die Sharia[3] geregelt werden.

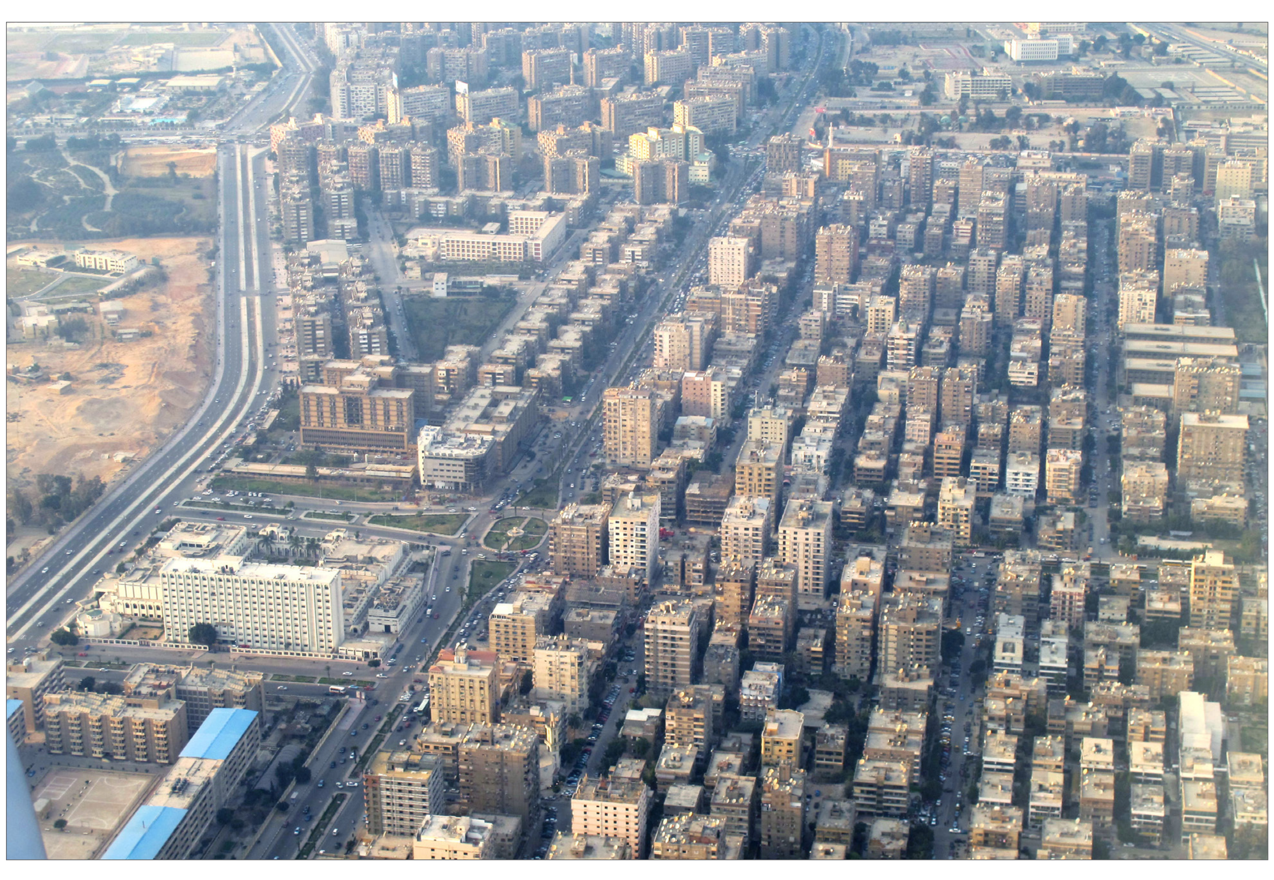


Webseite der Nur-Partei und das „Salaf Voice" Forum

[1] Ende Dezember 2012 trat eine neue Verfassung in Kraft, nachdem sie Ende November von der Verfassunggebenden Versammlung verabschiedet und durch ein Volksreferendum mit 63,8 Prozent im selben Monat angenommen worden war. Allerdings betrug die Wahlbeteiligung nur 33 Prozent der Wahlberechtigten.

[2] Die Gefährten des Propheten und ihre Nachfahren werden *al-Salaf al-Salih* (die frommen Altvorderen) genannt. Entsprechend bezeichnet der Salafismus (salafiyya) diejenige moderne Geistesströmung, die deren Lebensstil zum Vorbild nimmt.

[3] Die Sharia ist kein ausformuliertes und festgeschriebenes Gesetzbuch. Ihre Rechtsvorschriften stammen aus verschiedenen Quellen. Die Hauptquellen sind Koran und Sunna, deren Vorschriften von der islamischen Jurisprudenz nach den Prinzipien des Konsens und des Analogieschlusses hergeleitet werden. Historisch entwickelten sich vier Rechtsschulen (drei sunnitische und eine schiitische), die die Sharia nach ihren jeweiligen Rechtstraditionen interpretieren (Halm 2011, 76-78) und so im Einzelnen zu unterschiedlichen Auslegungen kommen.



Bis zu 20 Millionen Menschen leben im Großraum Kairo, rund ein Viertel der ägyptischen Bevölkerung

Da die Salafisten äußerst stark vom saudischen Wahhabismus beeinflusst sind, zeichnen sie sich zudem durch eine recht strikte Unterscheidung zwischen „Gläubigen“ und „Ungläubigen“ aus. Dies bringt nicht allein eine Trennlinie zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen mit sich, sondern spaltet auch die muslimische Gemeinschaft in sich. Jeder Muslim ist aufgerufen, „das Gute zu gebieten und das schlechte zu verbieten“[4], was sich auch auf diejenigen Muslime bezieht, die nach salafistischer (und wahhabitischer) Auslegung keinen „reinen“ Islam praktizieren. So kritisierten Salafisten regelmäßig andere Islamisten wie die ägyptischen Muslimbrüder dafür, dass sie am politischen Prozess teilnahmen. Dieser galt ihnen als unislamisch, denn Salafisten lehnen üblicher Weise eine weltliche Regierung ab (Steinberg 2012).

Aufgrund ihrer traditionellen Vorstellungen und strikten Verhaltensregeln werden Salafisten im populären Sprachgebrauch häufig auf rückwärtsgewandte gewaltbereite Jihadisten reduziert. Salafisten sind jedoch nicht zwangsläufig militanter als andere Islamisten. Sie alle haben eine gemeinsame Vorstellung über ein „korrektes islamisches Leben“, doch unterscheiden sie sich in der Wahl ihrer Mittel, um diese durchzusetzen. Grob lassen sich drei Grundtendenzen innerhalb der Salafiyya voneinander unterscheiden: *Puristen* sind weitgehend apolitisch und grenzen sich bewusst von der als unislamisch betrachteten Gesellschaft ab. Dagegen verfolgen *jihadistische Salafisten* einen wesentlich aktiveren und offensiveren Kurs; sie bedienen sich teils terroristischer Mittel, um „unislamische“ Verhältnisse zu überwinden. Zu ihnen kann beispielsweise al-Qaida gezählt werden. Die dritte Grundströmung besteht aus *politischen Salafisten.* Sie lehnen Gewalt – allerdings nicht mit terroristischen Mitteln – zur Durchsetzung ihrer Interessen nicht grundsätzlich ab. Nur einige dieser politischen Salafisten sprechen sich öffentlich gegen Gewalt aus. Politische Salafisten nehmen trotz ihrer Bedenken gegenüber demokratischen Strukturen an Wahlen teil, wie beispielsweise die salafistischen Parteien in Ägypten nach den Umbrüchen von 2011. Durch diese Teilnahme an pluralistischen Wahlen erhoffen sie sich, Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Hierbei betrachten sie jedoch demokratische Prozesse in aller Regel nicht als legitime Staatsform, sondern als „notwendiges Übel“ im Sinne einer Interimslösung, welche ihnen – immerhin – die besten

[4] Diese Verhaltensregel ist im Koran formuliert (Sure 3, Verse 104 und 110). Ihre strenge und wortgetreue Auslegung bietet erheblichen Spielraum für Intoleranz und Unterdrückung Andersgesinnter. So benutzt auch die illiberale und brutal operierende Religionspolizei in Saudi-Arabien diese Regel als Leitspruch.



Salafistischer Störer im Parlament: Ruf zum Gebet inmitten der Plenarsitzung

Bedingungen zum eigentlichen Ziel der Wiedererrichtung einer islamischen Staatsform bietet (El Difraoui 2012, Steinberg 2012).

Entstehungsgeschichte und Verhältnis zum Regime

Religionsgelehrte aus Saudi-Arabien, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach Ägypten kamen, trugen maßgeblich zur Verbreitung der wahhabitischen Glaubensdoktrin in Ägypten bei, von welcher auch die erste salafistische Vereinigung Ägyptens, die *Gefährten der Tradition des Propheten* (*Ansar al-Sunna al-Muhammadiyya*) beeinflusst war. Diese Vereinigung wurde zwei Jahre vor der Muslimbruderschaft 1926 von Religionsgelehrten gegründet und machte durch salafistische Propaganda über den Werteverlust in der ägyptischen Gesellschaft auf sich aufmerksam. Doch im Gegensatz zu den Muslimbrüdern engagierten sich die Salafisten zunächst nicht gesellschaftspolitisch, sondern beschränkten sich auf Aufrufe zur Rückbesinnung auf islamische Werte.

Unter dem säkularen Regime Gamal Abd an-Nassers (1952-1970) waren Salafisten denselben Verfolgungen ausgesetzt wie andere Islamisten, während sie unter der Präsidentschaft Anwar as-Sadats (1970-1981) ebenso wie die Muslimbrüder – wenngleich mit größerer Skepsis – als Gegengewicht gegen linke Regimekritiker instrumentalisiert wurden.

Aufgrund ihrer marginalen gesellschaftlichen Präsenz und ihrer apolitischen Rhetorik stellten sie im Gegensatz zur Muslimbruderschaft damals keine ernsthafte Bedrohung für das Regime dar. Erst ab den 1980er Jahren erhielten salafistische Gruppierungen wie die Islamische Gruppe (*Gamaa Islamiyya*) und die Salafistische Verkündung (*ad-Dawa as-Salafiyya*) größeren Zulauf, was in erster Linie der finanziellen und logistischen Unterstützung saudi-arabischer Geldgeber geschuldet war. Saudi-Arabien trachtete auf diese Weise danach, seine Ansprüche auf regionale Hegemonie durch die Verbreitung wahhabitischen Gedankengutes auszubauen.

Angesichts der wachsenden gesellschaftspolitischen Bedeutung der Muslimbruderschaft versuchte der bis 2011 amtierende Präsident Mubarak dann gegen Ende der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre, die salafistische Bewegung als „Bollwerk gegen Mainstream-Islamisten“ zu nutzen und ließ eine begrenzte Anzahl an salafistischen Religionsschulen zu. Das Mubarak-Regime erlaubte ultrakonservativen Predigern der Salafisten sogar eingeschränkten Zugang zu den Medien, um den Muslimbrüdern Konkurrenz zu machen, denn ihr unpolitischer Diskurs stellte für das Herrschaftssystem keine nennenswerte Bedrohung dar (El Difraoui 2012).

Heute ist die *Salafistische Verkündung* mit rund 100.000 Mitgliedern Ägyptens größte salafistische Vereinigung. Sie selbst verfügt über kein offizielles Programm, legitimierte aber im Zuge der Massenproteste von 2011 das Mittel der politischen Partizipation, um einen islamischen Staat zu errichten. Aus ihr entwickelte sich die heute größte salafistische Partei, die Nur-Partei (*Hizb al-Nur,* Partei des Lichts), die bei den Legislativwahlen vom Januar 2012 mit knapp 22 Prozent der Sitze für die meisten Beobachter überraschend stark abschnitt (hierzu: Roll 2012).

Mitglieder der *Gamaa Islamiyya*–Bewegung gründeten nach dem Sturz Mubaraks ebenfalls eine politische Partei: Die heute zweitgrößte salafistische und im Vergleich zur Nur-Partei noch konservativere *Partei für Aufbau und Entwicklung* (*Hizb al-bina wa-t-tanmiyya*). Sie ist allerdings nach den Parlamentswahlen von 2012 mit nur 2,6 Prozent der Sitze im ägyptischen Unterhaus vertreten und damit deutlich schwächer als die Nur-Partei. In ihrer Führungsriege

ist auch Aboud Zumar vertreten, der erst im März 2011 aus dem Gefängnis entlassen worden war, nachdem er eine langjährige Haftstrafe aufgrund seiner Mittäterschaft bei der Ermordung Sadats verbüßt hatte. Er hatte in den 1970er Jahren die terroristische Organisation *Ägyptischer Islamischer Jihad* (*al-Jihad al-Islami al-Misri*) gegründet und dieser vorgestanden – ein Amt, in dem er später von Ayman az-Zawahiri, dem langjährigen Stellvertreter Osama bin Ladins, abgelöst worden war.

Finanzierung

Aufgrund ihrer historischen Verbindung zu saudiarabischen Sponsoren, besonders aber aufgrund ihrer ideologischen Nähe zum Wahhabismus, wird salafistischen Parteien, allen voran der Nur-Partei, von politischen Konkurrenten vorgeworfen, sich über Geldgeschäfte mit den Golfstaaten (und hier in erster Linie Saudi-Arabien und Katar) zu finanzieren. Bis heute bestreiten die Salafisten jede externe Finanzierung und behaupten, ihre Aktivitäten ausschließlich über Mitgliederspenden und Sympathisantengaben zu finanzieren. Diese Behauptung darf jedoch angesichts der finanziellen Stärke der Salafisten als wenig glaubwürdig betrachtet werden.

Der Sprecher der Nur-Partei, Yusri Hammad, beteuerte 2011, die Ausgaben der Partei seien aufgrund der vielen Volontäre sehr niedrig (Shehata 2011). Auch im staatlichen Fernsehen Ägyptens stritten bedeutende Persönlichkeiten des salafistischen Spektrums wiederholt externe Finanzierungshilfen aus dem Golf ab und betonten die Wichtigkeit von Spenden und privaten Wohltätern aus Ägypten. Zu solchen Stimmen zählten etwa Scheich Yasir al-Burhamy, Mitbegründer der Nur-Partei (al-Burhamy 2011) oder der Sprecher der Salafistischen Verkündung, Scheich Abdel Muneim al-Shahat (al-Shahat 2011).

Zwar ist sicher richtig, dass die salafistischen Vereinigungen und Parteien einen Teil ihrer Aktivitäten durch nationale Spenden finanzieren, doch sind signifikante Unterstützungen aus dem arabischen Ausland, und hier insbesondere aus Saudi-Arabien, sehr wahrscheinlich. Solche internationalen Finanzierungskanäle waren jedoch bislang nicht im Ein-



Koptische Kirche am Nil. Salafistische Führer wie Yasir al-Burhamy schlagen den gleichen Umgang mit den Christen Ägyptens vor, den schon die frühen Muslime mit den Juden al-Medinas für ziemlich hielten: Tod und Vertreibung (MEMRI TV, 3. Dezember 2011)



Weberei in Fayum – viele Ägypter leben unter dem Existenzminimum

zelnen nachweisbar (im Vorfeld der ägyptischen Parlamentswahlen wurde in der deutschen Presse berichtet, dass allein die Nur Partei im Jahr 2011 bis zu 100 Million US-Dollar aus Saudi Arabien an Hilfen erhalten habe (Steinvorth 2011). Eine zumindest teilweise emanzipierte und Transparenz einfordernde ägyptische Gesellschaft wird allerdings die Offenlegung von Parteifinanzen auch von den Salafisten fordern. Deren zukünftige Teilhabe als glaubwürdiger Akteur in einem zunehmend demokratischen politischen Prozess mag daher mit davon abhängen, ob sie auch nach Bekanntgabe ihrer Finanzierungsquellen noch als „ägyptischer" Akteur wahrgenommen werden.

2. Rolle in den Umbrüchen 2011/12

Die Salafistische Verkündung lehnt – in Anlehnung an die wahhabitische Lehre – Gewalt gegen Muslime ab, weshalb sich ihre Mitglieder zunächst nicht an den Massenprotesten beteiligten; die Organisation hatte ihre Sympathisanten vielmehr dazu aufgerufen, sich den Protesten nicht anzuschließen. Ihre Teilnahme an der Transition und die Pragmatisierung der salafistischen Szene setzte somit erst später ein, dafür jedoch umso effektiver. Bereits im Frühjahr 2011 wurde die Nur-Partei aus der *Salafistischen Verkündung* heraus gegründet und zählt heute über 10.000 Mitglieder. Da sie nahezu ein Viertel der Parlamentssitze erringen konnte, wurde die Nur-Partei zu einem ernsthaften islamistischen Konkurrenten für die bis dahin in einer Art islamistischer „Monopolstellung" befindliche moderat-islamistische Muslimbruderschaft. Ein anderer salafistischer Herausforderer wurde die Partei für Aufbau und Entwicklung, die heute angeblich ebenfalls bis zu 10.000 Mitgliedern zählt (Roll 2012). Gemeinsam mit der deutlich kleineren salafistischen *Partei der Authentizität* (*al-Asala*) bildeten diese beiden bei den Parlamentswahlen von 2012 die *Islamische Allianz*, die als Gruppe mit 27,8 Prozent der Gesamtstimmen zur zweitstärksten politischen Kraft nach den Muslimbrüdern wurde. Sie konnten sich damit einerseits deutlich gegen die zerstrittenen säkularen und liberalen Kräfte durchsetzen und gleichzeitig den Muslimbrüdern einen Anteil ihrer Wählerschaft abspenstig machen. Denn aufgrund der eher apolitischen Vergangenheit ihrer Mutter-Bewegungen, aus denen heraus die salafistischen Parteien 2011 gegründet wurden, konnten sich diese als neue und unverbrauchte Kräfte darstellen. Damit grenzen sie sich effektiv von den Muslimbrüdern ab, die zwar mitnichten Teil des Mubarak-Regimes waren, aber seit Dekaden politisch aktiv sind und zum eigenen Überleben zwangsläufig einen *modus vivendi* mit dem autoritären Regime hatten finden müssen. Außerdem konnten die Salafisten auf eine lange Tradition in der Wohlfahrtsarbeit zurückblicken, was ihnen zusätzliche Stimmen gebracht haben dürfte (El Difraoui 2012).

Für das politische System insgesamt ergibt sich eine überwältigende Stimmenmehrheit von weit über zwei Dritteln für islamistische Parteien im ägyptischen Parlament, welche einerseits den starken Konservatismus der ägyptischen Gesellschaft widerspiegelt. Andererseits äußert sich darin tiefes Misstrauen gegenüber säkular-demokratischen Kräften, die häufig verdächtigt werden als Agenten des Westens zu fungieren, welcher seinerseits über Jahrzehnte die Diktatur gestützt hatte. Die auch für die EZ problematisch tiefgreifende Diskreditierung des Konzep-

tes von Demokratie sowie westlicher Einmischung ist somit indirekt *auch* ein Eigenprodukt von zumindest fragwürdigen westlichen außenpolitischen Maßstäben und Orientierungen der vergangenen Jahrzehnte, welche einer nachhaltigen Neubegründung bedürften.

Der Wahlausgang hat nicht zuletzt viele Ägypter selbst überrascht. Die bislang im westlichen Diskurs kritisch beäugten Muslimbrüder sehen sich nun mit einem rund ein Viertel aller Abgeordneten zählenden salafistischen Block konfrontiert, dem es in naher Zukunft gelingen dürfte, erheblichen Einfluss auf Regierungsentscheidungen zu nehmen und diese in eine extremere Richtung als die Programmatik der Muslimbrüder zu lenken. Denn ohne deren Tolerierung wird kaum eine Regierung handlungsfähig sein – es sei denn, das Militär griffe ein und würde wie unter Mubarak religiöse politische Akteure erneut qua Verfassung oder Beschluss des Obersten Gerichtshofes verbieten. Solche Bestrebungen waren Ende 2012 erkennbar geworden.

Die Parteigründungen der Salafisten und ihre Teilnahme an den Wahlen bedeuten für sie selbst eine Zäsur, denn das zumindest formale Bekenntnis zu demokratischen Spielregeln fragmentierte die salafistische Szene. Ein Teil der Salafisten steht den Prinzipien der Volkssouveränität, Rechtstaatlichkeit und sozialen Marktwirtschaft skeptisch bis ablehnend gegenüber, da diese Prinzipien ihrer Ansicht nach nicht aus Koran und Sunna abgeleitet werden können. Andere dagegen akzeptieren die Einrichtung demokratischer Institutionen zumindest als einen notwendigen Schritt auf dem Weg zur schlussendlich anzustrebenden Errichtung eines islamischen Staates. Diese Teile erachten die Volkssouveränität als glaubwürdiges Prinzip, weil sich die *Gemeinschaft der Gläubigen* nicht irren könne. Auch Rechtsstaatlichkeit wird als notwendiges Ordnungsprinzip akzeptiert, wobei sich hier die Salafisten äußerst entschieden an der Debatte um den Verfassungsentwurf des neuen Präsidenten Mursi beteiligten. So gelang es ihnen, sicherzustellen, dass die Sharia als Hauptquelle der Rechtsfindung festgeschrieben wurde und der Islam als Staatsreligion weiterhin im Artikel 2 der Verfassung verankert blieb.



Die Arabische Revolution und die Wahlgewinne der Islamisten schürten die Angst unter Reiseveranstaltern und Touristen. Viele Ferienanlagen am Roten Meer stehen heute leer

Die Aufgabe ihrer politischen Passivität ist Ergebnis der Pragmatisierung von Teilen des salafistischen Spektrums. Sie begründeten ihre Partizipation mit der Notwendigkeit, einen Rückfall in korrupten Autoritarismus zu verhindern, sodass ihr Aktivismus eine Gestaltungsmöglichkeit im öffentlichen Interesse sei und damit in Einklang mit der islamischen Lehre stehe, der Gemeinschaft der Gläubigen Gerechtigkeit zu bringen (Brown 2011, 8-11). Der islamische Staat sei weiterhin das Endziel, die Salafisten müssten dann den Weg dorthin mitgestalten, um sicherzustellen, dass das Ziel auch erreicht werde (ebd.).

3. Gegenwärtig ausgeübte Rolle

Nirgendwo sind heute die Salafisten so stark am politischen Entscheidungsprozess beteiligt wie in Ägypten. Im Gegensatz zur Nur-Partei und der Partei für Aufbau und Entwicklung lehnen andere Teile der salafistischen Bewegung weiterhin die Teilnahme am Demokratisierungsprozess ab. Die Erstgenannten sehen dagegen ihre politische Partizipation als notwendiges Mittel, um eigene Gestaltungsinteressen gegen die dominierende Muslimbruderschaft und nicht-islamistische Kräfte durchzusetzen, um sich im neuen System zu etablieren.

Die Politisierung der Salafisten führte einerseits zur Abmilderung einiger – primär moralpolitischer – Positionen wie des Alkoholverbots. Dafür vollzogen sie eine „ideologische Akrobatik“ (El Difraoui 2012, 3) und verprellten Teile ihrer ultrakonservativen Anhängerschaft. Andererseits konnten sie im politischen Diskurs auch neue Sympathisanten – besonders aus den konservativen Flügeln der Muslimbruderschaft – gewinnen. Die Muslimbrüder haben dagegen ihr früheres Monopol über den *politisch* aktiven Islam Ägyptens verloren und finden sich zunehmend in einer reaktiven Rolle gegenüber verstärkt pro-aktiven Initiativen der Salafisten. Letztere behaupteten sich etwa 2012 in einer Mediatorenrolle zwischen der islamistischen Regierung und jihadistischen Gruppierungen auf der Sinai-Halbinsel, und kamen damit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nach (Bokhari 2012). Die nach Dekaden der



Demonstration von Salafisten zugunsten einer auf der Scharia basierenden Verfassung

Unterdrückung nun in Regierungsverantwortung befindliche Muslimbruderschaft steht dagegen vor der Sisyphos-Aufgabe, in der Transitionsphase sowohl den hohen sozio-ökonomischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden als auch den Demokratisierungs-, Sicherheits- und Stabilitätsforderungen internationaler Geber. Zudem muss sich die Muslimbruderschaft mit multiplen nationalen Eliteninteressen des Militärs, der Wirtschaftseliten und Teilen des *ancien regime* auseinandersetzen, und darf dabei auf der Suche nach Kompromissen ihre eigene Unterstützerbasis nicht verlieren.

Die Salafisten finden sich dagegen in einer Herausfordererrolle, in der sie massiven Druck auf die Muslimbruderschaft ausüben. Daraus resultieren mitunter Politikergebnisse, die den Erwartungen nationaler wie internationaler Akteure widersprechen. So geriet Präsident Mursi international in Kritik, weil er den gewalttätigen, primär salafistisch inspirierten Protesten gegen das Muhammad-Video im Spätsommer 2012 nicht entschieden genug begegnete (Bokhari 2012). Ausdruck dieser komplexen Gemengelage waren auch die Diskussionen um die neue Verfassung Ende 2012. Aufgrund der umstrittenen Machterweiterungen des Präsidenten und des salafistischen Einschlags des Ende November von der mittlerweile aufgelösten Verfassunggebenden Versammlung angenommenen Entwurfs, hatten sich tausende Demonstranten aus dem säkularen und liberal-islamischen Lager versammelt und gegen die Muslimbrüder protestiert. Die anhaltenden gewalttätigen Auseinandersetzungen sprechen dafür, dass die Stärke der Salafisten mittelfristig dazu beiträgt, den bisher schon steinigen Weg des ägyptischen Umbruchs weiter zu verzögern.

4. Politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen

Die Nur-Partei unter Vorsitz von Imad Adb al-Ghafur, der gemeinsam mit weiteren 150 Mitgliedern Anfang Januar 2013 zurücktrat und ankündigte, eine neue Partei zu gründen (Al-Ahram 2013), will sich innenpolitisch für die Durchsetzung der Sharia und der in diesem Rahmen gewährten Grundrechte einsetzen. Diese Partei spricht sich zudem für Religionsfreiheit der koptischen Minderheit[5] aus und bekennt sich formal zum Prinzip der Gewaltentei-



Scheich Murgan Salem, einer der Führer der ägyptischen Salafisten, ruft in einem Fernsehinterview zur Zerstörung vorislamischer Idole auf

lung. Sie legte bislang keine dezidierte außenpolitische Agenda vor, sondern befürwortet lediglich eine Vertiefung der Beziehungen zu islamischen Ländern speziell in der Entwicklungspolitik, während die Abhängigkeit von den westlichen Gebern und früheren Unterstützern des autoritären Vorgänger-Regimes zu reduzieren sei (Roll 2012, Brown 2011, 9).

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik bleibt die Programmatik der Nur-Partei unkonkret; vage wird ein marktwirtschaftliches System mit *islamischem Bankenwesen* befürwortet und es soll eine Gesundheitsreform durchgeführt werden (Roll 2012). Die Nur-Partei befürwortet sogar die Aufnahme eines verzinsten IWF-Kredits[6], um einer sich rapide verschlechternden sozio-ökonomischen Entwicklung zu begegnen (El-Difraoui 2012).

Gesellschaftspolitisch ist die Nur-Partei höchst konservativ. Sie positioniert sich ambivalent, indem sie in Genderfragen einerseits Gewalt gegen Frauen anprangert und betont, wie wichtig die politische Partizipation von Frauen im Demokratisierungsprozess sei. Andererseits rückt sie zeitgleich familiäre und häusliche Pflichten der Frau ins Zentrum ihres Gesellschaftsbildes (Brown 2011, 10).

Das Programm der Partei für Aufbau und Entwicklung ist ähnlich, wenngleich in Bezug auf das Strafrecht extremistischer: Sie erstrebt die umfassende Anwendung der Sharia einschließlich der so genannten *Hadd*-Strafen. Sie betont die islamische und arabische Identität der ägyptischen Republik und for-

[5] So sollen die Rechte der christlichen Minderheit über ihr eigenes Personenstands- und Familienrecht weiterhin geschützt sein (Brown 2011, 10).
[6] Zinsen sind im islamischen Bankensystem verboten, weil sie dem Wucherverbot im Koran (Sure 2, Vers 278) widersprechen.

dert auch eine engere außenpolitische Anbindung an islamische Länder. Dabei betont sie ihre Solidarität mit den Palästinensern. Sie bekennt sich auch nur im Rahmen des islamischen Rechts zu Rechtstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Glaubensfreiheit, und ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele entsprechen weitgehend denen der Nur-Partei (Roll 2012).

Beide Parteien sind nicht-salafistischen Strömungen gegenüber intolerant und beanspruchen die „wahre“ Auslegung des Islam für sich. Aufgrund ihrer offiziellen Ablehnung von Gewaltmitteln können sie – im Gegensatz zu terroristischen Gruppen – als an staatlicher Stabilität interessiert gelten, und beide unterstreichen in ihren Programmen Punkte wie nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft und Armutsbekämpfung (Roll 2012).

Am Ende der Transition steht jedoch für Salafisten der islamische Staat als utopisches Ideal, in dem die Sharia die einzige Quelle der Rechtsfindung darstellt. Demokratie bleibt nach Angaben der Salafisten ein Mittel zum Zweck, um über ihren Weg einen islamischen Staat zu erreichen. Ob und inwieweit die Einübung pluralistischer Prozesse dazu führen mag, dass salafistische Akteure – ähnlich der Hizbullah im Libanon – ein plurales System dauerhaft zu akzeptieren lernen, bleibt unklar.

5. Bedeutung der salafistischen Parteien für die EZ

Politische Salafisten sind heute bedeutende Akteure im ägyptischen System. Salafistische Parteien zeigten sich kompromissbereit und lernfähig in Verhandlungen mit der Muslimbruderschaft, sodass ihre Einbindung in den politischen Entscheidungsprozess bei Teilen ihrer Führer zu einer gewissen Pragmatisierung geführt hat. Ihre stark auf Armutsbekämpfung ausgerichtete Sozialpolitik lässt sie vorderhand als einen potenziell sinnvollen Partner der EZ scheinen, vorausgesetzt sie akzeptierten dauerhaft den demokratischen Verfassungsstaat.

Allerdings muss hinterfragt werden, ob sich salafistische Verständnisse von Konzepten wie „nachhaltiger Entwicklung“ oder auch „Armutsbekämpfung“ mit denen der EZ decken. So wird im salafistischen Diskurs „Armutsbekämpfung“ häufig mit Mildtätigkeit, Almosengeben oder Armenspeisung gleichgesetzt, was nach westlicher Lesart eher unter die Rubrik „Nothilfe“ fallen dürfte und gerade dem Prinzip der Nachhaltigkeit in der Armutsbekämpfung widerspricht.

Die regierende Muslimbruderschaft wird in der Substanz ihres Demokratieverständnisses auch an ihrem Umgang mit den Salafisten gemessen werden müssen. Wo deren Positionen nicht kompatibel mit den Zielen der EZ sind, muss die Bruderschaft zu eindeutigen Positionierungen ermutigt werden. Die Salafisten dagegen sind als relevanter politischer und gesellschaftlicher Akteur zur Kenntnis zu nehmen. Das beinhaltet die Prüfung von Möglichkeiten ihrer Einbindung in dauerhafte Dialogstrukturen, auch um eine weitere Radikalisierung in Richtung Terrorismus zu verhindern. Solche Dialogstrukturen werden deshalb häufig frustrierend sein, weil bislang unüberbrückbare Zielkonflikte zur EZ bestehen. Dennoch scheint eine Ausgrenzung der Salafisten nur dann sinnvoll, wenn Gewalt befürwortet wird. Andernfalls sind Lernprozesse und evolutionäre Entwicklungen hin zu pragmatischeren Haltungen nicht ausgeschlossen. Andere nationale Akteure sollten darüber hinaus dazu ermutigt werden, von den Salafisten eine Offenlegung ihrer Beziehungen insbesondere zu saudi-arabischen und katarischen Akteuren zu fordern.

Das strenge Religionsverständnis der Salafisten lässt wenig Raum für die Akzeptanz der Relikte aus Ägyptens Vergangenheit. Führende Persönlichkeiten des salafistischen Lagers riefen bereits zur Zerstörung der Pyramiden auf, die sie als „heidnisch“ brandmarkten. Zwar erinnern solche Aufrufe an die Taliban und deren Sprengung der Buddha-Statuen im afghanischen Bamyan, es steht jedoch zu bezweifeln, dass sie mit diesen Aussagen in der stark tourismusabhängigen ägyptischen Gesellschaft auf großen Rückhalt stoßen.


مدفن
نبيل ذكي
رجال

Die an-Nahda Partei Tunesiens

1. Hintergründe

Historischer und politischer Kontext
Infolge unterschiedlicher Erfahrungen mit dem Kolonialismus und divergierender sozio-ökonomischer Entwicklungen der maghrebinischen Länder nach der Unabhängigkeit fanden islamistische Bewegungen in Nordafrika unterschiedliche Wege, mit den autoritären Regimen umzugehen. In Algerien führte ein besonders tief dringender Siedlerkolonialismus zu einem radikalen Wechsel aller Eliten und zur Umgestaltung staatlicher und bürokratischer Strukturen. Gewalt etablierte sich als „legitimes“ Mittel zur Machtergreifung und -sicherung (Ouaissa 2008, 59-60). Dort wurde die islamistische Bewegung zunächst mit äußerst repressiven Mitteln zerschlagen. In Tunesien dagegen betonte die islamistische *Dustour* Partei um Abdelaziz Thaalbi den spezifisch islamisch-arabischen Charakter der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung. Doch sie verlor die Führung der Bewegung an die säkular-nationalistische *Neo-Dustour* um den ersten tunesischen Präsidenten Habib Bourguiba.





Links: Facebook Seite von an-Nahda: Auch islamistische Parteien, die den Westen oft als unmoralisch und gottlos geißeln, haben keine Einwände, westliche Medien oder Technologie in den Dienst ihrer Sache zu stellen. Oben: Medienpräsenz Rachid al-Ghannouchis, Mitbegründer der an-Nahda Partei

Um die Islamisten von der Machtteilnahme auszuschließen entschied sich Bourguiba gegen offene Gewalt und suchte sie stattdessen zu delegitimieren. Bourguiba schlug einen westlich orientierten autoritären Kurs wirtschaftlicher und sozialer Modernisierung ein und band durch einen breiten Staatssektor weite Bevölkerungsteile an den Staat. Er pflegte außenpolitische Beziehungen zum Westen und zur frankophonen Elite und förderte Frauenrechte, was ihm den Ruf eines „aufgeklärten Autokraten“ (Jendoubi 2011, 7) eintrug. Gleichzeitig betonte er die islamische Identität Tunesiens und versuchte so, islamische Symbolik zur Machtsicherung zu nutzen. Gleichzeitig wurde durch einen umfassenden Personenkult um den Präsidenten als modernen, progressiven Befreier Tunesiens verhindert, dass religiöse Autoritäten zu parallelen Machteliten aufsteigen konnten (Erdle 2008, 39-44). Zudem festigte Bourguiba seine Vormachtstellung im System durch die Verfassungen von 1959 und 1976, in denen ihm neben der Präsidentschaft auf Lebenszeit faktisch unbegrenzte Kompetenzen zugesprochen wurden (Jendoubi 2011, 7-8).

Sein Nachfolger Zine al-Abidin Ben Ali führte ab 1987 Bourguibas Modernisierungspolitik im Grunde fort. Auch seine Schwerpunkte lagen auf marktwirtschaftlicher Entwicklung und westorientierter Außenpolitik. Ben Ali bediente sich allerdings technologischer Entwicklungen, um mit Hilfe des Kommunikationsministeriums eine weitreichende Imagekampagne Tunesiens umzusetzen. Inländische Medien wurden zensiert, während die außenpoliti-

sche Vermarktung Tunesiens Sache der *Agentur für Auslandskommunikation* (ATCE) war, die den Tourismussektor fördern und Investitionen anziehen sollte. Die Errichtung einer Fassadendemokratie sollte Tunesiens „Progressivität“ im Vergleich zur übrigen arabischen Welt demonstrieren. Zivilgesellschaft wurde durch die Gründung regimetreuer Vereinigungen oder Kooptierung ursprünglich regierungsunabhängiger Organisationen nur simuliert. Einer der wenigen Akteure, der sich einer Kooptation entziehen konnte, war die Einheitsgewerkschaft (*Union Générale Tunisienne du Travail*, UGTT), welche für den Erfolg der Revolte von 2010/11 eine entscheidende Rolle spielte. Die Einrichtung von Menschenrechtsabteilungen in Justiz-, Innen- und Außenministerium diente nicht der Ahndung von Menschenrechtsverletzungen, sondern primär der Vertuschung solcher Verbrechen durch staatliche Organe. Ben Alis mächtiger Polizeiapparat überwachte oppositionelle Kräfte und führte einen im westlichen Ausland begrüßten Kampf gegen militante Islamisten, wobei die Repressionen säkulare Gegner gleichermaßen trafen. Insbesondere der vom Westen unterstützte „Kampf gegen den Terrorismus“ nach 2001 erlaubte der Polizei weitgehende Handlungsfreiheit und setzte Regimekritiker Folter und Misshandlungen aus. Die intransparente Privatisierung staatlicher Betriebe, obwohl vom IWF mehrfach gelobt (u.a. Beau/ Graciet 2010, 130), diente primär der Selbstbereicherung politischer Eliten (Familien Ben Ali, Trabelsi und deren Klienten). Im Ergebnis verbarg eine pseudo-progressive Fassade ein kleptokratisches System (Ruf 2011, 12-15).

Ben Alis Imagekampagne hatte sich ausgezahlt: Sein Regime war ein wichtiger Partner der Europäischen Union im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft (seit 1995) und der Europäischen Nachbarschaftspolitik (seit 2003); weite Teile der (Land-) Bevölkerung jedoch wurden fast ausschließlich von nicht-staatlichen islamistischen Akteuren erreicht und blieben sozial wie politisch marginalisiert.



Genormte Klebeflächen für Wahlwerbung im Oktober 2011

Entstehungsgeschichte und Verhältnis zum Regime

Die heutige *Harakat an-Nahda* (Renaissance-Bewegung, kurz: *Nahda*) ging aus der islamistischen Partei *Dustour* (Verfassung) hervor, die innerhalb der Nationalbewegung seit den 1930er Jahren vorrangig von der urbanen Mittelschicht getragen worden war. Unter der säkular-frankophonen *Neo-Dustour* um Habib Bourguiba, die nach Erlangung der tunesischen Unabhängigkeit alle relevanten Führungspositionen im Staatsapparat einnahm, wurden die Islamisten zunächst als Gegengewicht zu den linken Kräften der 1960er Jahre geduldet, die den arabischen Nationalismus Nassers unterstützten. Dabei sollte der Islam als kulturelles Erbe der tunesischen Gesellschaft betont werden, jedoch förderte Bourguiba (ebenso wie sein Nachfolger Ben Ali) ein unpolitisches Islamverständnis (Erdle 2008, 39-49). In diesem Rahmen entstand 1979 die zunächst unpolitische Islamische Tendenzbewegung (*Mouvement de la Tendance Islamique*, MTI), die aus der islamischen Studentenbewegung hervorging und vorrangig Sympathisanten aus ärmeren Verhältnissen des Großraumes Tunis anzog. Diese Bewegung organisierte Gesprächskreise und Informationsveranstaltungen außerhalb des von der *Neo-Dustour* dominierten politischen Parteienspektrums.

1981 verabschiedete die MTI auf ihrem Nationalkongress ihr erstes politisches Programm – ein Ergebnis der Konsensfindung zwischen zahlreichen verschiedenen Strömungen innerhalb der Bewegung. In diesem Programm forderte sie Parteienpluralismus, setzte sich für gesellschaftliche Modernisierung mit islamischem Bezug ein, und bekannte sich zur Förderung von Frauenrechten (ebd., 43). Die MTI zeichnete damit kein Alternativmodell zur Republik, sondern suchte Reformen innerhalb des bestehenden Systems anzustoßen. Damit sprach sie sozial engagierte, qualifizierte und sich ihres islamischen Glaubens bewusste Tunesier aus der Mittelschicht an, die vom „Bourguibismus“ ausgeschlossene soziale Gruppen darstellten und sich durch die Modernisierung „von oben“ entfremdet fühlten. Diese Politisierung ließ die MTI zu einem ernstzunehmenden Herausforderer des Regimes werden, sodass ihre Anhänger zunehmend staatlicher Repression ausgesetzt wurden.

In Ben Alis politischem System fand der politische Islam kaum Platz. 1988 erließ der Präsident ein Dekret, welches Bewegungen mit spezifisch islamischem Bezug die Gründung einer politischen Partei untersagte. Daher benannte sich die MTI um in *Hizb an-Nahda* (Partei der Renaissance) und konnte so erstmals an Parlamentswahlen teilnehmen, aus denen sie mit

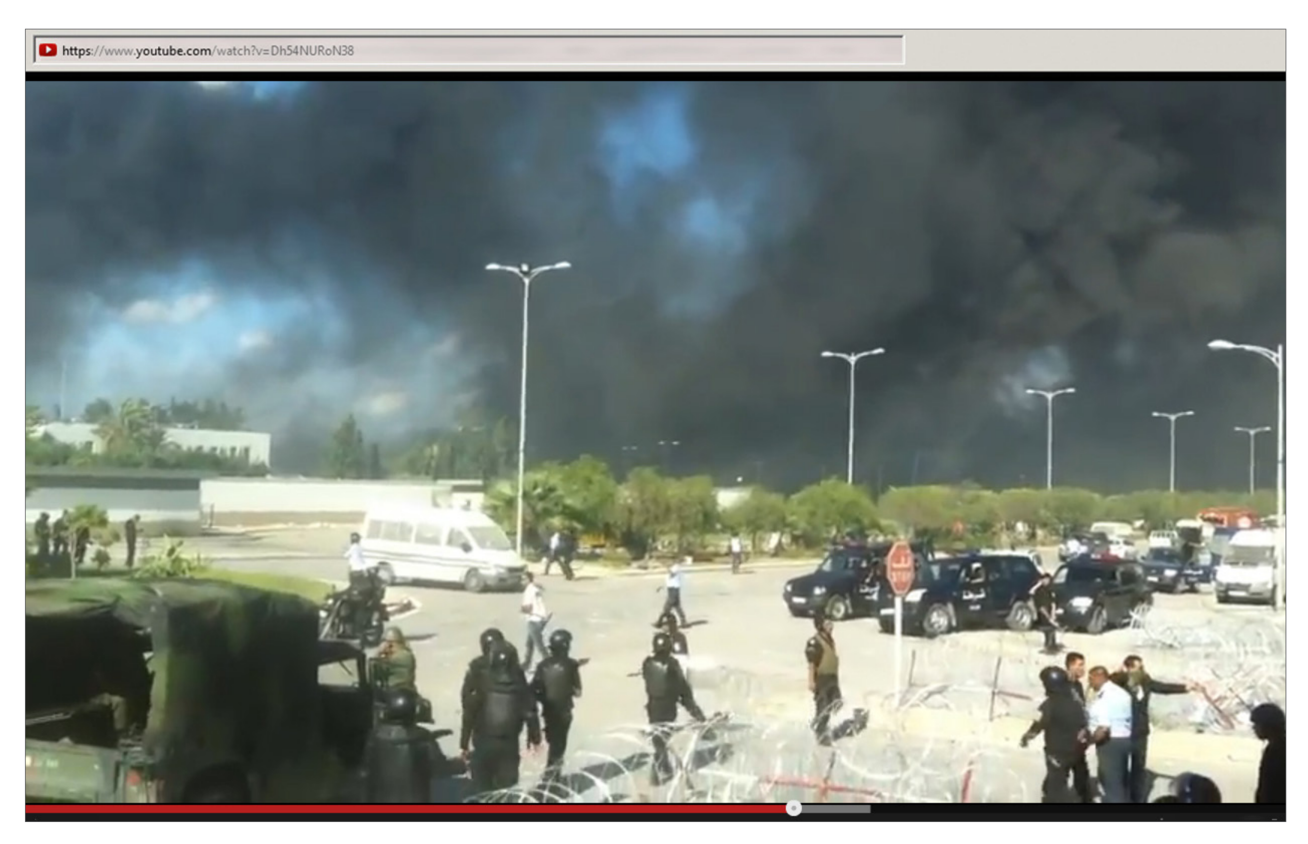


Eine salafistische Massendemonstration rief im März 2012 zur Einführung der Scharia in Tunesien auf

beachtlichem Erfolg hervorging. Ihre offensichtliche politische Mobilisierungsfähigkeit führte erneut zum Bruch mit dem Regime. Die Organisationsstrukturen der an-Nahda wurden zerschlagen, ihre Mitglieder und Anhänger verhaftet oder exiliert, und eine umfassende Propagandakampagne des Kommunikationsministeriums sollte ihre Popularität mindern. Ab 2001 ließen sich Repressionskampagnen zudem unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Terrorismus“ international problemlos legitimieren.

Schwieriges Erbe: Kolonialzeit und Diktatur. Ein Bild des gestürzten Machthabers Zine al-Abidin Ben Ali vor der französischen Kathedrale St. Vincent de Paul im Stadtzentrum von Tunis (Oktober 2010)


بن علي
2009
معاً لرفع التحدّيات



Im September 2012 stürmten Salafisten die US-Botschaft in Tunis und setzten sie in Brand

Daher verfügte die an-Nahda bis 2011 über keine Parteistrukturen im Land und war im öffentlichen Leben faktisch inexistent (Lübben 2012). Die Monopolisierung der politischen und wirtschaftlichen Macht im engen Umfeld des Präsidentenpaares unter Abwesenheit jeglicher Kontrollmechanismen, beschützt von einem mächtigen Polizeiapparat und aktiv gestützt von Europas Regierungen, blockierte der zersplitterten Opposition und den isolierten Islamisten jeden Zugang zu politischer Teilhabe.

Finanzierung

Obwohl die an-Nahda vor 2011 in Tunesien kaum präsent war, konnte sie in einer bemerkenswert kurzen Zeit nach dem Sturz Ben Alis organisatorische Strukturen aufbauen, die für ihren Wahlsieg im Oktober 2011 von maßgeblicher Bedeutung waren. Die an-Nahda war die erste Partei nach dem Regimesturz, die landesweite Büros eröffnete und recht schnell mit dem Wahlkampf begann, in dem professionell gestaltete Flyer und Programmbücher, T-Shirts und Wahlkampfsticker im ganzen Land verteilt wurden. Diese für die erst kurz zuvor zurückgekehrte an-Nahda erstaunlich gute materielle Ausstattung verursachte hitzige Debatten in den Reihen der politischen Herausforderer um die Finanziers der Islamisten (Kirkpatrick 2011). Seit 2011 wird der an-Nahda vorgeworfen sich über Geldgeber aus dem Golf – vor allem Saudi-Arabien und Katar – zu finanzieren, was sie bislang bestreitet. Ende 2012 wurde der Druck auf die an-Nahda Rechenschaft über ihre Finanzquellen abzulegen, erhöht, nachdem das Hacker-Netzwerk Anonymous mehrere tausend Emails von an-Nahda-Abgeordneten abgefangen hat und veröffentlichen ließ. Aus ihnen gingen Kontakte u.a. mit der *Qatar International Islamic Bank* hervor und mit dem Ölkonzern *Qatar Petroleum*, das über an-Nahda-Kontakte Investitionen im tunesischen Energiesektor tätigen soll (RTBF 2012). Rachid al-Ghannouchi, der als politische Führung der an-Nahda betrachtet wird, wies alle Vermutungen über internationale Finanzierung seiner Partei zurück und betonte, dass die Finanzierungsquellen ausschließlich im nationalen Kontext existieren, so zählen wohlhabende tunesische Geschäftsleute, nach Angaben Ghannouchis, zu den Geldgebern der an-Nahda.

2. Rolle in den Umbrüchen 2011/12

Die Aufstände, die im Dezember 2010 im Landesinneren von Tunesien begannen und mit der Flucht Ben Alis im Januar 2011 endeten, wandten sich primär gegen sozio-ökonomische Missstände. Getragen wurden sie von der angesichts ihrer Perspektivlosigkeit tief frustrierten Jugend sowie wirtschaftlich und politisch marginalisierten Gruppen, die von massiver Arbeitslosigkeit, blockierter sozialer Mobilität, gesellschaftlicher Marginalisierung und willkürlicher Polizeigewalt betroffen waren – insbesondere im Landesinneren und den westlichen Landesteilen. Die Proteste griffen jedoch rasch auf das ganze Land über und wurden von der UGTT organisatorisch unterstützt, von deren regionalen Netzwerken die Protestierenden profitieren. Die UGTT hatte den Kooptationsversuchen des alten Regimes weitgehend getrotzt und war Arbeitnehmerbelangen treu geblieben. Sie spielte eine entscheidende Rolle in der geographischen Ausdehnung der Proteste und hatte u.a. durch Ankündigung eines Generalstreiks den Druck auf das Regime massiv erhöht (ICG 2011, 3-8).

Tunesiens politische Parteien hatten wenig Anteil an den Protesten. Die Aufstände waren zwar hochpolitisiert, folgten jedoch keiner konkreten politischen Ideologie. Mitglieder zahlreicher Parteien und Bewegungen verschiedener Couleur beteiligten sich an den Protesten. So nahmen legale (*Parti Démocrate Progressiste* (PDP); *Tajdid*) wie auch illegale Oppositionsparteien (*Parti communiste des ouvriers de Tunisie* (PCOT); arabisch-nationalistische Parteien) an den Demonstrationen teil und waren gleichermaßen von repressiven Maßnahmen betroffen. Da die Strukturen der an-Nahda fast vollständig zerschlagen worden waren und ihre personelle Stärke auf etwa 50 Mitglieder geschätzt wurde (ICG 2011, 8), war die Beteiligung der an-Nahda gering. Nicht zuletzt wird auch Persistenz des tunesischen Autoritarismus bis 2011 auf eine extrem zersplitterte Opposition zurückgeführt, die das Regime nicht geschlossen herausfordern konnte. Doch die Zurückhaltung der Islamisten bei den Protesten ist auch auf pragmatische Überlegungen zurückzuführen: Die tunesischen Islamisten wollten eine Niederschlagung der Proteste unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terror" vermeiden. Darüber hinaus argumentierten Vertreter der an-Nahda plausibel, dass deutlichere Versuche, die an-Nahda oder andere Gruppierungen während der Proteste als dezidiert religiöse Akteure zu profilieren sehr wahrscheinlich zu einer Spaltung der Opposition geführt hätte, die gerade erstmals gegen das Regime geeint war (ICG 2011, 8-9).

3. Gegenwärtig ausgeübte Rolle

Die an-Nahda befindet sich nicht nur erstmalig in Regierungsverantwortung, sondern musste infolge des Sturzes Ben Alis aus dem Exil und aus den Gefängnissen heraus zunächst in die tunesische Gesellschaft zurückfinden. Trotz fehlender Basis im Land gelang es ihr, eine beachtliche Wählerschaft zu mobilisieren, mit 89 von 217 Abgeordneten in die Verfassunggebende Versammlung (*L'Assemblée Nationale Constituante*, ANC) einzuziehen, und innerhalb kurzer Zeit effektive Organisationstrukturen zu etablieren. Im Oktober 2011 ging die an-Nahda, gemeinsam mit den laizistischen Parteien *Congrès pour la République* (CPR) und *Ettakatul* (arab. Forum, Abk. für Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheit) als Sieger aus den Wahlen zum ANC hervor. Die neue Koalition spiegelt im ANC vertretene Kräfte durch Ministerpräsident Jabali (Generalsekretär der an-Nahda), Staatspräsident Marzouki (CPR) und Parlamentspräsident Ben Jaafar (Ettakatul) wider.

Im August 2012 legte die ANC einen Verfassungsentwurf vor, der viele Diskussionen um ihren religiösen Konservatismus und die Ernsthaftigkeit ihrer Demokratisierungsabsichten auslöste. Dieser Entwurf ist im Ergebnis ein Symptom der komplizierten Konsenssuche innerhalb der Nahada selbst, innerhalb des ANC, des gesamten Akteursspektrums in Tunesien, und mit externen Akteuren. Die an-Nahda ist dem Druck säkularer und salafistischer Kräfte wie auch externer Akteure gleichermaßen ausgesetzt. Sie präsentiert sich in diesem „Dreieck" einerseits als progressiv und reformorientiert, muss zugleich aber konservative Stimmen innerhalb ihrer Reihen beschwichtigen, um die Abwanderung von Anhängern an die salafistische Bewegung zu verhindern. Gleichzeitig versucht sie einen *Modus Operandi* mit den salafistischen Kräften zu finden, um deren weitere Radikalisierung und den Ausbruch erneuter Unruhen zu verhindern. Jene Konsenssuche manifestiert sich gegenwärtig in mangelnder Stringenz der vertretenen Positionen sowie einem Schlinger-



Hohe Jugendarbeitslosigkeit und eine schwächelnde Wirtschaft sind die größten Herausforderungen für die tunesische Übergangsregierung

kurs in etlichen Themenbereichen (etwa: Alkoholgenuss, Frauenrechte, allg. im Umgang mit Salafisten (Werenfels 2011, 1-4; s.u.)).

Bis zu den Protesten 2012 und einem Angriff auf die örtliche US-Botschaft reagierte die an-Nahda zögerlich auf kriminelle Aktivitäten salafistischer Gruppierungen, was ihr den Vorwurf eintrug, sich die Salafisten als „Miliz" zu halten, um verdeckte Islamisierungsbestrebungen gewaltsam durchzusetzen (Marks 2012). Seither ist – auch infolge US-amerikanischen Drucks – eine klarere Rhetorik und stringentere Verfolgung von Straftaten beobachtbar. Im Gegensatz dazu stehen Berichte über konspirative Gespräche zwischen dem an-Nahda-Vorsitzenden Ghannouchi und salafistischen Kräften zum Umgang mit Säkularisten (Abdel Rahim 2012). Die Strategie der an-Nahda im Umgang mit Salafisten bleibt somit auch 2013 widersprüchlich. Statt mit den Mitteln des Rechtsstaats konsequent gegen salafistisch motivierte Straftaten vorzugehen, sucht die an-Nahda – insbesondere junge – salafistische Akteure in das politische System zu integrieren, um so den Ausbruch erneuter Unruhen zu verhindern. Doch mehren sich destabilisierende salafistische Übergriffe auch auf Sicherheitsbeamte (Maarouf 2012; Al-Hayat 2012), was nicht im Interesse der an-Nahda liegen kann. Es wird spekuliert, dass die an-Nahda eine Dämonisierung der salafistischen Bewegung vermeidet, um diese nicht weiter in eine systemfeindliche Position zu drängen, sondern in die Rolle einer systemimmanenten Opposition zu bringen versucht (Marks 2012). Künftig aber wird die an-Nahda kriminelle Aktivitäten gleich welchen Ursprungs rechtstaatlich verfolgen müssen, was derzeit nur unvollständig geschieht. Andernfalls verliert sie als demokratisierende Kraft weiter an Glaubwürdigkeit. Zudem muss die jetzige Regierung angesichts wachsender gesellschaftlicher Unzufriedenheit über die mangelhafte Sicherheitslage das Gewaltmonopol in staatliche Hände zurückbringen.

Die an-Nahda ist grundsätzlich an Stabilität interessiert, um ein Klima etablieren zu können, in welchem die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Klientel (gebildete Mittelschichten) zeitnah über wirtschaftliche und politische Reformen erreicht werden soll. Derzeit aber wächst die Unzufriedenheit nicht nur über die Sicherheitslage, sondern auch über ausbleibende Reformen. So konnte die neu gegründete *Nida Tunis* (Ruf Tunesiens) innerhalb eines linken Bündnisses an Popularität gewinnen, obwohl viele ihrer Mitglieder Sympathisanten des alten Regimes sind (Libération 2012). Auch der künftige Umgang mit dieser ernstzunehmenden Opposition wird Aufschluss über die Substanz des Demokratieverständnisses der an-Nahda geben.

Die Transitionsphase stellt die an-Nahda in ihrer neuen Rolle als Regierungspartei vor vielfältige Herausforderungen und erfordert Reformen, um bisherige politische, soziale und wirtschaftliche Schieflagen auszugleichen. Wirtschaftsreformen sollen neue Investitionen anziehen und den Tourismussektor revitalisieren, um so Arbeitsplätze zu schaffen – gerade vor dem Hintergrund hoher Erwartungen der an-Nahda-Wählerschaft. Auf politischer Ebene müssen die Provinzen des Landesinneren sowie die Interessen Jugendlicher stärker im Parlament vertreten sein. Bislang zählen die meisten Entscheidungsträger innerhalb der an-Nahda zur älteren Generation. Um

Reformen effektiv durchsetzen zu können, wäre zudem ein tiefgreifender Personalwechsel in Ministerien, Bürokratie wie auch in den Medien nötig, denn dort sind die Günstlinge des alten Regimes noch besonders zahlreich (Werenfels 2011, 3-4). Zwar hat die an-Nahda begonnen, Personal auszutauschen, doch trug ihr dies bereits den Vorwurf der Machtmonopolisierung ein (Talbi 2012). Künftig gilt es zu beobachten, inwieweit sich die an-Nahda an Machtteilungsarrangements halten wird. Denn die wichtigste Herausforderung ist die Konsensfindung innerhalb ihrer Reihen sowie innerhalb des tunesischen Akteursspektrums insgesamt.

Jüngster Ausdruck intern gegensätzlicher Positionen, die der Glaubwürdigkeit der an-Nahda schaden, ist der vage und bisweilen inkonsistente Verfassungsentwurf vom August 2012. Menschenrechtsorganisationen kritisieren mehrere Artikel, die nicht mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vereinbar sind, u.a. was Religionsfreiheit anbelangt. Auch bleibt unklar, wie Atheismus oder Glaubenswechsel verfassungsrechtlich geschützt werden. Besonders problematisch ist Artikel 28, der das Prinzip der Gleichberechtigung der Geschlechter nicht erwähnt und die Rolle von Mann und Frau in der Familie lediglich als „komplementär" beschreibt (HRW 2012).[1]

Die an-Nahda, sowie CPR und Ettakatul wurden im Oktober 2011 gewählt, weil sie die größte Ferne zum alten Regime aufwiesen und damit am Glaubwürdigsten wirkten. Um diese Glaubwürdigkeit nicht zu verspielen und damit den extremistischen Salafisten in die Hände zu spielen, sollte auch Europa Geduld und Offenheit üben; bislang jedenfalls ist kein konkretes Indiz erkennbar, welcher das Demokratisierungsinteresse der an-Nahda im Grundsatz in Frage stellt (Werenfels 2012, 4).

4. Politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen

Die an-Nahda weist nur sehr allgemeine Bezüge zum Islam auf. Er dient als kultureller Referenzrahmen im Modernisierungsprozess, um moralische Leitlinien politischer und wirtschaftlicher Reformen abzustecken. Der Islam wird zudem als Identitätsmerkmal der tunesischen Gesellschaft verstanden, der ein gerechtes Leben in Freiheit und Menschenwürde garantieren soll. In dem Verfassungsentwurf von 2012 wurde aufgrund notwendiger Kompromisse mit laizistischen Kräften die *Sharia* als Quelle der Rechtsfindung bislang nicht integriert. Es gibt bislang wenig begründete Zweifel daran, dass die an-Nahda bereit ist, demokratische Spielregeln einzuhalten. Parteienpluralismus wird gefördert, Gewaltenteilung, freies und faires Wahlrecht sowie eine aktive Zivilgesellschaft werden ebenso unterstützt und befördert. In Bezug auf die Glaubens- und Meinungsfreiheit jedoch existiert – wie erwähnt – Korrekturbedarf am Verfassungsentwurf, was möglicherweise auf die Konsenssuche der an-Nahda mit konservativeren Kräften verweist; eine endgültige Beurteilung hierzu wäre zum jetzigen Zeitpunkt (Ende 2012) jedoch verfrüht.

Zur Position der an-Nahda hinsichtlich von Frauenrechten lässt sich ebenfalls keine letztgültige Aussage treffen: Es herrschen offenkundige Positionsdifferenzen innerhalb der an-Nahda selbst wie auch im tunesischen Akteursspektrum insgesamt. Die an-Nahda spricht sich einerseits für den Erhalt der tunesischen Errungenschaften im Bereich der Frauenrechte aus, doch sorgt die Formulierung des Verfassungsartikels 28 zur „ergänzenden" anstatt „gleichwertigen" Rolle der Frau für begründete Besorgnis (Lübben 2012). Der Ausgang der Verfassungsdiskussion 2013 wird hier mehr Klarheit schaffen.



Begehrte Ware im Bazar. Seit den Wahlgewinnen der Islamisten prägen Kopftücher zunehmend das Bild der Hautstadt Tunis

[1] Dieser Verfassungsentwurf wurde zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Dokumentation diskutiert und soll im April 2013 der Verfassungsgebenden Versammlung zur Abstimmung übergeben werden (Guillot 2012).

Wirtschaftspolitisch setzt sich die an-Nahda für freie, aber sozial flankierte Marktwirtschaft sowie für die Reduzierung regionaler und sozialer Disparitäten ein. Makrostrukturell unterstützt die an-Nahda Exportorientierung einschließlich der Einrichtung von Freihandelszonen. Die wirtschaftspolitische Agenda der an-Nahda ist somit nahtlos anschlussfähig an europäische Wirtschaftspolitiken. Bildung genießt aufgrund ihrer Entwicklungsrelevanz weiterhin hohe Priorität, wobei hier gerade im Hochschulsektor salafistische Umtriebe und der bislang zögerliche Umgang der an-Nahda hiermit eine Erneuerung erschweren.

5. Bedeutung der an-Nahda für die EZ

Mit ihrem relativen Sieg in den Wahlen 2011 zur Verfassungsgebenden Versammlung und ihrer Regierungsbeteiligung ist die an-Nahda zum offiziellen Partner westlicher Regierungen geworden. Dies stellt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit deshalb vor gewachsene Herausforderungen, weil (ähnlich wie in Ägypten) ein rascher sozio-ökonomischer Aufschwung notwendig erscheint, um das Land voranzubringen, und dieses eine Verstärkung des Engagements nahelegt. Auch bietet derzeit kein arabisches Land ähnlich vielversprechende Demokratisierungsaussichten wie Tunesien, was ebenfalls für ein verstärktes Engagement spräche, um gegenwärtige Opportunitätsfenster nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

Andererseits ließ die an-Nahda als größte Partei 2012 verschiedentlich Zweifel aufkommen, ob eine 2013 zu wählende und voraussichtlich von ihr geführte Regierung tatsächlich alle Menschenrechte einschließlich religiöser Rechte von Nicht-Muslimen sowie Frauenrechte so vehement verteidigen wird, wie ihre Vertreter dies verschiedentlich geäußert hatten. Ambivalente Verfassungsartikel sowie ein inkonsequenter Umgang mit extremistischem Salafismus im Land lassen Fragen offen.

Im regionalen Kontext stellt die an-Nahda eine Besonderheit dar, da sie die erste und bislang einzige Partei ist, die in einem demokratischen politischen System Regierungsverantwortung innehat (zwar sind auch die ägyptischen Muslimbrüder durch freie und faire Wahlen legitimiert, doch das dortige System insgesamt erfüllt nicht die Kriterien einer Demokratie, da insbesondere das Militär nach wie vor eine starke undemokratische Vetomacht darstellt). Insofern ließe sich ihr eine Vorreiterrolle auch im Sinne eines *role model* für Schwesterparteien im regionalen Umfeld, zuschreiben, was ihr potenziell Bedeutung weit über Tunesien hinaus verleiht – vorausgesetzt, sie wäre bereit und in der Lage, demokratisch-rechtsstaatliche Prinzipien unkompromittiert als Fundament des politischen Prozesses nicht nur zu akzeptieren, sondern diese aktiv zu institutionalisieren. Keine der anderen politischen Parteien in Tunesien ist stark genug, diese Aufgabe wahrzunehmen oder durchzusetzen, so dass die Frage einer demokratischen Konsolidierung Tunesiens maßgeblich vom künftigen Verhalten der an-Nahda abhängen wird. Ein weniger optimistisches Szenario könnte das Abgleiten des Landes in ein religiöses Hybrid-System mit nicht-demokratischen Gewaltakteuren innerhalb eines formal pluralistischen, jedoch *de facto* deutlich weniger als demokratischen politischen Regimetypus beinhalten. Dies wird umso wahrscheinlicher, je weniger die an-Nahda bereit ist, aktiv als Hüter der neuen pluralistischen Ordnung auch gegenüber extremistischen Glaubensgenossen aufzutreten und deren Aktivitäten rechtsstaatlich zu unterbinden. Ihre Einbettung in eine Koalition etwa mit CPR und Ettakatul auch nach den kommenden Wahlen böte gute Ausgangsbedingungen für eine Politik der demokratischen Konsolidierung, welche die an-Nahda in der Transitionsphase bislang in Teilbereichen, aber nicht vollständig erkennen ließ.

Staatliche EZ mit einer Regierung unter an-Nahda-Führung oder -Beteiligung wird weiterhin relativ reibungsfrei verlaufen, soweit es technische Kooperation in den bisherigen Schwerpunktthemen deutscher Kooperation mit Tunesien (etwa Wirtschaftsförderung oder Umwelt) betrifft. Doch sollte verstärkt darauf geachtet werden, in Sachen Gleichstellung, Minderheitenschutz und Menschenrechten eindeutige und öffentliche Positionierungen von der an-Nahda als größter politischer Partei zu erhalten und ihre Vertreter wie Anhänger direkt in Maßnahmen auf diesen Gebieten einzubinden.

Historische Kacheln in der Altstadt von Tunis. Verziert mit Musik- und Tanzmotiven künden sie von einem lebensbejahenden Islam. Für viele Salafisten ist dies eine Fehlentwicklung, sie wünschen sich zurück in die Zeit eines frühislamischen Purismus



Die marokkanische «Parti de la Justice et du Développement»

1. Hintergründe

Politischer Kontext

Auch Marokko erlebte im Frühjahr 2011 Massenproteste, zu denen v.a. die *Bewegung 20. Februar* aufgerufen hatte. Während die sozialen und ökonomischen Forderungen denjenigen der Demonstranten in Tunesien und Ägypten ähnelten, war das politische Ziel der marokkanischen Proteste nicht der „Sturz des Regimes" (*isqat an-nizam*), sondern die verfassungsmäßige Einhegung der Monarchie. Der König war denn auch – unilateral und ohne partizipatorisch-demokratisches Flair – der Kernforderung nach einer neuen Verfassung nachgekommen, um das autoritäre Regime zu restabilisieren.

Nach der neuen Verfassung ist Marokko zwar eine konstitutionelle, demokratische, parlamentarische und soziale Monarchie; das System basiert formal auf Gewaltenteilung (Titel IV, V und VII), gewährt den Bürgern in der neu eingefügten Grundrechtecharta partizipative Rechte (Art. 19-40) und verpflichtet sich dem Prinzip der guten Regierungsführung (Art. 154-171). Formal werden auch die Kompetenzen des Premierministers erweitert (Art. 87-94), der Kabinettssitzungen nun selbst leiten darf, wenngleich der König bei „strategischen Fragen" die Leitung übernehmen kann. Die Regierung untersteht einer strengen Kontrolle des Parlaments, das sie mit nur einem Drittel der Stimmen absetzten kann. Der König dagegen bleibt nicht nur religiöses Oberhaupt marokkanischer Muslime (Artikel 41), sondern ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Artikel 53) und verfügt über zahlreiche weitere Vorrechte und Machtbefugnisse (Artikel 41-59; gesamt: Constitution Marocaine 2011).

Zentrales Element der Reformen ist, dass die politische Machtverteilung sich nicht wesentlich verändert. Das Machtmonopol verbleibt beim König, der über Privilegienverteilung unter seinen Günstlingen entscheidet. Der hofnahe Bürokratieapparat (*Makhzen*) bleibt unangetastet und Demokratisierung bleibt ausgeschlossen. Somit reiht sich die Verfassungsreform in die geschichtliche Kontinuität der Herrschaftssicherung in Marokko ein. Bereits



Webseite der Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit

der Vorgänger und Vater König Mohammeds VI., Hassan II., führte Verfassungsreformen durch, um Unruhen zu befrieden (Eibl 2011, 3-4). Die Lücke zwischen Verfassungsnorm und Verfassungsrealität klafft in Marokko ohne Beschränkung der Macht der Krone unvermindert. Zentrales Instrument royalen Machterhalts ist dabei die kontrollierte Einbindung oppositioneller wie regimeloyaler politischer Akteure ins System. Oppositionelle Gruppen werden gezielt kooptiert und in wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse gebracht.

Wie wichtig jenen Gruppen ihre politische Anerkennung ist, zeigte 2011 der Umstand, dass keine der im Parlament vertretenen Parteien die Proteste unterstützte, während das Regime international erfolgreich Parteienpluralismus demonstrierte und Demokratisierungsbestrebungen simulierte. Belohnt wurde diese Strategie durch finanzielle Transitionshilfen in Milliardenhöhe von den G8-Staaten (Focus

2011). Demokratisierung dagegen würde von internationalen Gebern verlangen, den Kernbestand von *Good Governance* einzufordern, nämlich eine Umverteilung der Macht weg vom König sowie parlamentarische Kontrolle über das wirtschaftliche und politische Gebaren der Krone. Hierzu ist derzeit keine Bereitschaft erkennbar.

Entstehungsgeschichte und Verhältnis zum Regime

Die islamistische Bewegung im Maghreb entstand mit den nationalistischen Befreiungsbewegungen der 1930er Jahre und war ideologisch stark von der ägyptischen Muslimbruderschaft beeinflusst. *Politisch* sichtbar wurde sie in Marokko jedoch erst im Laufe der 1970er Jahre (Tozy 1999).

Zwei Akteure dominieren dort seither das Feld des politischen Islam: Die von Abdessalam Yassine gegründete größere und ältere soziale Bewegung *Jamaat al-Adl wa-l-Ihsane* (Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit) bleibt von der Ideologie der Muslimbruderschaft beeinflusst. Sie strebt die Islamisierung der marokkanischen Gesellschaft durch umfassende Erziehungsarbeit an und argumentiert für die Sharia als Hauptquelle der Rechtsprechung. Da sie dem Königshaus seine islamische Legitimation abspricht, wurde sie vom Regime nie anerkannt und bleibt bis heute illegal, wenngleich sie informell toleriert wird. Obwohl sie seit den 1980er Jahren der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Ziele abgeschworen hat, bestehen vermutlich enge Kontakte zur gewaltbereiten salafistischen Bewegung *Mouvement Islamique Combattant* (Islamische Kampfbewegung, MIC; Ouaissa 2008, 66-69).

Der kleinere, auf der politischen Bühne aber präsentere Akteur ist die *Parti de la Justice et du Développement* (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, PJD). Ihre Geschichte beginnt 1967 mit der Gründung des *Mouvement Populaire Démocratique et Constitutionel* (Demokratische und verfassungsmäßige Volksbewegung, MPDC) durch Abdelkarim al-Khatib (Wegner 2008, 126-127). 1982 gründete sich unter Beteiligung des heutigen Premiers Benkirane die zunächst geheime *Jamaa Islamiyya*, welche vom Königshaus 1992 als Bewegung legalisiert wurde und später sich in *al-Islah wa-l-Tajdid* (Reform und Erneuerung) umbenannte. Nach mehreren Zusammenschlüssen entwickelte sich daraus die Bewegung *al-Tawhid wa-l-Islah* (auch: *Mouvement Unité et Réforme*, MUR; Einheit und Reform). Aus dieser heraus übernahmen Teile ihrer Anhängerschaft die bis in die 1990er Jahre inaktive islamistische Partei MPDC, die sich 1998 in PJD umbenannte (Wegner 2008, 126-127). Bis in die 1990er wechselten sich Phasen der Tolerierung und Repression beider Akteure durch das Regime ab. Seit den 1990er Jahren verfolgte das Königshaus eine Strategie der kontrollierten Einbindung der Islamisten in das System, was sich vor allem in der Legalisierung der PJD und ihrer darauffolgenden Teilnahme an Parlamentswahlen zeigte. Der *al-Adl wa-l-Ihsane* blieb diese Einbindung wie erwähnt versperrt.

Medienpräsenz von Scheich Abdelssalam Yassine (1928-2012), Gründer der Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit



Die PJD nimmt seit 1997 (damals noch als MPDC) an Parlamentswahlen teil und verzeichnet seitdem stetig wachsende Wahlerfolge. 2011 erhielt sie als stärkste Fraktion mit 107 (von 395) Mandaten Einzug ins Parlament (Eibl 2011, 5) und ihr Spitzenpolitiker Abdelilah Benkirane wurde vom König zum Premierminister bestellt. Ihre Wählerschaft rekrutiert sich vorrangig aus urbanen Mittelschichten, aber auch aus ländlichen Gebieten, wo ihre Slogans zur „Moralisierung der Politik" gegen Korruption und Vetternwirtschaft und für mehr Verteilungsgerechtigkeit Anklang fanden (Eibl 2011, 5-6).
Für das Überleben der PJD im autoritären Kontext gibt es zwei wesentliche Ursachen. Erstens sicherte sie sich durch freiwillige Selbstbeschränkung Handlungsspielräume. Damit sie keine zu starke parlamentarische Kraft werden konnte und repressiven Maßnahmen des Regimes ausgesetzt würde, kandidierte sie beispielsweise in höchstens der Hälfte der Wahlkreise. Außerdem vermied sie direkte Konfrontationen mit dem Regime und zeigte politischen Pragmatismus, indem sie etwa die linksgeführte Regierung zwischen 1998 und 2000 unterstützte (Wegner 2008, 129-130).

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die PJD völlig regimehörig wäre. Sie kritisiert Korruption und Klientelismus, soziale Ungerechtigkeit und moralischen Verfall der marokkanischen Politik. Auch mobilisierte die PJD ihre Anhänger gegen die Reform des Personenstandsrechts (*mudawwana*) von 2000, weil diese islamische Werte untergrabe. Außerdem konnte sie als Oppositionspartei ohne Regierungsverantwortung ihre Programmpunkte vage halten und so zahlreiche Sympathisanten gewinnen und viele Menschen ansprechen. In dieser Zeit verstärkte sie zudem ihre soziale Arbeit und verbesserte ihre interne Parteiorganisation (Wegner 2008, 131-133).

Als terroristische Anschläge 2003 Casablanca erschütterten (mit denen die PJD nicht in Verbindung zu bringen ist!), stellte dies die Partei auf eine harte Probe. Unterlegene Oppositionsgruppen nutzten die Gelegenheit, um anti-islamistische Propaganda zu betreiben. Auch der Druck des Regimes wuchs massiv an, da sich König Mohammed VI. als Verbündeter im „Kampf gegen den Terrorismus" behaupten wollte. Um weiterhin parlamentarisch arbeiten zu können, musste die PJD ideologisch problematische Zugeständnisse an das Regime eingehen, wie ihre Zustimmung zur Reform des Personenstandsrechts oder zum Antiterrorismusgesetz, welches politische Rechte und bürgerliche Freiheiten massiv beschnitt.



Der islamistische Premierminister Abdelilah Benkirane macht König Mohammed VI. (rechts) seine Aufwartung

Diese Kooptierung der Islamisten enthielt beiderseitigen Nutzen. Das Königshaus konnte das Regime stabilisieren, die islamistische Szene spalten und den Einfluss der regimefeindlichen *al-Adl wa-l-Ihsane* schwächen sowie einen Hauch von pseudo-demokratischem Parteienpluralismus nach außen vermitteln.

Die PJD hatte die Möglichkeit Erfahrungen in tagespolitischer Arbeit zu sammeln, ihre Parteistruktur zu verbessern, ihr Programm zu technokratisieren und um Wählerstimmen zu werben (Wegner 2007, 75-89). Im Gegenzug musste sie allerdings Teile ihrer ursprünglichen ideologischen Ausrichtung aufgeben und unpopuläre Kompromisse eingehen, was ihrem Ansehen als regime-unabhängige Kraft im In- und Ausland schadete.

Finanzierung

Die PJD finanziert sich über vier Haupteinnahmequellen. Erstens ist sie eine legale politische Partei nach dem marokkanischen Rechtssystem, so dass sie Mitgliedsbeiträge erheben kann. Diese betragen rund 20 Prozent des Gehalts ihrer Mitglieder (Wegner 2008, 129). Zweitens sammelt sie im Bereich ihrer sozialen Arbeit zusätzliche Spenden. Da es bislang noch keinen staatlichen Fonds für die religiöse Abgabe, den *Zakat*, gibt (dessen Einrichtung allerdings jüngst von der neuen PDJ-geführten Regierung angestoßen wurde), ist es drittens wahrscheinlich, dass ein Teil der Sympathisanten bislang seine Zakat-Zahlungen an die PJD entrichtet (Ali 2012). Viertens ist die PJD in der Lage, Gelder der Entwicklungshilfe zu akquirieren. Aufgrund ihres politischen Pragmatismus und ihrer moderaten Programmatik konnte die PJD ein gutes Verhältnis vor allem zu US-amerikanischen Gebern in Marokko etablieren, mit denen sie bereits einige gemeinsame Programme zur Professionalisierung und Demokratisierung der Partei durchführte. Die EU zeigte sich dagegen bislang zurückhaltend in Fragen einer möglichen Kooperation mit der PJD, weil insbesondere die französische Regierung es bislang vorzog, mit säkularen Oppositionsparteien zu kooperieren, die meist Mitglieder der frankophonen Elite in ihren Reihen zählen, zu denen von französischer Seite aus engere persönliche Kontakte bestehen (Wegner 2008, 135).



Internetpräsenz der Parti de la Justice et du Développement



2. Rolle in den Umbrüchen 2011/12

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts flammten in Marokko immer wieder Proteste auf, die sich insbesondere gegen die schlechte Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventen richteten. Etwa 31,4 Prozent der Jugendlichen sind arbeitssuchend und ein Viertel der Bevölkerung lebt in Armut, während sich die Kernelite der Regimeloyalen durch Klientelbeziehungen zum Hof bereichert. Trotz Korruption und Günstlingswirtschaft genießt jedoch der seit 1999 regierende König Mohammed VI. Popularität; er wird als legitimes Oberhaupt der marokkanischen Muslime respektiert und als Garant territorialer Souveränität, nationaler Einheit und ethnischer Harmonie geachtet. Die Demonstrationen des „Arabischen Frühlings" forderten deshalb in Marokko – anders als in Ägypten und Tunesien – nicht den „Sturz des Regimes", sondern wandten sich gegen sozio-ökonomische Missstände, gegen Korruption und Nepotismus, gegen mangelnde politische Rechte, und forderten eine umfassende Verfassungsreform. Kern dieser politischen Forderungen war der Wunsch nach Begrenzung der königlichen Macht in Form einer Stärkung des Parlaments und einer wirksameren Gewaltenteilung (Eibl 2011, 1-3).

Zu den Protesten aufgerufen hatte die überwiegend aus Jugendlichen bestehende *Bewegung des 20. Februar*, die mit Studierenden, arbeitslosen Akademikern, Menschenrechtsaktivisten und marginalisierten Parteimitgliedern Kundgebungen veranstalteten. Unterstützt wurden sie von mehreren verbotenen linken Parteien und auch von der *al-Adl wa-l-Ihsane*. Im Gegensatz dazu erwies sich die PJD als regimeloyal und rief gemeinsam mit allen anderen parlamentarischen Parteien ihre Mitglieder dazu auf, die Demonstrationen nicht zu unterstützen und zur Normalität zurückzukehren. Sie folgte somit nicht dem Beispiel der ihr ideologisch nahestehenden Muslimbruderschaft in Ägypten. Die erfolgreiche Kooptierung der Islamisten in das politische System hatte sich offenbar ausgezahlt.

Um den sich verstärkenden Protesten im Frühjahr 2011 entgegenzuwirken, ergriff das Königshaus sehr früh sowohl ökonomische als auch politische Gegenmaßnahmen, die die Gefahr für das autoritäre Herrschaftssystem abwenden sollten. Auf sozioökonomischer Seite wurden die staatlichen Grundnahrungsmittelsubventionen verdoppelt und der Mindestlohn um 15 Prozent angehoben (Eibl 2011, 3). Auf politischer Seite richtete die Monarchie einen Menschenrechtsrat ein, doch der Kern des politischen Reformkurses war die von den Demonstranten geforderte Verfassungsreform, die der König bereits im März 2011 ankündigte.

Die neue Verfassung des Jahres 2011 bringt keine substantielle Erfüllung der Forderungen mit sich: Die überbordende Machtfülle des Königs wird durch sie allenfalls symbolisch eingeschränkt – so ist sein verfassungsmäßiger Status nunmehr nicht länger „heilig", sondern nur noch „unantastbar", während er jedoch Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Chef der Justiz und des Rates für Innere Sicherheit bleibt. Außerdem beinhalteten die Reformen ein Beratungsorgan für arbeitssuchende Hochschulabsolventen, dessen Effektivität allerdings erst noch unter Beweis gestellt werden muss, und die Einführung eines Menschenrechtskataloges, der jedoch nur dann zu einer Veränderungen im Bereich Rechtstaatlichkeit führen könnte, wenn er auch implementiert würde.

Offiziellen Angaben zufolge wurde der Verfassungsentwurf im Juli 2011 bei einer Wahlbeteiligung von fast 73 Prozent mit über 98 Prozent der Stimmen angenommen, was als strategischer Sieg des Königshauses angesichts der Protestdynamik quer durch Nordafrika gewertet wird. Jedoch bestehen insbesondere Zweifel an der hohen Wahlbeteiligung: Erstens lagen zwischen der Ankündigung der neuen Verfassung durch den König und dem Referendum lediglich zwei Wochen. Zweitens hatten einflussreiche gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften, linke Parteien, sowie *al-Adl-wa-l-Ihsane* zum Boykott (jedoch nicht zur „Nein"-Stimme!) aufgerufen; drittens schließlich berichteten oppositionelle Kräfte ebenso wie internationale Zeugen von leeren Wahllokalen. Nach Angaben der Bewegung des 20. Februar lag die Beteiligung in zahlreichen Vierteln in Großstädten wie Casablanca gar unter 30 Prozent. Eine Manipulation der Zahlen im Zuge des Referendums erscheint daher wahrscheinlich.

Kurzfristig führte die – zumindest formelle – Reformbereitschaft zur Stabilisierung des Regimes. Der König setzte sich an die Spitze eines Reformismus,

Blick auf die Altstadt von Casablanca. Vor allem in den ärmeren Stadtvierteln mobilisieren die Islamisten ihre Wähler

ohne bislang substantielle Reformen zu unternehmen, um den sozioökonomischen wie politischen Strukturproblemen des Landes zu begegnen. Kritische Stimmen im Land bemängeln, dass die Erarbeitung der neuen Verfassung gänzlich autokratisch ohne jede Beteiligung relevanter gesellschaftlicher Kräfte erfolgte und damit die Forderungen der Bewegung des 20. Februar, welche die Einrichtung einer verfassungsgebenden Versammlung gefordert hatte, konterkarierte. Angesichts der drängenden und ungelösten sozio-ökonomischen Probleme sowie des nur eingeschränkt glaubwürdigen Reformeifers der Krone stellt sich einigen Beobachtern die Frage, wie lange sich der König noch auf seine religiöse Legitimation stützen kann (Bank 2011, 31).

3. Gegenwärtig ausgeübte Rolle

Die kontrollierte Einbindung der Parteien soll den Anschein erwecken, politische Parteien seien die Gestalter von Entscheidungsprozessen und soll zugleich deren Wählerschaft an das System binden. Die omnipotente Stellung des Königs und seines *Makhzen* garantieren jedoch, dass die Parteien keine Politik gegen die Interessen der Krone formulieren können.

Die PJD verkörpert, wenngleich mit anderem Anstrich als die traditionell etablierten Parteien, einen loyalen Bestandteil dieses autoritären Arrangements unter Führung und Kontrolle des Monarchen. Seit ihrem Einzug ins Parlament verkörperte sie die Rolle der einzig verbliebenen loyalen Opposition. Sie äußerte vorsichtige Kritik an ausbleibenden Reformen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Unterentwicklung (HDI-Platz 130, 2011). Aus den Parlamentswahlen 2011, die als frei und fair eingestuft wurden, ging sie als Wahlsiegerin hervor und befindet sich nun erstmals in Regierungsverantwortung. Der PJD-Wahlsieg ist erstens auf Bürgernähe aufgrund ihrer sozialen Aktivitäten zurückzuführen. Zweitens überzeugten die Professionalisierung ihrer Parteiarbeit und ihre vergleichsweise demokratischen Parteienstrukturen viele Wähler. Ihr breites Netzwerk an Parteiaktivisten ermöglichte drittens einen wohlorganisierten Wahlkampf.

Wie sich die PJD in ihrer neuen Rolle behauptet, bleibt abzuwarten. Das Machtmonopol des Königs verhindert eine autonome Politikgestaltung der Regierung unter Premier Abdelilah Benkirane, was auch der PJD bewusst ist. Benkirane selbst verwies darauf, dass zentrale politische Vorhaben der vorherigen Zustimmung des Königs bedürfen (Jeune Afrique 2011) und bekräftigte seine Regimeloyalität, als er betonte, dass Mohammed VI. „sein Volk liebt" und „auf seine Bedürfnisse eingeht" (Attal 2012). Zudem befindet sich die PJD in einer Regierungskoalition mit der konservativen *Istiqlal*, dem liberalen *Mouvement Populaire* und der linken *Parti du Progrès et du Socialisme*, sodass sie neben dem Premierminister und einem Staatsminister nur acht der 21 Ministerien führt (darunter die Außen-, Justiz- und Familienressorts). Dem Regierungschef und dem Innenminister wurden außerdem parteilose beigeordnete Minister zur Seite gestellt (HSS 2012).

Bislang bleibt die PJD ihren Ansprüchen auf mehr Volksnähe treu; so zeigten sich etwa ihre Minister – in Marokko ungewöhnlich – ohne Leibwächter auf der Straße. Auch ihrem Ziel der Korruptionsbekämpfung verlieh sie Nachdruck, indem sie dem Staat zwei Millionen Euro an Subventionen für den Wahlkampf nach den Wahlen zurückerstattete (Attal 2012). Inwiefern diese eher symbolischen Gesten jedoch die Wähler angesichts ihrer Einbettung ins Regierungssystem dauerhaft von der PJD als echter Alternative überzeugen können, bleibt ungewiss.

4. Politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen

Als moderat sunnitisch-islamistische Partei benutzt die PJD den Islam als moralischen Referenzrahmen für ihre politische Arbeit. Doch in der parlamentarischen Arbeit sowie in ihren Wahlkämpfen seit den 1990er Jahren bleiben die religiös-moralischen Rechtfertigungen ein vager Hintergrund für pragmatisch-politischen Ziele. „Moralität", „soziale Verantwortung" und „Authentizität" stehen als Stichworte dabei zusammen mit Verteilungsgerechtigkeit, guter Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung im Vordergrund (Wegner 2008, 128). Das PJD-Wahlprogramm (2011) rückt menschliche Entwicklung in den Mittelpunkt und umreißt fünf Hauptpunkte, die sich um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen drehen; es schlägt zudem eine Brücke zwischen innerer Werteordnung der Gesellschaft und äußerer Souveränität des Staates.



Der König versteht sich als Hüter des Glaubens. Die monumentale Moschee Hassan II. in Casablanca

Erstens werden institutionelle Reformen versprochen: Durch gute Regierungsführung sollen Korruption bekämpft, die Zivilgesellschaft aktiviert, Reformen in der öffentlichen Verwaltung durchgesetzt, und die Unabhängigkeit der Justiz zur besseren Gewährleistung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten gestärkt werden. In der Wirtschaftspolitik sieht die PJD eine auf sozialer Gerechtigkeit basierende Marktwirtschaft als einzigen Weg zur effektiven Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit. Wirtschaftlicher Wettbewerb solle zur Bekämpfung von Unterentwicklung führen. Die PJD setzt sich das ambitionierte Ziel, Marokko auf Platz 90 des *Human Development Index* der Vereinten Nationen zu bringen. Gesellschaftspolitisch setzt sich die PJD für allgemein zugängliche Bildungschancen ein, und möchte Gesundheitsvorsorge und Wohnungssituation verbessern.

Die gesellschaftspolitische Ausrichtung der PJD ist konservativ. Ähnlich wie bei den ägyptischen Muslimbrüdern oder der tunesischen an-Nahda ist ihre Einstellung zu Frauen widersprüchlich und spiegelt das Ergebnis interner Positionsdifferenzen zwischen progressiven und konservativen Kräften wider. Dennoch verfügt die PJD seit den 1990er Jahren über weibliche Parlamentsabgeordnete. Für Diskussionen über den gesellschaftlichen Konservatismus der PJD sorgte ein Auftritt Benkiranes im Staatsfernsehen, in dem er Homosexualität als Anomalie bezeichnete (Benkirane 2010).

Das Parteiprogramm sieht die islamische Werteordnung, welche in einer Nationalcharta festzuschreiben sei, als Garant für innere Stabilität und die muslimische Identität des arabischen Marokko. Diese Vision für eine stabile Gesellschaftsordnung im Inneren wird ihrerseits als Voraussetzung dafür betrachtet, dass staatliche Souveränität erhalten und Marokko selbstbewusst ins internationale System eingebunden bleibe. Die privilegierte Partnerschaft mit der EU solle ebenso wie transatlantische Partnerschaften gefördert werden, aber auch islamische Märkte seien zu erschließen, um die regionale Veran-

kerung zu betonen (Wahlprogramm der PJD 2011). Gleichzeitig betont die PJD jedoch auch, kulturelle Vielfalt fördern zu wollen, was auf Minoritätenrechte der Berber verweist.

Ideologische Parallelen existieren zu den ägyptischen Muslimbrüdern. Der Schwerpunkt auf menschlicher Entwicklung als islamischer Pflicht zur Erhaltung der Menschenwürde sowie der Konnex zwischen innerer Werteordnung und äußerer Souveränität lassen sich auch bei den Muslimbrüdern finden. Dennoch ist ein Vergleich nur bedingt möglich. Zwar kamen beide infolge der Proteste von 2011 in die Regierungsverantwortung, doch die qualitativ unterschiedlichen Abläufe der Ereignisse vor dem Hintergrund unterschiedlicher autoritärer Systeme lassen die beiden Akteure in höchst unterschiedlichen Kontexten mit je unterschiedlich begrenzten Handlungsspielräumen agieren.

Wenn oppositionelle Akteure kontrolliert in ein autoritäres politisches System eingebunden werden, beinhaltet ihre Taktik vorrangig eine Überlebensstrategie. Wie glaubwürdig programmatische Veränderungen sind, ob sich ideologiegeladene und vielleicht utopische Programme durch die Inklusion ins System pragmatisieren oder sich nur rhetorisch anpassen, um Repression zu entgehen, kann nicht verlässlich beurteilt werden, zumal hier innerparteiliche Unterschiede und Strömungen bestehen. Trotz des sehr begrenzten Handlungsspielraums zeigt die PJD jedenfalls ein starkes Interesse an einer aktiven legalen Rolle innerhalb des Systems. Dazu aber muss sie einen Spagat vollführen zwischen den autoritären Erfordernissen einerseits und dem Versuch, den Erwartungen ihrer Wählerschaft gerecht zu werden andererseits. In diesem Zwiespalt ist die Partei zu sehr gefangen, als dass sie als realer *Change Agent* gelten könnte.

5. Bedeutung der PJD für die EZ

Die PJD ist als stärkste Kraft im marokkanischen Parlament und Regierungsführer eine etablierte und legale politische Partei. Innerhalb des autoritären Herrschaftssystems zeichnet sie sich im Vergleich zu den anderen politischen Parteien als die glaubwürdigste aus und besitzt in ihrer Programmatik wahrscheinlich auch die größten genuinen Schnittmengen mit einer breiten Palette an Zielen der EZ. Insofern bietet sie sich auf den ersten Blick als Partner für die EZ an.

Gleichzeitig jedoch müssen diese Bemerkungen dort eingeschränkt werden, wo die Handlungsmöglichkeiten der PJD aufgrund des autoritären systemischen Kontextes an ihre Grenzen stoßen. Dies gilt insbesondere für Fragen der so genannten *grand corruption*, der Korruption hoher staatlicher oder anderweitiger Profiteure des (zum Machterhalt für die Krone zentralen) klientelistischen Systems der Kooptierung. Auch wenn die PJD ihre Forderungen nach Korruptionsbekämpfung ernst meint und die Regierung anführt, bleibt zu beachten, dass die strategisch zentralen Entscheidungsträger der ersten Garde weniger in Parlament und Regierung als am Hof und an weiteren vom Hof kontrollierten strategischen Schaltstellen zu finden sind. Gerade auch im Bereich der *good economic governance* zeigt sich das marokkanische *Makhzen*-System als Hindernis für breitenwirksames Wachstum, eine effektive wettbewerbsbasierte Wirtschaftsordnung und für nachhaltige Entwicklungsfortschritte. Dementsprechend sollte der PJD als Kooperationspartner der EZ mit moderaten Erwartungshaltungen hinsichtlich ihrer Rolle als potenzieller *Change Agent* begegnet werden. In dieser Rolle *kann* sie aufgrund des Kontextes nur begrenzte Erfolge erwarten lassen, solange die Machtfülle des Monarchen und seines Systems nicht massiv beschnitten werden.

Sollte sich, was derzeit allerdings nicht zu erwarten ist, der systemische Kontext grundlegend ändern, so müssten insbesondere die gesellschaftspolitische Ausrichtung der PJD sowie der Grad ihrer Unabhängigkeit als Partei von ihrer „Mutterorganisation“, der sozialen Bewegung der *al-Adl-wa-l-Ihsane*, im Auge behalten werden.

In einem solchen Szenario wäre zu erwarten, dass die gesellschaftspolitische Ausrichtung beider Kräfte stärker als bisher konservativ-islamistisch geprägt wäre und sich expliziter auf Religion als handlungsleitende Orientierung in der Politik beriefe. Dadurch könnte sich die erwähnte Schnittmenge mit den Zielen der EZ insbesondere in Fragen der Rechtsstaatlichkeit und in Genderfragen verringern.

Legitimation der Königsherrschaft: Die Abstammung vom Propheten Mohammed ziert eine Säule in der Moschee Hassan II. in Casablanca


نسب جلالة الحسن الثاني
هو صاحب الجلالة أمير المؤمنين
الحسن الثاني
ولد عام 1929 وتولى الملك عام 1961
بن صاحب الجلالة محمد الخامس
صلى الله عليه وسلم

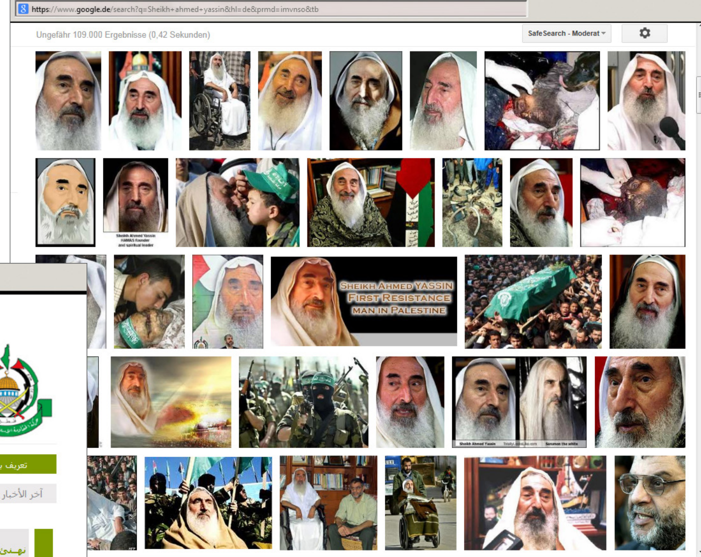
Die Hamas im Gazastreifen

1. Hintergründe

Gesellschaftspolitischer Kontext

Im palästinensischen „Flickenteppich-Gemeinwesen“ (Baumgarten 2006) unter weitgehender Abwesenheit funktionsfähiger staatlicher Institutionen, spielen soziale Bewegungen und politische Parteien eine hervorgehobene Rolle als Artikulations- und Partizipationsplattformen. Hier bestimmen zwei Akteure die Richtungsdebatten, die seit 2007 im gespaltenen politischen System Palästina geführt werden. Die Hamas (*Harakat al-Muqawamat al-Islamiyya*)[1] im Gazastreifen und die Fatah (*Harakat al-Tahrir al-Watani l-Filastini*)[2] im Westjordanland sind die dominanten politischen Akteure, was in den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat (*Palestinian Legislative Council*, PLC) im Jahr 2006 deutlich wurde, als beide insgesamt 119 von 132 Mandaten auf sich vereinigen konnten und die Hamas mit 74 Mandaten eine absolute Mehrheit erzielte (Bröning 2010). Auch heute verfügen Hamas und Fatah über die größten Anhängerschaften. Auf die Frage, welche Partei sie wählen würden, wenn jetzt Wahlen zum PLC stattfänden, antworteten Ende 2012 39,3% der Befragten im Gazastreifen und Westjordanland, sie würden die Fatah wählen, während 16,6% sich für die Hamas entscheiden und sich 24% der Stimme enthalten würden. Alle anderen Parteien erreichten weniger als 4% der Stimmen (JMCC Poll 2012).





Webseite der Hamas und Medienpräsenz ihres Gründers, Scheich Ahmad Yassin

Die anhaltende innerpalästinensische Spaltung wird als entscheidende Schwächung der palästinensischen Position in Verhandlungen mit Israel gesehen. Auf die Frage, ob Hamas oder Fatah größere Schuld an der Spaltung trügen, gaben in derselben Umfrage 34,5% der Befragten hauptsächlich der Hamas und 20,3% der Fatah die Schuld, während 27,1% beide für gleichermaßen verantwortlich hielten. Auf die Frage, wie wahrscheinlich eine Aussöhnung beider Parteien und die Abhaltung von längst überfälligen PLC-Wahlen im Jahre 2013 wären, äußerten sich 51,1% der Befragten sehr skeptisch (ebd.).

Nach der Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen intensivierte die israelische Regierung im Juni 2007 die seit 2006 verhängte umfassende Blockade des Gazastreifens, die bis heute anhält. Der Gazastreifen gehört mit etwa 1,7 Mio. Einwohnern (4500 Einwohnern/km²) zu den am dichtesten bevölkerten Gebieten weltweit. Die Bevölkerung im Gazastreifen kann zusammenfassend als jung, arm, eingeschlossen und beengt beschrieben werden: 54% der Bevölkerung sind unter 18 Jahre alt, 34% sind arbeitslos, 44% leiden unter Lebensmittelknappheit und 80% sind völlig von externen Hilfsleistungen abhängig. 85% der Schulen sind überfüllt, 90% des Wassers

[1] Islamische Widerstandsbewegung; Akronym: Hamas, Eifer, Begeisterung.
[2] Nationale Palästinensische Befreiungsbewegung; Akronym: Fat(a)h, (Er-)Öffnung, Befreiung.

verunreinigt (Messerschmid 2008, 46-50), bis zu 12 Stunden pro Tag besteht keine Stromversorgung. Die Kenntnis dieser Situation ist zentral für das Verständnis des gesellschaftlichen Rückhaltes der Hamas.

Aufgrund der Land-, Luft- und Seeblockade hat der Gazastreifen praktisch keine Chancen auf wirtschaftliche Entwicklung. Seit 2007 wurde infolge israelischer Sicherheitsbestimmungen der Fischereiradius graduell von 12 auf 3 Seemeilen verringert, Import- und Exportrestriktionen verhängt und der Zugang zur Landwirtschaftsfläche in der sog. *High Risk-* und *No Go-Zone* massiv erschwert. Der Zugang zum Gazastreifen bleibt beschränkt auf zwei Checkpoints für Personenverkehr (*Rafah* nach Ägypten und *Erez* nach Israel) und einen für Warenverkehr (*Kerem Shalom* nach Israel), wobei im ersten Halbjahr 2012 lediglich 134 Lastwagenladungen Einlass erhielten. Die unzureichende Versorgung der Bevölkerung wird durch illegalen Schmuggel bei Rafah zu kompensieren versucht – meist durch unterirdische Tunnelverbindungen nach Ägypten. Israel sucht diese Operationen durch Luftangriffe regelmäßig zu unterbinden. Seit 2007 fielen 2300 palästinensische Zivilisten israelischen Militäroperationen zum Opfer und weitere 7700 wurden verletzt (UN OCHA oPt 2012; B'Tselem 2012). Insgesamt führt die israelische Besatzung zu einer desolaten humanitären Lage im Gazastreifen. Hierin liegt einer der Hauptfaktoren für das Erstarken und die Radikalisierung des palästinensischen Islamismus und Jihadismus im Gazastreifen.

Entstehung und Verhältnis zur PLO (*Palestine Liberation Organization*)

Die Hamas entstand aus der ägyptischen Muslimbruderschaft. Mitglieder derselben etablierten bereits in den 1930er Jahren erste Strukturen eines palästinensischen Ablegers mit vorrangig religiös-erzieherischer Mission und sozialem Aktivismus. Doch aufgrund der speziellen Hintergrundbedingungen (Kolonialismus plus Zionismus) politisierten sich die palästinensischen Muslimbrüder früher als die ägyptische Mutterbewegung. 1976 gründete Ahmad Yassin, ein in Ashkelon geborener Pädagoge und späterer geistiger Führer der Hamas, das „Islamische Zentrum“ zur Koordination der Sozialarbeit der Bruderschaft in Gaza; dieses gilt als Vorläufer der Hamas. 1987 schließlich wurde mit der Hamas eine den Muslimbrüdern zwar ideologisch verwandte, aber dem spezifisch palästinensischen Nationalismus näher stehende Bewegung gegründet. Die zum Teil gewaltsamen Massenproteste desselben Jahres (*Erste Intifada,* 1987-1993) nutzte die Hamas, um sich politisch und organisatorisch zu profilieren. 1988 folgte die Gründungscharta, in der sich die Hamas als Gegenbewegung zur PLO darstellte und klaren Kampfcharakter aufwies (deutsche Übersetzung, vgl. Baumgarten 2006, 207-226). Zur Effektivitätssteigerung des bewaffneten Widerstandes wurden 1991 die *Izz al-Din al-Qassam*-Brigaden als bewaffneter Arm der Hamas gegründet, was existierende Gräben zur PLO weiter vertiefte. Im Zuge der Annäherung zwischen Yassir Arafat und dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin zu Beginn der 1990er Jahre intensivierte sich die Konfrontation mit der





Der jerusalemer Felsendom steht im Zentrum der Embleme der Hamas und ihres militärischen Arms, der al-Qassam Brigaden (Quelle: www.hamasinfo.net/ar und www.qassam.ps)



Khaled Meshal, Vorsitzender des Politbüros der Hamas im Dokumentarfilm „Hamas: Behind the Mask" von 2005

Hamas, die zunächst Friedensverhandlungen ablehnte und ihnen mit radikalisierter Rhetorik und intensivierten Anschlägen begegnete (ebd., 91-140).

Im Zuge der Osloer Verhandlungen (1992-1993) ist jedoch ein deutlicher Strategiewechsel der Hamas erkennbar: Anschläge nahmen ab, die Hamas schien den Führungsanspruch der PLO anerkannt zu haben, und ihre Annäherung an die PLO sollte die palästinensische Position in den Friedensverhandlungen stärken. Die Hamas bewies politischen Pragmatismus, wobei sich innerhalb der Bewegung hitzige Debatten um Interimslösungen vs. Maximallösungen des Konfliktes abspielten. Diese internen Debatten um Gewaltverzicht versus bewaffneten Widerstand, um Akzeptanz Israels versus Widerstand gegen Israel charakterisieren die in sich heterogene Hamas bis heute.

Generell spielten dabei Verschärfungen israelischer Besatzungspolitik sowie externer Druck stets jenen Kräften innerhalb der Hamas in die Hände, die von Beginn an Friedensverhandlungen als zwecklos betrachteten. Im Rahmen der *„Zweiten Intifada"* (2000-2005) reagierten israelische Streitkräfte mit massiver Gegengewalt auf Selbstmordattentate der Hamas und anderer islamistischer Gruppierungen (Croitoru 2007, 145-164), so dass die Gewalt des Aufstandes letztlich zu einer Schwächung der palästinensischen Widerstandsbewegung führte. Israel verschärfte seine Besatzung in dieser Zeit weiter und die ihr von palästinensischer Seite entgegengesetzten Aktionen (Selbstmordattentate, Raketenbeschuss israelischen Territoriums) wurden international als „Terrorismus" gebrandmarkt. Politische Verhandlungen waren vorerst gescheitert.

In der Folge wurde eine deutliche Pragmatisierung der Hamas-Programmatik sichtbar, die von mehreren Faktoren verursacht wurde. Zunächst verlor Präsident Arafat aufgrund von Korruptionsvorwürfen, autoritärem Führungsstil und seiner intern vielfach abgelehnten Art der Verhandlungsstrategie im Oslo-Prozess an Glaubwürdigkeit. Hieraus vermochte die Hamas politisch Kapital zu schlagen. Zudem fand innerhalb der Hamas ein grundlegender Elitenwechsel statt, aus welchem u.a. auch der derzeitige Hamasführer des Gazastreifens, Ismail Haniyeh, hervorging. Bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat 2006 schließlich wartete die Hamas mit einem professionellen Wahlkampf auf, konnte sich aufgrund ihrer sozialen Arbeit eines breiten gesellschaftlichen Rückhalts erfreuen, und vermochte als glaubwürdiger Akteur zu überzeugen.

In diesen von internationalen Wahlbeobachtern als frei und fair beurteilten Wahlen gewann die Hamas mit 44,4% der Wählerstimmen gegen die Fatah. International jedoch folgte eine vollständige diplomatische und wirtschaftliche Isolierung der Hamas. Das Nahostquartett verfolgte die so genannte „*Westbank First*-Strategie", die es der Fatah ermöglichte, die demokratisch legitimierte Machtteilung mit dem Rivalen zu vermeiden. Dem darauffolgenden bewaffneten Konflikt zwischen der Hamas und der Fatah folgten im Juni 2007 die gewaltsame Übernahme des Gazastreifens durch die Hamas und der Bruch mit der Fatah, der faktisch bis heute anhält, obwohl im Mai 2011 formal ein Versöhnungsabkommen geschlossen wurde.

2007 schließlich verhängte Israel eine umfassende, international wiederholt als Kollektivstrafe verur-

teilte Blockade über den Gazastreifen, die zu einer katastrophalen humanitären Situation und zur Stärkung radikaler Kräfte innerhalb und außerhalb der Hamas führte. Wiederholte Raketenangriffe auf israelische Ziele durch gewalttätige islamistische Gruppierungen (bspw. *Palästinensischer Islamischer Jihad*; *Qassam-Brigaden*) führten seit 2007 regelmäßig zu israelischen Vergeltungsschlägen und so immer wieder zur Konflikteskalation.

Finanzierung

Die Hamas finanzierte sich seit ihrer Gründung vorrangig durch nationale und internationale Spenden. Bis zum Beginn des Osloer Prozesses kam ein erheblicher Teil der Spenden auf offiziellen und informellen Wegen (über Stiftungen u. ä.) aus den Golfstaaten. Insbesondere im Zuge der Zweiten Intifada kürzten die arabischen Geldgeber ihre offiziellen Leistungen und im Rahmen des „Kampfes gegen den Terrorismus" wurden etliche Finanzierungskanäle aus westlichen Ländern gesperrt (Baumgarten 2008, 75). Aufgrund ihrer gemeinsamen Ablehnung des Staates Israel findet andererseits eine auf etwa 250-300 Mio. US Dollar pro Jahr geschätzte finanzielle Unterstützung durch den Iran statt, die im Zuge der internationalen Isolierung der iranischen Republik jedoch stark gekürzt wurde. Ausgleichszahlungen soll nach Angaben der israelischen Tageszeitung Haaretz (28.01.2012) die Türkei in jährlicher Höhe von 300 Mio. US Dollar leisten, wenngleich die Höhe dieser Zahlenangaben bezweifelt werden darf.

Die Hamas übt im Gazastreifen die entscheidende politische und administrative Kontrolle aus und ist nach wie vor in der Lage, begrenzte Sozialleistungen an die verarmte Bevölkerung auszuschütten. Vor dem Hintergrund der blockierten ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten des Gazastreifens erhebt die Hamas in begrenztem Umfang Steuern, um quasi-staatliche Institutionen errichten zu können. Beispielsweise werden auch Steuern auf die Einfuhr der Schmuggelwaren aus den Tunneln an der ägyptischen Grenze erhoben (Rubinstein, 14.04.2010). Eine Quantifizierung solch informeller De-Facto-Steuern ist jedoch seriös nicht möglich.



Wachposten israelischer Soldaten auf dem jerusalemer Damaskustor mit Blick zum Felsendom



Hamas Führer Ismail Haniyeh (oben links) auf einem Propagandaplakat (Quelle: www.hamasinfo.net/ar)

2. Positionierung zu den Umbrüchen 2011/12

Die Veränderungsdynamik des „Arabischen Frühlings“ erfasste den Konflikt zwar nicht auf israelisch-palästinensischer, wohl aber auf innerpalästinensischer Ebene. Im Geiste der Großdemonstrationen in Tunesien und Ägypten versammelten sich hunderttausende Demonstranten in Gaza-Stadt und Ramallah und forderten das „Ende der Spaltung“ (Frehse/Diday, 25.03.2011). Diese Proteste gaben der gespaltenen palästinensischen Führung entscheidende Impulse, ein Versöhnungsabkommen zu unterzeichnen (Mai 2011), was den ersten Schritt zur Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit und der Abhaltung überfälliger PLC-Wahlen darstellt. Das Versöhnungsabkommen zwischen der Hamas und Fatah ist vor dem Hintergrund stagnierender Verhandlungen auch als Zeichen eines unabhängigen palästinensischen Aufbruchs zu werten. Die internationale Gemeinschaft reagierte abwartend auf das unter Vermittlung der neuen ägyptischen Regierung geschlossene Abkommen, während Premier Netanjahu die Position vertrat, es gebe „entweder Frieden mit der Hamas oder Frieden mit Israel“ (Ravid, 27.04.2011). Bislang allerdings wurde die „Versöhnung“ nicht implementiert, da u.a. Auseinandersetzungen über die Aufstellung eines gemeinsamen Premierministers die Einheit gefährdeten. So musste der Termin für die Abhaltung von Wahlen mehrfach verschoben werden (Althaus/Bröning 2012, 221-227). Außerdem beförderten die Aufbrüche in der Region den Multilateralismus-Ansatz der Fatah-Führung, der von der Hamas-Führung durchaus unterstützt wird. Aufgrund der stagnierenden bilateralen Verhandlungen sieht dieser vor, die Konfliktbearbeitung zunehmend auf eine multilaterale Ebene zu verlagern

(ebd.), was in der Bitte um Anerkennung der Mitgliedschaft eines palästinensischen Staates vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gipfelte (Transkript der Rede von Präsident Abbas vor der UN-Generalversammlung, Haaretz, 23.09.2011).

Der „Arabische Frühling" hatte dennoch nur in begrenztem Maße Einfluss auf den palästinensischen Kontext. Zwar sind große Teile der Bevölkerung im Gazastreifen und Westjordanland mit ihren sozioökonomischen Lebensbedingungen und der Stagnation des Verhandlungsprozesses unzufrieden und sehen die Ursache für jenen Stillstand in der Spaltung ihrer politischen Entscheidungsträger. Die letzte Ursache ihrer Lebensbedingungen, insbesondere die katastrophale humanitäre Lage in Gaza, wird jedoch hauptsächlich auf die israelische Besatzung zurückgeführt. So genießt die Hamas in ihrer historischen Rolle als Widerstandsbewegung hohe Glaubwürdigkeit (Bruillard, 19.04.2012).

Bei seinem Ägypten-Besuch im Februar 2012 begrüßte Ismail Haniyeh die Entwicklungen in Ägypten und unterstützte die Proteste der syrischen Bevölkerung gegen das Assad-Regime (Haniyeh at Azhar 2012). Seine Unterstützung der ägyptischen Revolte (und des Wahlsieges der Muslimbruderschaft) ist vor dem Hintergrund der gemeinsamen Vergangenheit mit der Hamas nicht weiter verwunderlich. Auch heute noch bezeichnet sich die Hamas als palästinensischer Arm der Muslimbrüder (Bröning 2010). Demgegenüber ist die offene Unterstützung der syrischen Aufstände nicht selbstverständlich, bot doch das Assad-Regime der Hamas-Exilführung um Khaled Meshal bis 2011 in Damaskus Unterschlupf und galt zudem als wichtiger Geldgeber der Hamas (Guardian 2012). Die Distanzierung von Ahmadinedschad und Assad sowie die Hinwendung zum ägyptischen Präsidenten Mursi und dem „Mainstream" der Muslimbrüder, könnte als weiteres Indiz für einen wachsenden politischen Pragmatismus der Hamas und ihrer zunehmend realpolitischen Agenda gewertet werden.

3. Gegenwärtig ausgeübte Rolle

Israels intensivierte Blockade des Gazastreifens sollte Organisationsstruktur und Legitimität der Hamas schwächen, führte jedoch dazu, dass sie sowohl ihre Unterstützerbasis sichern als auch ihr Regime konsolidieren konnte. Die Blockade stärkte radikale Kräfte inner- wie außerhalb der Hamas und intensivierte Schmuggel und Kriminalität im Gazastreifen (Asseburg 2010, 1-4).

Die Hamas ist konzeptionell schwer erfassbar: Die EU, die USA und Israel führen sie als „terroristische Organisation", für das Vereinigte Königreich und Australien bedienen sich nur ihre Qassam-Brigaden terroristischer Mittel, und in den Augen der Türkei, Norwegens und Russlands ist sie ein regulärer politischer Akteur. Für Teile der Bevölkerung in Gaza stellt die Hamas eine Wohlfahrtsorganisation dar; für andere ist sie eine Widerstandsbewegung. Für ihre Opponenten stellt sie eine repressive quasi-Staatspartei dar, während sie der Fatah im Westjordanland als politische Partei ein starker Konkurrent ist (Bröning 2010). Als Akteur steht sie zwischen der Unterstützung des bewaffneten Kampfes, Widerstandsrhetorik und politischem Pragmatismus, in dessen Zeichen der versuchte Institutionenaufbau in Gaza steht.



Der ungebremste israelische Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten verhärtet die Fronten weiter



Der Felsendom: Sehnsuchtsort der Palästinenser

Diese verschiedenen Wahrnehmungen und Rollen der Hamas spiegeln ihre Heterogenität wider. Wie andere islamistische Akteure sucht auch die Hamas, progressive und konservative, pragmatisch orientierte und gewaltbereite Kräfte zufriedenzustellen. Anders jedoch als die islamistischen Akteure in Ägypten oder Tunesien politisierte sich die Hamas früh entlang des Widerstandsthemas. Dies spricht alle Palästinenser unabhängig von ihrer sozialen Herkunft an. Sympathie für Hamas kann daher kaum einer bestimmten sozialen Schicht zugeordnet werden, obwohl naturgemäß ein Gutteil der Anhängerschaft der Hamas in Gaza zur Unterschicht zählt (aufgrund der durch Israels Blockade verursachten Armut), und sich über Gaza hinaus auf Flüchtlingslager im Westjordanland, israelische Gefängnisse, sowie auf das syrische und iranische Exil verteilt (Bröning 2010).

Auch organisatorisch lässt sich Hamas nur schwer fassen. Als permanentes Ziel israelischer Militäroperationen hält sie ihre konkreten Organisationsstrukturen bedeckt. Beobachter gehen von der Existenz mehrerer Machtzentren aus, die sich vor allem um Ismail Haniyeh und Khaled Meshal konzentrieren. Haniyeh fungiert derzeit als Premierminister der Palästinensischen Autonomie-Behörde in Gaza (Gaza-PA), die staatliche Ordnungsfunktionen wie beispielsweise die Kontrolle der Gaza-Sicherheitskräfte („Hamas-Polizei“) übernimmt, denen teilweise auch die Qassam-Brigaden angehören. Die Gaza-PA verfügt außerdem über ein Legislativorgan, den Gaza *Palestinian Legislative Council*, dem fast ausschließlich Hamas-Mitglieder angehören. Die *Policies* der Hamas (Sicherheit, Finanzen, Wohlfahrt, Frauen etc.) werden vom Politbüro bestimmt, dem Khaled Meshal vorsteht und das bis 2011 in Damaskus ansässig war. Seit den dramatischen Entwicklungen in Syrien zog Meshal nach Qatar. Er hat vermutlich den Oberbefehl über die Qassam-Brigaden inne, deren genaue Struktur unbekannt ist. Die Mitglieder des Politbüros werden aus einem Exekutivkomitee gewählt, das vom Schura-Rat, dem Legislativorgan der Hamas, bestellt wird. Der Schura-Rat bestimmt ferner die Prinzipien und Leitlinien des Programms der Hamas und konstituiert sich aus regionalen Schura-Räten im Westjordanland und im Gazastreifen. Zudem besteht noch eine Reihe an Exil-Kadern der Hamas, deren genaue Einflussnahme unbekannt ist. Vermutlich sind sie für die Sammlung von Spenden zuständig (Bröning 2011, 43). Ob Haniyeh oder Meshal derzeit mehr Einfluss auf die Hamas ausübt, ist nicht bekannt.

Seit 2007 kann die Hamas als quasi-Staatspartei des Gazastreifens betrachtet werden. Trotz ihrer Unerfahrenheit in Regierungsführung konnte sie durch bedingten Institutionenaufbau ihre Macht konsolidieren. Sie ist eine autoritär regierende Kraft im Gazastreifen, wenngleich dieser Autoritarismus nicht mit den arabischen autoritären Regimen in staatlichen Kontexten vergleichbar ist: Er entstand im Rahmen der Blockade und internationaler Isolierung und legitimiert sich vorrangig hierüber. Das politische System im Gazastreifen wird zuweilen – und wohl auch recht treffend – als Polizei(quasi)staat mit zahlreichen Fällen von Menschenrechtsverletzungen, Polizeigewalt, Folter und unfairen Gerichtsverhandlungen dargestellt (HRW 2009 und 2012).

Die Hamas schaltete nach 2007 sämtliche politische Oppositionskräfte aus und durchsetzte den 24.000 Beschäftigte umfassenden Bürokratieapparat mit ihren Günstlingen, was ihr Korruptionsvorwürfe einbrachte. Infolge von Waffenlieferungen aus dem Iran und nach dem Sturz Ghaddafis auch aus Libyen verlor die Hamas das Gewaltmonopol, was sich in zunehmenden bewaffneten Aktivitäten von gewalttätigen islamistischen Splittergruppen äußert (*Islamischer Jihad*, *Jaysh al-Islam*, *Hizb al-Tahrir*, die sich wiederholt zu Raketenangriffen auf israelische Ziele bekannten (Bröning 2010; Mendelsohn 2009)). Der Umgang der Hamas mit jihadistischen Splittergruppen ist inkonsistent, was auf ihre interne Heterogenität zurückzuführen ist. Der politische Pragmatismus ihres Programms, sowie der versuchte Institutionenaufbau im Gazastreifen hatten ihr die Kritik eingehandelt, ihre *raison d'être*, den Widerstand, aufgegeben zu haben (Bruillard, 19.04.2012). Dieser Kritik mag es geschuldet sein, dass sich Teile der Hamas heute für die Duldung jihadistischer Splittergruppen einsetzen.

4. Politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen

Die Zielvorstellungen und Programmatik der Hamas unterliegen einem evolutionären Prozess. Während die Gründungscharta von 1988, auf die in der heutigen Rhetorik nur noch selten Bezug genommen wird, eine offensive Kampfbotschaft ist, die die Befreiung des gesamten historischen Palästinas anstrebt und Verhandlungen mit der Besatzungsmacht entschieden zurückweist, hat das Wahlprogramm von 2005 und der Programmentwurf für die Koalitionsregierung nach 2006 einen völlig anderen Charakter. Ein neuer Pragmatismus zeigt sich seit dem Wahlprogramm von 2005, in welchem nur drei Punkte Bezug auf die Besatzungssituation nehmen, während alle übrigen Programmpunkte von innergesellschaftlichen Reformen handeln (Korruptionsbekämpfung, Bildungsreformen, Defizite in Sozial-, Frauen- und Jugendpolitik; politische Institutionen). Die Hamas akzeptiert in diesem Programm den Führungsanspruch der PLO und begrüßt ausgewogene Beziehungen zu nicht-islamischen Ländern. Sie verurteilt zwar weiterhin die völkerrechtswidrige Besatzung, ruft jedoch nicht explizit zum *bewaffneten* Widerstand oder gar zur Zerstörung Israels auf (deutsche Übersetzung, vgl. Baumgarten 2006, 227-241). Sowohl das Programm von 2005 als auch Stellungnahmen ihrer Führer Haniyeh und Meshal enthalten seit 2006 eine implizite Akzeptanz der Koexistenz mit Israel. So erklärten Haniyeh und Meshal 2009, dass die Gründung des Staates Palästina in den Grenzen von 1967 zwar die „Minimalforderung" sei, sie verzichteten allerdings anders als früher darauf, dies als „Etappenziel" zur Befreiung ganz Palästinas zu bezeichnen (Bröning 2010). Nach wie vor betont die Hamas das Recht des palästinensischen Volkes auf Widerstand und erkennt somit das Existenzrecht des Staates Israel de facto nicht an. Dies impliziert allerdings nicht den Aufruf zur Zerstörung Israels, sondern ist vorrangig dem Widerstandscharakter der Bewegung als solcher geschuldet: Ein auch rhetorischer Verzicht auf das Widerstandsrecht würde bei der Unterstützerbasis der Hamas auf Unverständnis stoßen und wäre für die Organisation politisch kaum durchzuhalten.



Israelische Sprerranlage an der Grenze zu den palästinensischen Autonomiegebieten

Gesellschaftspolitisch ist die Hamas konservativ: Alkoholgenuss ist untersagt, Geschlechtertrennung auf öffentlichen Veranstaltungen und dezente Bekleidung für Frauen und Männer im öffentlichen Leben werden befürwortet. Die widersprüchliche Definition der Rolle der Frau scheint, ähnlich wie bei den Muslimbrüdern Ägyptens, internen Diskussionen zwischen konservativen und progressiven Kräften geschuldet. So wird im 12. Programmpunkt einerseits die Frau vorrangig im familiären Umfeld situiert, gleichzeitig jedoch ihre zentrale Rolle im politischen Widerstand und im öffentlichen Leben betont. Die Scharia wird als Hauptquelle der Rechtsfindung verstanden, die den Schutz aller Bürger ohne Ausnahme (Punkt 6) sowie das friedliche Zusammenleben von muslimischen und christlichen Palästinensern garantieren soll (Punkt 11).

Politisch situiert sich die Hamas als Alternative zur Fatah, strebt nach Korruptionsbekämpfung sowie politischen und wirtschaftlichen Reformen, die zu wirtschaftlicher Entwicklung führen sollen. Das Programm bekennt sich zu Rechtsstaatlichkeit, zur Gewaltenteilung und zur Einhaltung von Menschenrechten. Allerdings bleibt der konkrete Gehalt von abstrakten Konzepten wie Menschenrechten im Alltag konkretisierungsbedürftig.

5. Bedeutung der Hamas für die EZ

Die EU, die USA und Japan betrachten die Hamas derzeit als *„terroristische Organisation"*; damit verbietet sich die Kooperation mit ihr für die deutsche EZ grundsätzlich. In der deutschen wie internationalen Forschungsgemeinde werden jedoch starke Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Klassifikation und der durch sie begründeten Politik geäußert. So stellt Asseburg (2010: 4; ähnlich: Bröning 2011, 45-55) fest: *„Eine Fortführung der Isolationspolitik, wie sie 2006 vom Nahostquartett beschlossen wurde, ergibt keinen Sinn. Diese Politik ist sowohl von der europäischen öffentlichen Meinung als auch von politischen Eliten zunehmend als Fehler erkannt worden".*

Nach dieser Lesart sollte die internationale Gemeinschaft und damit auch Deutschland in Palästina deutlich stärker auf die Wahrung des humanitären Völkerrechts und den Schutz der Zivilbevölkerung drängen, anstatt den Gazastreifen pauschal als *„feindliches Territorium"* oder *„terroristische Entität"* zu betrachten. Angesichts ihres nach wie vor beachtlichen gesellschaftlichen Rückhalts seien offene Kommunikationskanäle zur Hamas notwendig und wären auf der Arbeitsebene zu wahren bzw. re-etablieren.

Dass sie auf der Liste der terroristischen Organisationen geführt wird, verbietet laut Europäischem Rat zwar die finanzielle Zusammenarbeit mit der Hamas, nicht aber Kontakte zu ihr (Europäischer Rat 2001). Gerade um die katastrophale humanitäre Situation im Gazastreifen zu verbessern stellt ihre Isolierung nach Ansicht vieler internationaler Beobachter keine sinnvolle Option dar, denn die Hamas kann dort effektiv als Vetospieler agieren (vgl. z. B. Halevy 2010). Ein Mindestmaß an Abstimmung mit der de-facto-Staatsmacht des Gazastreifens ist deshalb nach überwiegender Expertenmeinung kaum zu vermeiden.

Mittelfristig könnte sich die Aussicht auf – unter bestimmte Bedingungen zu stellende – Kooperation deradikalisierend auf die weitere Entwicklung der Organisation auswirken und eine Policy-Option in einer Zukunft darstellen, in welcher die EU sich zu einer Streichung der Hamas von der europäischen Liste terroristischer Organisationen entschlösse. Dies bedürfte jedoch einer grundsätzlichen Entscheidung der europäischen Außenpolitik, die in naher Zukunft kaum zu erwarten ist.

Von der Hamas mit viel Pomp organisiert: Feier zum Prophetengeburtstag


بسم الله الرحمن الرحيم
محمد
الله

Die libanesiche Hizbullah

1. Hintergründe

Gesellschaftspolitischer Kontext

Die große religiöse Heterogenität der libanesischen Gesellschaft mit fast 20 Religionsgemeinschaften charakterisiert auch ihren politischen Entscheidungsprozess. Repräsentation und Machtbeteiligung wurden durch den Nationalen Pakt von 1943 geregelt, welcher einen politischen Konfessionalismus festschrieb: Der Staatspräsident muss ein maronitischer Christ sein[1], der Premierminister ein Sunnit und der Parlamentspräsident ein Schiit. Zusätzlich kennzeichnet ein sozialer Konfessionalismus den Libanon: Jede Religionsgemeinschaft verfügt über eine eigene Gerichtsbarkeit im Personenstandsrecht, ist über Quotenregelungen in der öffentlichen Verwaltung vertreten, und wählt ihre eigenen Abgeordneten ins Parlament.[2]

Formal hat das politische System einen konkordanzdemokratischen Charakter. Gewaltsame Machtwechsel blieben den Libanesen (mit der großen Ausnahme des Bürgerkrieges 1975 bis 1990) erspart und das Parlament wird in relativ freien Wahlen gewählt (FH 2012). Aber die demographische Realität wird durch das Proporzsystem nicht mehr abgebildet, so dass eher die Religionsgemeinschaften, weniger die Bürger repräsentiert werden. Die tief verwurzelten konfessionellen Identitäten verursachen zudem, dass die politische und gesellschaftliche Arbeit der Gemeinschaften ihrer Macht- und Privilegiensicherung dient.



Internetpräsenz der Hizbullah

Nach dem Mord an Premierminister Rafiq al-Hariri 2005 entstanden zwei sehr bunte Hauptallianzen: Einerseits die pro-syrische „Bewegung des 8. März", bestehend aus Hizbullah, Freie Patriotische Bewegung Michel Aouns (christlich) und weitere islamistische, christliche und linke Kräfte. Andererseits die anti-syrische „Bewegung des 14. März", die vorrangig aus dem Hariri-Clan sowie Parteien und politischen Persönlichkeiten christlicher, drusischer und vorrangig sunnitischer Bewegungen besteht. Innerhalb dieser Allianzen kommt es zu stetig wechselnden informellen Absprachen. Der politische Konfessionalismus ist zudem der Hauptgrund für die Verteilungsungerechtigkeit, denn das Proporzsystem entspricht längst nicht mehr der demographischen Realität. Insbesondere Schiiten (ca. 40% Bevölkerungsanteil) sind heute stark unterrepräsentiert. Zwar wurde im Vertrag von Ta`if (1990) die Macht der Christen erheblich eingegrenzt, dennoch haben die Maroniten zentrale Äm-

[1] Damals stellten die Maroniten einen Bevölkerungsanteil von über 50 Prozent.
[2] Zudem darf jede Religionsgemeinschaft ein eigenes Bildungs- und soziales Dienstleistungssystem verwalten, was das Zugehörigkeitsgefühl zur eigenen Konfession intergenerationell weitergibt und so die Fragmentierung der Gesellschaft dauerhaft zementiert, weshalb oft von libanesischen *Gesellschaften* gesprochen wird (Rosiny 2011, 2-3; Nassif-Debs 2008, 6).



Öffentliche Auftritte des Hizbullah Führers Hassan Nasrallah sind begleitet von der Angst vor israelischen Militärschlägen

ter in Politik und Wirtschaft inne. Der konfessionsbasierte Klientelismus durchzieht Politik, Wirtschaft und Bürokratie gleichermaßen, so dass staatliche und teilprivatisierte Institutionen *de facto* konfessionell aufgeteilt sind. Aushandlungsprozesse innerhalb der Allianzen finden meist auf Basis persönlicher Absprachen statt und sind deshalb sehr intransparent (Rosiny 2011, 4-6).

Die libanesische Gesellschaft teilt sich hauptsächlich entlang konfessioneller Gräben, weshalb die meisten Parteien und Bewegungen auch monokonfessionell sind. Zusätzliche *cleavages* entstehen jedoch entlang politisch-ideologischer Überzeugungen.[3] Aus diesem Grunde lassen sich vereinzelt konfessionelle Mischungen finden, wie sunnitische Muslime und Christen in der Hizbullah (Nassif-Debs 2008, 6-9). Zudem versuchen externe Regionalmächte über den Libanon ihre Einflusssphären zu sichern.[4]

Entstehung und Verhältnis zum Staat

Die als Reaktion auf Israels Intervention im libanesischen Bürgerkrieg 1982 gegründete schiitische Widerstandsmiliz agiert seit 1984 als *Hizbullah* (Partei Gottes). Die israelischen Streitkräfte waren bis Beirut vorgerückt, hatten den vorwiegend muslimischen Westteil der Stadt besetzt und waren bis 1985 in weiten Teilen des Landes präsent – im überwiegend schiitischen Südlibanon sogar bis ins Jahr 2000. Im Gegensatz zum vom Bürgerkrieg zerrütteten Staat leistete die Hizbullah effektiv Widerstand und bot weiten Teilen der Bevölkerung soziale Hilfsleistungen.

Die Gründung der Hizbullah steht zudem in Zusammenhang mit dem iranischen Einfluss im Libanon: Neben ihrem Widerstandsauftrag sollte die Bewegung auch die Ideale der iranischen Revolution in die libanesische Gesellschaft tragen. Iran war während des Bürgerkrieges der einzige Staat, der auf die Hilfegesuche der Libanesen reagierte und sog. Revolutionswächter in den Libanon entsandte (Gatter 1998, 52 & 76). Während Selbstmordanschläge

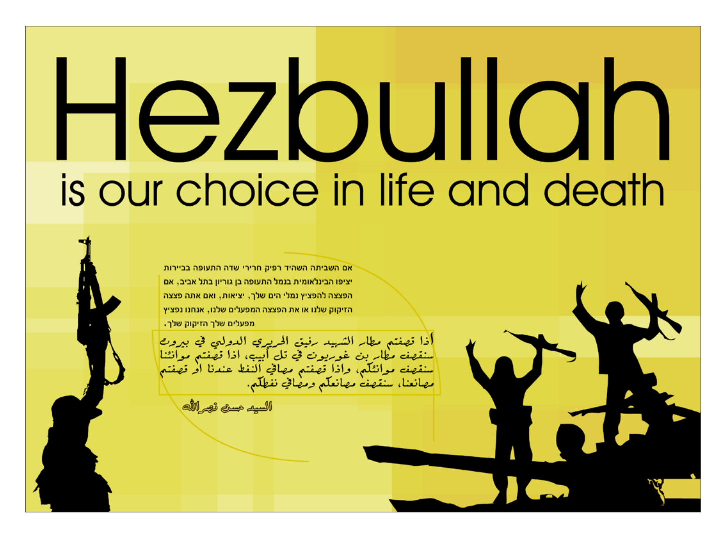
[3] Pro-syrisch vs. anti-syrisch, pro-palästinensisch vs. anti-palästinensisch (in Bezug auf die palästinensische Präsenz im Libanon, nicht auf Palästina generell), Israel-tolerant vs. anti-israelisch und pro-westlich vs. anti-westlich.
[4] Iran und Syrien als Hizbullah-Verbündete; Saudi-Arabien und Ägypten als Unterstützer der sunnitischen *Zukunftsbewegung*; politische und wirtschaftliche Verbindungen zwischen französischen Eliten und den libanesischen Christen (Rosiny 2011, 6).

auch von linken Kräften durchgeführt wurden, engagierte sich die Hizbullah vorrangig in Guerillakämpfen mit der israelischen Armee. Der israelische Rückzug aus dem Südlibanon im Jahr 2000 wurde schließlich als militärischer Sieg der Hizbullah interpretiert (Rosiny 2008, 28-29; Deeb 2008, 14-15), die das Machtvakuum im Süden effektiv füllte, Sicherheit und Ordnung wiederherstellte, und sich so innenpolitisch im Gegensatz zur schwachen Armee als Ordnungsmacht profilieren konnte.
Im Verlauf der 1980er Jahre hatte die Hizbullah ein umfassendes karitatives Netz aufgebaut; sie übernahm die soziale Versorgung und infrastrukturelle Erschließung besonders notleidender Gebiete. Nach dem Ende des Bürgerkrieges konnte sie am besten auf die sozio-ökonomischen Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen (Nahrungsmittelbeschaffung, Bildungsmaßnahmen, Gesundheitsversorgung). Die flächendeckenden karitativen Einrichtungen der Hizbullah sind für alle Bedürftigen zugänglich, wenngleich ihre Arbeit in schiitischen Gebieten besonders konzentriert ist (Rieger 2002, 22-25). Die Hizbullah füllte gerade in der Nachkriegszeit Lücken in der Sozialversorgung und gelangte so, konfessionsübergreifend, zu anhaltender hoher Popularität – erneut besonders seit dem Sommerkrieg 2006 (israelische Militärintervention).

In ihren karitativen Einrichtungen bietet sie auch schiitisch-religiöse Unterweisung an (Deeb 2008, 15-18). In den 1990er Jahren baute die Hizbullah auch ihre parteipolitische Arbeit aus. Auch als schnell etablierte legale politische Partei konnte sie sich professionell und organisiert von den anderen politischen Akteuren des Libanons abheben. Sie



Enges Nebeneinander der Konfessionen in Beirut: Moschee und Kirche Wand an Wand



Martialische Propaganda auch auf Hebräisch (Quelle: www.moqawama.org)

legte seit 1992 als einzige Partei zu jeder Wahl ein Parteiprogramm vor und ihre politische Arbeit gilt bis heute als glaubwürdig und seriös. Aufgrund ihrer umfassenden Präsenz in der libanesischen Gesellschaft wurde die Hizbullah oft als „Staat im Staate" bezeichnet. Ihr professioneller PR-Apparat (Radiostationen, Printmedien, Souvenirs, ein großes Museum), den die Hizbullah seit ca. 2000 unterhält und der sie gleichzeitig zum Wirtschaftsakteur macht (Sakmani/Riebe 2010, 46-50), bekräftigen diese Vermutung.

Im 21. Jahrhundert begann eine innenpolitische Diskussion um die Entwaffnung des militärischen Arms der Hizbullah, der das staatliche Gewaltmonopol untergrabe. Nachdem sich die Hizbullah im Sommerkrieg 2006 erneut als effektivste Widerstandskraft profilierte und wiederum den Löwenanteil des sozialen und strukturellen Wiederaufbaus durchführte, endeten diese Debatten vorerst. Im Zuge der „Zedernrevolution" (2005) fand sich die Hizbullah in der Allianz des 8. März wieder, in welcher ihr Generalsekretär Hassan Nasrallah in enger Koordination mit dem Christen Michel Aoun der Freien Patriotischen Bewegung arbeitet, auch wenn die Diskussion um die Zusammenarbeit des Libanon mit dem *UN-Sondertribunal für den Libanon* bereits einige Regierungskrisen auslöste. Die Hizbullah hatte durch den Rücktritt ihrer Minister versucht, die Regierung Saad Hariris unter Druck zu setzen, die Arbeit mit dem Tribunal aufzukündigen. Dies scheiterte jedoch 2011, als die Hariri-Klage öffentlich wurde (Tiedjen 2011, 48-50). Wie erwartet wurden

auch Mitglieder der Hizbullah der Mitschuld angeklagt, wobei sie bis heute jede Mittäterschaft an der Ermordung Rafiq al-Hariris bestreitet.

Finanzierung und externe Einflüsse

Die Hizbullah wird von Israel und den USA als terroristische Vereinigung gelistet (von der EU dagegen als legaler politischer Akteur). Zusammen mit der hohen Dichte an Geheimdienstaktivitäten im Land führt dies dazu, dass die Hizbullah ihre Finanzierung intransparent hält. Dennoch sind einige Quellen bekannt: Zum einen die religiöse Steuer *khums* sowie Erträge aus eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten, zum anderen die iranische und syrische logistische und finanzielle Unterstützung. Zudem werden freiwillige Spenden und religiöse Abgaben, auch von schiitischen Libanesen im Ausland, gesammelt. Verstrickungen der Hizbullah in kriminelle Aktivitäten bleiben unbelegt.[5]

Iran zählt zu den stärksten Finanziers der Organisation; er versorgt sie mit Waffen, militärischem Training und ideologischer Unterstützung. Allein die Wiederaufbauhilfe nach dem Sommerkrieg 2006 betrug nach Angaben der Hizbullah 380 Millionen US Dollar (ICG 2007, 19-20).

Indirekt trägt der Iran jedoch auch zur finanziellen Unabhängigkeit der Hizbullah bei: Die Einnahmen der schiitischen *Khums* Steuer (wörtlich „fünfter Teil"), die etwa 20% des Jahreseinkommens der Gläubigen betragen, gehen laut der religiösen Vorschriften an den Großayatollah (*Marjaa al-Taqlid*). Ayatollah Khamenei jedoch übertrug die Verfügungsmacht über die im Libanon erhobenen Abgaben auf Hassan Nasrallah, sodass diese Steuern direkt an die Hizbullah fließen.
Doch veränderte sich die Beziehung zum Iran mit steigender Popularität der Hizbullah. Das iranische Regime diktiert nicht ihre politische Agenda, wie Nasrallah 2012 erneut bekräftigte (Nasrallah 2012). Die Programmatik wie auch die praktisch-politische Arbeit der Hizbullah entsprechen eher einer nationalen denn einer iranisch-islamistischen Agenda; schon gar nicht stehen sie im Zeichen von Theokratievorstellungen.



Al-Manar, der Fernsehkanal der Hizbullah, ist ein Trendsetter in Sachen schiitischer Mode

[5] Die New York Times etwa [15.08.2012] berichtete über Verwicklungen der Hizbullah im Kokainhandel mit Südamerika (NY Times 2012a).

Die Beziehung der Hizbullah zu Syrien änderte sich nach dem Abzug der syrischen Truppen 2005 dahingehend, dass das politische Handeln der Hizbullah deutlich autonomer wurde. Ablesbar war dies u.a. an ihrer parlamentarischen Zusammenarbeit mit der anti-syrischen Bewegung des 14. März. Kontakte nach Damaskus bestehen jedoch weiter, nicht zuletzt als Transitroute iranischer Waffen. Ein Zusammenbruch des Assad-Regimes könnte für die Beziehung der Hizbullah zu Syrien neue Fragen aufwerfen.

Insgesamt hat sich die Hizbullah seit ihrer Gründung weitestgehend von ausländischem Einfluss auf ihre nationale politische Agenda emanzipiert, wenngleich sie finanziell stark von ausländischer, besonders iranischer Unterstützung profitiert.

2. Positionierung zu den Umbrüchen 2011/12

Die stark fragmentierte Gesellschaft des Libanon führte zu einem strukturell schwachen Staat, in dem externe Mächte stets eine wichtige Rolle spielten und spielen.[6] Daher werden die weiteren Entwicklungen in der Region auch künftig Einfluss auf die Kräfteverhältnisse im Libanon haben, was insbesondere für Syrien als früherer Schutzmacht gilt.



Werben für das Schleiertragen

Nasrallah begrüßte zunächst die Umbrüche in Ägypten und Tunesien als politische und soziale Revolutionen gegen Unterdrückung, Korruption und Ungerechtigkeit (Nasrallah 2011). Ebenso begrüßte er die Proteste gegen das sunnitische Königshaus in Bahrain und verurteilte das dortige gewaltsame Vorgehen des Regimes (Nasrallah 2011a). Die Positionierung der Hizbullah zum fallenden syrischen Regime unterscheidet sich dagegen deutlich von derjenigen der Hamas: Nasrallah ergriff zunächst Partei für das Assad-Regime und verkündete die Solidarität der Hizbullah zum syrischen Präsidenten (Barnard 2012). Diese Stellungnahme wurde unter den Anhängern der Hizbullah wie in der gesamten arabischen Welt kontrovers diskutiert und fügte der Popularität der Bewegung erheblichen Schaden zu: Protestierende in Syrien verbrannten Hizbullah-Flaggen und arabische Medien kritisierten ihre Regimehörigkeit (Farhat 2012). Später rief Nasrallah beide Seiten zum Gewaltverzicht auf und rechtfertigte seine grundsätzliche Unterstützung des Assad-Regimes damit, dass die Protestierenden von den USA und Israel instrumentalisiert seien, um das syrische Regime zu stürzen – weshalb sämtliche Vermittlungsversuche der Hizbullah in Damaskus gescheitert seien (Nasrallah 2012a).

Insgesamt ist die changierende Haltung der Hizbullah in der Syrien-Frage teilweise durch ihr Interesse an syrischer Unterstützung geprägt, jedoch auch durch ihr Interesse an Stabilität im komplexen gesellschaftlichen Verhandlungsprozess im Libanon erklärbar. Dieser ist von der Gefahr durch *spill-over* Effekte der syrischen Gewalt bedroht, wie das Attentat auf einen syrienkritischen General im Oktober 2012 oder die gewaltsamen Zusammenstöße von pro- und anti-syrischen Kräften in Tripoli im selben Jahr belegen. Generalsekretär Nasrallah warnte daher vor sunnitisch-schiitischen oder konfessionellen Konflikten (Haidar 2012). Die Erfahrung lehrt, dass sich Konflikte in der multikonfessionellen libanesischen Gesellschaft rasch zu Bürgerkriegen ausweiten können. Deshalb forderten im Zuge des „Arabischen Frühlings“ vereinzelte Proteste 2011 nicht etwa den „Sturz des Regimes“, sondern die Abschaffung des Konfessionalismus (Reuters 2011).

3. Gegenwärtig ausgeübte Rolle

Die Hizbullah hat sich von einer Widerstandsmiliz zu einer legitimen und für Libanesen glaubwürdigen politischen Partei entwickelt, genießt konfessionsübergreifend Anerkennung und ist eine feste Größe

[6] So machte der verlorene Sechs-Tage-Krieg den Libanon zur Operationsbasis der PLO und trug indirekt zum Ausbruch des Bürgerkrieges sowie zu den israelischen Interventionen 1978 und 1982 bei, während die syrische Militärpräsenz im Land von 1976 bis 2005 andauerte. Die von der George W. Bush-Administration propagierte „Achse des Bösen“ bewirkte eine regionale Polarisierung, die dazu führte, dass Saudi-Arabien die anti-syrische Bewegung des 14. März unterstützte, Iran dagegen die pro-syrische des 8. März (El Husseini 2012, 202).



In der Bekaa-Ebene – hier überragt vom schneebedeckten Libanon-Gebirge – leben viele Schiiten

in der libanesischen Gesellschaft. Ihr bisher nicht entwaffneter militärischer Arm gilt auch in Fragen der Landesverteidigung als zuverlässiger als die libanesische Armee, wirft allerdings Probleme hinsichtlich des staatlichen Gewaltmonopols auf. Seit 2006 rüsteten die Hizbullah und Israel massiv auf und ihre kompromisslose Feindschaft bleibt weiterhin bestehen. Rhetorisch lehnt die Hizbullah den Staat Israel unverändert strikt ab.

Israel lehnt es seinerseits ab, die Hizbullah als politischen Akteur mit pragmatisch-politischer Agenda wahrzunehmen und setzte wiederholt die EU unter Druck, die Hizbullah auf ihre „schwarze Liste" terroristischer Organisationen zu setzen, was bislang nicht geschah (NZZ 2012). Ein Kompromiss ist derzeit nicht absehbar, doch ist genau zwischen Rhetorik und tatsächlicher Aggressionsbereitschaft zu unterscheiden. Wenngleich die Hizbullah das Recht auf Widerstand gegen äußere Invasoren betont, so hat sie durch ihre militärische Kontrolle im Südlibanon wiederholt Gewalteskalationen zwischen gewaltbereiten Splittergruppen und den israelischen Streitkräften im Grenzgebiet verhindert (Rosiny 2008). Angesichts der zahlreichen menschlichen Verluste und weiträumigen Zerstörungen des Sommerkrieges 2006 ist der Hizbullah nicht an erneuter militärischer Konfrontation gelegen. Sie hofft eher darauf, dass ihre militärische Schlagkraft Angriffe Israels verhindert, weil dies in Israel innenpolitisch schlecht vermittelbar wäre (Wimmen 2010, 2-3).

Die politische Arbeit der Hizbullah gilt als glaubwürdig und authentisch, ist gut organisiert und wird rational vermittelt. Die Programmatik wird in Nasrallahs Reden selten religiös-ideologisch gerechtfertigt, sondern realpolitisch vorgestellt (ebd.). Seit einer Regierungskrise von 2011 ist die Hizbullah von der Oppositionskoalition mit mehreren Ministerposten in die Regierungskoalition unter Vorsitz Najib Miqatis (8. März-Bewegung) gerückt.



Märtyrerschrein der Hizbullah im südlibanesischen Saida

Die sozialen Aktivitäten der Hizbullah erlauben es ihr, die Gesellschaft auch überkonfessionell zu durchdringen. Sie spricht grundsätzlich alle Gesellschaftsschichten an, was es schwierig macht ein „Mitglieder-Profil" zu erstellen. „Mitglieder" sind einerseits freiwillige Helfer in sozialen Einrichtungen, andererseits aber auch Kämpfer im militärischen Arm, Parlamentsabgeordnete, und schlicht Wähler.

Über die tatsächliche Entscheidungsfindung innerhalb der Organisation ist wenig bekannt. Doch ist die Hizbullah weitgehend formal institutionalisiert und weist professionelle bürokratische Organisationsstrukturen auf. An der Spitze der Entscheidungspyramide steht Generalsekretär Nasrallah; ihm untersteht ein Politbüro. Die Ratsversammlung dagegen entscheidet über Prinzipien und Programmpunkte und koordiniert die Arbeit der zahlreichen Unterorganisationen, die vorrangig im sozialen Bereich aktiv sind (Rosiny 2008, 32).

In der Gesamtschau gibt die Hizbullah vor dem Hintergrund komplexer Akteursbeziehungen im Libanon ein widersprüchliches Bild ab. Ihrer teils aggressiv-kämpferischen Rhetorik stehen konsensorientierte politische Entscheidungen gegenüber; ihrer auf demokratische Mechanismen abzielenden politischen Agenda scheint ihr gesellschaftspolitischer Konservatismus zu widersprechen. Andererseits wiederum betont die Hizbullah, religiöse Normen unterlägen evolutionären Prozessen und seien vor dem Hintergrund sich verändernder Zeiten zu interpretieren (Rosiny 2008).

4. Politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen

Die Hizbullah ist seit 20 Jahren eine parlamentarische Kraft. Im Gegensatz zu den Muslimbrüdern in Ägypten oder der an-Nahda in Tunesien kann sie auf umfangreiche Erfahrung in parteipolitischer Arbeit und Konsenssuche mit politischen Partnern zurückgreifen. Während ihre Gründungscharta sich als fundamentalistische Schrift im Sinne iranischer Rechtsgelehrter liest, veränderte sich mit ihrer Emanzipation von äußeren Direktiven auch ihre Programmatik. In der Betrachtung der Hizbullah ist genau zu unterscheiden zwischen ihrer außenpolitischen Rhetorik, die sich gegen westliche Doppelmoral und israelische „Raubpolitik" richtet und ihrer innenpolitischen Arbeit im Zeichen eines sozio-ökonomischen Reformprogramms.

Die Hizbullah setzt sich für die Modernisierung des Staates ein, dessen Institutionen nach Hizbullah-Lesart arbeitsteilig funktionieren und frei von Korruption und Klientelbeziehungen sein sollen. Außerdem sucht sie die Rechenschaftspflicht der Exekutive gegenüber der Bevölkerung und der Legislative zu stärken und gesetzlicher Kontrolle zu unterwerfen. Ihre Kritik gilt dementsprechend primär der Schwäche des libanesischen Staates, der aufgrund des politischen Konfessionalismus unfähig sei, die Bevölkerung vor äußeren Angriffen zu schützen. Daher lehnt die Hizbullah die Entwaffnung ihres bewaffneten Arms bis heute ab. Der Staat soll nach ihrer Vorstellung zudem alle Bürger gleich behandeln, nämlich in Form eines einheitlichen Zivilrechts. Außerdem

tritt die Hizbullah für nachhaltiges Wirtschaften einschließlich Umweltschutz und Energiesicherheit durch den Ausbau erneuerbarer Energien ein (Rosiny 2008, 37). In ihrem politischen Manifest von 2009 (Nasrallah 2009, Kap. 2) definiert die Hizbullah den libanesischen Staat als souveränen, freien, unabhängigen und starken Staat, der allen Bürgern ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit, Würde, Sicherheit und Stabilität gewährleisten soll. Das politische System müsse demokratisch sein, weil nur so die gerechte Repräsentation aller Bürger sowie eine friedliche Koexistenz der Konfessionen gewährleistet seien. Deshalb wird die Abschaffung des politischen Konfessionalismus gefordert (ebd., 5-8). Im ersten Kapitel wird u.a. eine US-Hegemonie in Weltsicherheitsfragen und im internationalen Bankenwesen angeprangert. Insbesondere in Bezug auf Sicherheitsfragen bedauert die Hizbullah die Gleichsetzung von *Widerstand* mit *Terrorismus* (ebd., 2-3). Widerstand wird als legitim und als nationale Notwendigkeit betrachtet, solange die Souveränität des Libanon von einer äußeren Kraft – Israel – bedroht werde. Angesichts mehrerer international tolerierter Aggressionen durch Israel wird Widerstand als Selbstverteidigung empfunden (ebd.,6-7). Dagegen werden internationale Beziehungen zum Westen keineswegs abgelehnt. Um ein Gegengewicht zur Übermacht der USA zu formen, spricht sich die Hizbullah für Verbindungen mit Europa aus, wobei sich die EU ihrer historischen Verantwortung bei der Kolonialisierung der Region bewusst sein und sich unabhängiger von amerikanischen Weisungen zeigen solle (ebd., 11-12).

Hinsichtlich der politischen Rolle des Islam kann hier keine klare Aussage getroffen werden. Die Hizbullah ist ein schiitischer Akteur, der sich unter Einfluss iranischer Religionsgelehrter im libanesischen Kontext konstituierte und ideologisch weiterhin beeinflusst wird. So sind etwa im schiitischen Siedlungsgebiet der Bekaa Ebene allenorts überlebensgroße Bildtafeln der iranischen Revolutionsführer Khomeini und Khamenei anzutreffen. Die enge Verbindung zum Iran beruht unter anderem auf jahrhundertealten familiären Bindungen zwischen schiitischen Geistlichen beider Länder. So wurde die Bevölkerung des Iran erst unter der Ägide der Safawiden (16. Jh.) mit Hilfe libanesischer Geistlicher zur Schia konvertiert.



Von überlebensgroßen Bildtafeln winkt der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khamenei dem Durchgangsverkehr im Bekaa-Tal zu

In ihrer politischen Agenda nimmt die Hizbullah jedoch nur selten Bezug auf islamische Werte, denn sie weist entschieden zurück, dass die Instabilität des Libanon auf religiöse Konflikte zurückzuführen ist. Vielmehr seien Korruption, Verteilungsungerechtigkeit und eine ungerechte Repräsentation der Bevölkerung, hierfür verantwortlich. Die Hizbullah findet sich in ihrer politischen Arbeit in bunten Koalitionen wieder und hat wiederholt ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur konfessionsübergreifenden Zusammenarbeit bewiesen. Es scheint ihr bewusst zu sein, dass in einer multikonfessionellen Gesellschaft keine Gemeinschaft das Land nachhaltig alleine zu regieren vermag (Rosiny 2008, 31-33). Der Hizbullah scheint insbesondere bewusst, dass ein stark konfessionell ausgerichteter Diskurs hohes Eskalationspotential birgt. Dementsprechend vermeidet sie es, von der Errichtung eines islamischen Staates oder der Einführung der *Sharia* zu sprechen, was im libanesischen Kontext auch keine reale Möglichkeit darstellt. Ihre politische Kultur ist stark religiös-konservativ, was sich nicht zuletzt im Respekt gegenüber schiitischen Autoritäten zeigt und sich in ihrer sozialen Arbeit manifestiert, die mit religiöser Unterweisung verbunden wird. Dennoch arbeitet die Hizbullah im gegebenen Kontext vorrangig für die Stabilität des Staates und die Verteidigung seiner Souveränität. Ihr politisches Programm und Handeln fallen entsprechend sehr pragmatisch aus. Auch nach Innen ist die Hizbullah konservativ. In Hizbullah-dominierten Gegenden wird zur Geschlechtersegregation und „moralisch korrektem Verhalten" aufgerufen (öffentliche Aufrufe zur Verschleierung), wobei allerdings die Durchsetzung jener moralischen Richtlinien im Alltag stark von den jeweiligen Hizbullah-Kadern abhängt (ICG 2007, 17-19).

Die Bezeichnung der Hizbullah als *Staat im Staate* trifft einen Teil ihrer Identität. Ihre politischen, sozialen und militärischen Arme übernehmen teils staatliche Kernfunktionen, die ihr konfessionsübergreifend Glaubwürdigkeit und Popularität verschaffen. Sie präsentiert sich inmitten des unübersichtlichen Akteursspektrums als Gruppierung mit multiplen Identitäten, was eine stringente Einschätzung ihrer konkreten Absichten erschwert. Erkennbar allerdings, weht in schiitischen Gebieten des Libanon und auf Großveranstaltungen der Hizbullah, aber auch in ihrem Museum nur vereinzelt die libanesische Flagge, die im Schatten ihres eigenen grüngelben Banners steht.

5. Bedeutung von Hizbullah für die EZ

Die Hizbullah ist ein fester und intern legitimer Bestandteil der politischen Parteienlandschaft des Libanon. Gerade auch in Anbetracht der zentralen Repräsentationsfunktion, welche die Hizbullah im demographischen Gefüge des Libanon (40 % schiitische Bevölkerungsanteile) wahrnimmt, ist zu hinterfragen ob es im Interesse oder auch nur im Bereich der Möglichkeiten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit liegt, sie zu umgehen. Anders als die Hamas wird die Hizbullah nicht auf der europäischen Liste terroristischer Organisationen geführt. Eine direkte Kooperation der deutschen EZ mit der Hizbullah ist dennoch problematisch, und zwar in erster Linie aufgrund ihrer anti-israelischen außenpolitischen Rhetorik, welche gerade in einem deutschen Kontext große Sensibilitäten hervorruft. Hinzu kommen Versuche der USA und Israels, Einfluss auf die Haltung von EU-Staaten im Hinblick auf deren Positionierung zur Hizbullah zu nehmen (etwa nach einem dem Umfeld der Hizbullah zugerechneten Attentat auf israelische Touristen in Bulgarien im Juli 2012).

Andererseits kontrastiert ihre aggressive außenpolitische Rhetorik stark mit ihrem sozial- und wirtschaftspolitischen Profil im Innern, welches durchaus Überlappungen mit den Zielen der internationalen und deutschen EZ aufweist. Neben ihrer parteipolitischen Funktion ist die Hizbullah als sozialer Akteur stark in der Gesellschaft verankert, wobei hier eine der Kernkompetenzen der Organisation liegt. Sie repräsentiert breite Bevölkerungsschichten. Auf dieser Basis müssen die potenziell hohen Kosten einer Ignorierung der Hizbullah (Glaubwürdigkeitsverlust internationaler Entwicklungszusammenarbeit; Effizienzverluste) gegenüber dem auf der Hand liegenden Nutzen von Dialog und Koordination mit diesem Akteur von der deutschen Außenpolitik sorgfältig abgewogen werden – ungeachtet der genannten externen Versuche der Einflussnahme auf europäische Standpunkte (vgl. z. B. Rosiny 2008, 36).


الله
أركان الإسلام الخمس
لا إله إلا الله محمد رسول الله
لا إله إلا الله محمد رسول الله
شهادة
أن لا اله إلا الله
وأنّ محمدًا رسول الله
إيتاء
الزّكاة
صوم
رمضان
البوابة
الكورنيش البحري
الاسواق القديمة

Die Taliban in Afghanistan

1. Hintergründe

Kontext

Afghanistan gehört zu den fragilsten Staaten der Welt. Im *Failed States Index* befand sich das Land 2012 auf Rang 6 (von 177 Ländern); seine Staatlichkeit steht damit am Rande des Zusammenbruchs (Fund for Peace [FFP] 2012). Die drei zentralen Staatsfunktionen – Sicherheit, Wohlfahrt, Repräsentation/Legitimität – werden unter weitgehender Abwesenheit funktionierender Institutionen kaum erfüllt. Die Sicherheitslage ist prekär. Vor dem Hintergrund einer Vielzahl von Gewaltakteuren, die sich einerseits gegen die Regierung zusammenschließen, sich andererseits jedoch aus ideologischen und machtpolitischen Gründen auch untereinander bekämpfen, sind allein im Jahr 2011 80 Prozent der zivilen Opfer von Konflikten auf Kämpfe zwischen den aufständischen Gruppen zurückzuführen (ebd.).

Die gewalttätigen Ausschreitungen haben unterschiedliche Ursachen. Erstens ist die afghanische Gesellschaft stark tribal organisiert und dabei multiethnisch. Stammessolidaritäten und ethnische Rivalitäten spielen eine entscheidende Rolle für die Fragmentierung der Gesellschaft und sind seit Langem regelmäßig Anlass für Gewaltausbrüche (Shahrani 2002, 717-720). Diese überlappen zudem mit ideologischen Überzeugungen, welche sich nicht mit ethnischen oder Stammeszugehörigkeiten decken müssen. So sind zwar die Taliban Paschtunen und können sich auf Solidaritäten südlicher Stammeskonföderationen stützen, stehen jedoch anderen paschtunischen Stämmen sowie ideologisch als auch religiös Andersgesinnten feindlich gegenüber.



Talibanführer Mullah Umar und Webseite der Bewegung

Im afghanischen Kontext kommt erschwerend hinzu, dass die Drogenökonomie (hierzu: Maass 2011) organisierte Verbrechersyndikate, Drogenkartelle, Korruption und damit zusätzliche Bandenkriege verursacht (FFP 2012). Weitere Gewaltakteure finden sich in den bereits seit Jahrzehnten in ihren Regionen regierenden Kriegsherren. Sie unterminieren ebenso das Gewaltmonopol und die Legitimität der Zentralregierung wie sie rivalisierende Akteure bekämpfen (Baker 2009). Dabei unterliegen die Kräfteverhältnisse zwischen den Akteuren einem dynamischen Wandel, welcher durch ihre wechselnde Unterstützung durch externe Kräfte wenn nicht hervorgerufen, so doch noch verstärkt wird. So werden etwa die Taliban massiv von pakistanischen Gebern gefördert; ihr entschiedenster Herausforderer, die Nordallianz, kann sich dagegen auf westliche Unterstützung verlassen.



Nach über dreißig Jahren Bürgerkrieg geht der Wiederaufbau wie hier in Herat nur schleppend voran

Die desolate Sicherheitslage macht nachhaltige Wirtschaftsentwicklung – und damit die Erfüllung der Wohlfahrtsfunktion des Staates – weitestgehend unmöglich. So findet sich Afghanistan im *Human Development Index* auf Platz 177 von 187 Ländern wieder und zählt damit zu den ärmsten Ländern weltweit (HDI 2011). Ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze und maximal 57 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zur Gesundheitsversorgung. Einen erschwerenden Faktor für menschliche Entwicklung in Afghanistan stellt der mit über drei Millionen sehr hohe Flüchtlingsanteil dar (FFP 2012). Rechtstaatlichkeit, welche in Zusammenhang mit der Legitimationsfunktion des Staates zu betrachten ist, kann kaum durchgesetzt werden. Massive Korruption sowie das Gewohnheitsrecht der Stämme verhindern die Implementierung eines glaubwürdigen, landesweiten Rechtssystems (Baker 2009).

Entstehungsgeschichte und Verhältnis zum afghanischen und pakistanischen Staat

Taliban (Studenten/Suchende) waren ursprünglich Schüler der Religionsschulen der *Deobandis*, einer sunnitischen Reformbewegung Indiens im 19. Jahrhundert. Die Deobandis versuchten eine Rückkehr zu korrekter islamischer Lebensweise zu finden, um so die britische Kolonialherrschaft zu überwinden. In ihren Religionsschulen versuchten sie – ähnlich wie später die ägyptischen Muslimbrüder unter Hassan al-Banna – junge Generationen an werteorientierte Lebensweisen in Anlehnung an ihr Islamverständnis heranzuführen. Diese Religionsschulen wurden von verschiedenen Gruppen der Deobandis geleitet, von denen sich eine „Gemeinschaft der Gelehrten des Islam“ (*Jamaa Ulama l-Islam*, JUI) nannte.

Die JUI war eine sehr politisierte Gruppe, die die Ausrufung des muslimischen Staates in Pakistan 1947 unterstütze (was allerdings nicht für alle Deobandis galt; vgl. Steinberg 2005, 70). Unter der Militärherrschaft Zia ul-Haqs, dessen islamisch-konservative Politik die JUI begrüßte, konnte sie ihre erzieherischen Tätigkeiten in der Grenzregion zu Afghanistan intensivieren. Zusätzlich wurde sie von saudischen Wahhabiten unterstützt, die ihr konservatives Verständnis des Alltagsislams teilten.

Als Ende der 1970er Jahre sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschierten und ein blutiger Krieg gegen die Besatzer ausbrach, flohen verarmte Massen nach Pakistan, von denen ein Teil in den Religions-



Vertreter der Staatsmacht im Gespräch mit tadschikischen Stammesführern

schulen der JUI aufgenommen wurde. Hier formierten sich die Taliban unter Mullah Muhammad Umar teilweise aus eben diesen Flüchtlingen und auch aus afghanischen Widerstandskämpfern, den *Mujahidin*. Letztere kämpften mit Hilfe so genannter *Arab Afghans* (arabischer Jihad Freiwilliger) bis 1989 gegen die sowjetischen Besatzer. Auch heute noch rekrutieren die Taliban Sympathisanten u.a. in Religionsschulen.

Als nach Abzug der sowjetischen Armee im Jahr 1989 ein Bürgerkrieg in Afghanistan ausbrach, stellten die Taliban eine der mächtigsten Gruppierungen dar. Sie war ethnisch weitgehend homogen (paschtunisch), ideologisch gefestigt, und konnte sich auf Stammessolidaritäten stützen. Auch deshalb erhielt sie in den folgenden Jahren einen großen Zulauf.

1996 beendeten die Taliban den Bürgerkrieg und riefen das „Islamische Emirat Afghanistan" aus, das international nur von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten anerkannt wurde. Sie etablierten ein extrem konservatives und brutales autoritäres Regime, in welchem sie dem terroristischen Netzwerk al-Qaida einen *safe haven* boten. Der Grund dafür waren weniger ideologische Schnittmengen als vielmehr der finanzielle Nutzen sowie die gemeinsame Protesthaltung gegen US-amerikanische Militäroperationen auf afghanischem Boden zu Ende der 1990er Jahre (ebd. 72).

Mit der UN-mandatierten internationalen Operation *Enduring Freedom* wurde das Taliban-Regime im Winter 2001 zerschlagen. Viele Taliban flüchteten in die pakistanisch-afghanischen Grenzgebiete wie Waziristan und in die nördlichen Stammesgebiete Pakistans. Vor dem Hintergrund der als unglaubwürdig empfundenen und von externen Mächten eingesetzten Regierung Hamid Karzais, formierten sich Teile der Taliban ab 2003 neu und nahmen ab 2009 südafghanische Provinzen ein. Diese Neuformierung erfolgte in Form vieler Splittergruppen, die sich heute sowohl in Afghanistan als auch in Pakistan bewegen. Eine wichtige Gruppe, die für die Rückeroberung südafghanischer Provinzen von Bedeutung war, ist die *Quetta Shura*, die von Mullah Umar geleitet wird. Sie wurde von den pakistanischen Behörden in einer Verhaftungswelle 2010 stark geschwächt.

Gemeinsam mit den Taliban bekämpfen weitere Gruppen sowohl die afghanische Regierung als auch die internationalen Schutztruppen. Zu diesen Gruppen zählen u.a. das *Haqqani-Netzwerk*, das die Aufstände in den östlichen Gebieten Afghanistans anführt (hierzu: Perlez 2009), die *Hizb-e-Islami*, die von Gulbuddin Hekmatyar geführt wird, vorrangig im Norden Afghanistans operiert und während des Taliban-Regimes marginalisiert wurde (hierzu: Tahir 2008), sowie auch die pakistanischen Taliban, die sich ab 2009 mit ihren afghanischen Gesinnungsbrüdern in den Grenzgebieten verbündeten (hierzu: Steinberg/Wagner/Wörmer 2010, 2-3). Zudem gibt es eine Vielzahl von weiteren Splittergruppen, die sich entweder zu den Taliban zählen oder punktuell mit ihnen kooperieren. Viele dieser Splittergruppen weisen personelle Überschneidungen mit den Taliban auf.

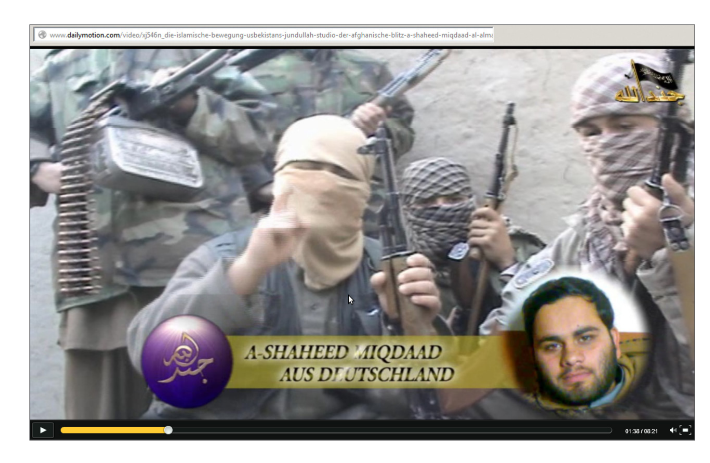
Die Kämpfer der aufständischen Gruppen gehören teilweise unterschiedlichen Ethnien an. Sie sind Afghanen und Pakistaner und haben teilweise unterschiedliche sozio-politische Gestaltungsvorstellungen, was wiederholt zu Kämpfen unter den Aufständischen geführt hat. Gemeinsam ist ihnen das Ziel, die internationalen Schutztruppen zu vertreiben und die Regierung Karzai zu stürzen (Mullen 2009, 29-31).

Das Verhältnis Pakistans zu den afghanischen Taliban ist für Pakistan von strategischer Bedeutung. Während des afghanischen Bürgerkrieges unterstützte Islamabad entscheidend die Taliban-Bewegung, um die paschtunische und sunnitische Einflusssphäre gegen den schiitischen Iran zu vergrößern und zu festigen (Lefeuvre 2010). Da der Konflikt mit Indien im Mittelpunkt pakistanischer Außenpolitik steht, hat sich das Interesse Pakistans, Einfluss auf die politische Entwicklung Afghanistans zu wahren, nicht verändert. Demnach soll Afghanistan der pakistanischen Stellung in seinem Indien-Konflikt „strategische Tiefe“ verleihen (Steinberg/Wagner/Wörmer 2010, 2).

Im Zuge der Operation *Enduring Freedom* übte Washington massiven Druck auf Islamabad aus, die Taliban-Bewegung entschiedener zu verfolgen. Daraufhin kam es nach der massiven Wiedererstarkung der afghanischen und pakistanischen Taliban 2009/2010 zu einer umfangreichen Verhaftungswelle einflussreicher Taliban-Kämpfer wie des Militärführers Mullah Abd al-Ghani Baradar oder des Verhandlungsführers der Taliban, Mullah Agha Jan Mutassim. Die Taliban sind jedoch nach wie vor das wichtigste Instrument pakistanischer Einflussnahme im Nachbarland. Ihre Methoden, Agenda und Verhandlungsbereitschaft werden weiterhin von Islamabad mitgeprägt (Steinberg/Wagner/Wörmer 2010, Waldman 2010, Mazzetti/Schmitt 2008).

Finanzierung

Zusätzlich zu klassischen kriminellen Aktivitäten wie Entführungen, Erpressungen und Schmuggel, profitieren praktisch alle aufständischen Gruppen in Afghanistan vom Drogenhandel. Vor allem der Handel mit Rohopium bringt den Aufständischen insgesamt Deviseneinkünfte von etwa 70 bis 100 Millionen US-Dollar pro Jahr ein und befördert zusätzlich die Korruption im Staat und in den Schattenregierungen der Taliban (ICG 2011, 25-26; Katzman 2012, 18-19; Maass 2011). Die Taliban sammeln vermutlich zudem Spenden über religiöse Institutionen.



Auch deutsche Jihadisten finden immer wieder den Weg nach Afghanistan, um sich radikalen Gruppierungen anzuschließen

Sie erhalten darüber hinaus Zuwendungen privater Geldgeber und Stiftungen von der Arabischen Halbinsel – vornehmlich aus Saudi-Arabien – sowie aus Pakistan (Katzman 2012, 19). Vorrangig in den südlichen Provinzen Afghanistans fangen die Taliban auch internationale Hilfsgelder, insbesondere von USAID, ab (D'souza 2011).

Am stärksten jedoch werden die Taliban offenbar von pakistanischen Akteuren (vorrangig dem Geheimdienst ISI) militärisch, logistisch und finanziell unterstützt (Waldman 2010; Bajoria 2011, 3-4). US-Behörden beschuldigten zudem den Iran, die

Taliban ebenso finanziell und logistisch zu unterstützen, um die Interessen der USA in Afghanistan zu unterminieren (Milani 2011). Vor 2001 gab es dagegen keine Verbindungen zwischen Teheran und den Taliban, da diese die Schiiten nicht als Muslime, sondern als Häretiker betrachten, und „ethnische Säuberungen" an der schiitischen Minderheit der Hazara im Norden Afghanistans begingen (Khalatbari 2008).

2. Positionierung zu den Umbrüchen 2011/12

Die arabischen Revolten von 2011 und 2012 betrafen die Taliban kaum. Ähnlich wie al-Qaida können sie sich in diesem Kontext nur schwierig positionieren, weil das Gros der Proteste keinen islamischen Bezug hatte. Zudem ist die Agenda der afghanischen Taliban sehr nationalistisch und bezieht sich nahezu ausschließlich auf den afghanischen Kontext. Zwar gab es in Kabul einzelne Proteste Studierender gegen Korruption, gegen die Unterdrückung der Opposition und eine fehlende Wohlfahrt (Sarwar 2011). Sie wurden jedoch nicht von den Taliban unterstützt, obschon diese ähnliche Kritik an der Regierung Karzais übten. Korruption und Verteilungsungerechtigkeit sind – nach Auffassung der Taliban – mit einer islamischen Regierung in einem Islamischen Emirat ausgeschlossen.

Die Protestierenden dürften sich wohl kaum das Taliban-Regime zurückwünschen, in welchem zwar Korruption weniger charakteristisch war, dafür allerdings politische Rechte und Freiheiten (insbesondere von Frauen und Andersgesinnten) inexistent waren, der Alltag ultrakonservativ verregelt war, und staatliche Institutionen aufgelöst worden waren.

Die Protestierenden machten zugleich deutlich, dass ihnen nicht an gewaltsamen Massenprotesten gelegen ist. Die Fragilität des afghanischen Staates würde beim Ausbruch gewalttätiger Massendemonstrationen weiter zunehmen, und die Gefahr eines erneuten Bürgerkrieges scheint durchaus real (Sarwar 2011, Maass/Ruttig 2011). Ähnlich wie al-Qaida bedienen sich die Taliban-Kämpfer der Gewalt in teilweise terroristischer Form als Mittel, um ihre Ziele durchzusetzen, was von den Protestierenden in Ländern des „Arabischen Frühlings" 2011 und 2012 (mit Ausnahme späterer Phasen der Bürgerkriege in Libyen und Syrien) dezidiert abgelehnt wurde. Der



Der frühere Mujahidinführer und ehemalige Staatspräsident Afghanistans, Burhanuddin Rabbani (rechts), gehört zu den prominentesten Opfern der Taliban. Im September 2011 tötete ihn ein Selbstmordattentäter



Regierungssoldaten auf dem Weg zu einer Feier in Kabul

Erfolg der gewaltfreien Proteste insbesondere in Tunesien und Ägypten bedeutet zwar für die Taliban-Ideologie eine vergleichbare Niederlage wie für al-Qaida. Die Taliban werden jedoch aufgrund ihrer geographischen Distanz zur arabischen Welt sowie aufgrund ihrer nicht-arabischen Identität weniger stark von einer Legitimitätskrise erfasst als das terroristische Netzwerk al-Qaidas.

3. Gegenwärtig ausgeübte Rolle

Die Taliban verfolgen das Ziel, sich sowohl der internationalen Präsenz als auch der amtierenden Regierung zu entledigen, um wie vor 2001wieder ein Emirat zu errichten. Dennoch stellen die Taliban keine monolithische Bewegung dar. Insbesondere nach den Entwicklungen von 2001 und der stellenweisen Kooperation von Taliban-Kämpfern mit anderen Gewaltakteuren in Afghanistan und Pakistan, bildeten sich verschiedene Strömungen innerhalb der Taliban heraus.

Ein Teil verfolgt eine Gewaltstrategie, die er gemeinsam mit anderen Gewaltakteuren umsetzt und mit welcher er das Gewaltmonopol des Staates untergräbt. Dieser Teil schüchtert die Zivilbevölkerung ein, und sucht sie von der Unfähigkeit der Zentralregierung zu überzeugen. Andere Teile der Taliban verfolgen zwar ebenfalls dieses Ziel, doch legen sie einen eingeschränkten Pragmatismus an den Tag. Um wieder in Afghanistan Fuß zu fassen und sich über den Süden hinaus auszubreiten, wurden Regierungsangehörige kooptiert und in Teilen des Landes Schattenregierungen aufgestellt, die die politischen Tagesgeschäfte einiger Regionen übernommen haben (ICG 2011, 5-7). In diesen regionalen politischen und sozialen Netzwerken gewinnen die Taliban weiterhin Sympathisanten. Die Taliban stellen also im heutigen Kontext einen teils gewalttätigen, teils pragmatischen und in Afghanistan tief verankerten, starken Herausforderer der Regierung, Andersgesinnter (wie der Nordallianz) und schließlich der internationalen Präsenz dar.

Es wird angenommen, dass die Taliban auch nach der Intervention von 2001 klar hierarchisch organisiert sind. Die Führung haben Mullah Umar und seine *Quetta Shura* inne, die alle wichtigen Entscheidungen zur Finanzierung von Operationen bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit treffen. In spezialisierten Abteilungen werden die Richtlinien der Medien- und Informationsarbeit, der Mittel der Kriegsführung, des Trainings sowie für Forschung und Entwicklung

bestimmt. Die lokale, provinzielle und regionale Präsenz der Taliban wird in diversen Komitees koordiniert, welche jeweils regionalen Kommandeuren und den Schattenregierungen der Taliban in ihren Regionen unterstehen. Lokale und Distriktkomitees haben Gruppenführer, die den regionalen Kommandeuren Bericht erstatten. Letztere sind damit beauftragt, militärische Schlagkraft und Stärke zu bewerten, um auf dieser Basis Operationen zu planen. Auch die Zusammenarbeit mit dem pakistanischen Geheimdienst erfolgt häufig über diese regionalen Kommandeure (ICG 2011, 18).

Die Loyalität der Taliban zu Mullah Umar wird allgemein als hoch eingeschätzt; seine Entscheidungen werden respektiert (Katzman 2012, 13-14). Aufgrund der bereits erwähnten personellen Schnittmengen mit anderen Gewaltakteuren ist jedoch nicht auszuschließen, dass auch Operationen stattfinden, die sich der Kontrolle des Mullahs eventuell entziehen. Die sich häufenden Attentate, die teils gezielt die Zivilbevölkerung trafen, führten zu wachsendem Druck auf die Taliban und auf die pakistanische Regierung, die Bewegung entschiedener zu verfolgen (Nordland 2011). Die daraufhin einsetzende Verhaftungswelle schwächte die Kommandostrukturen der Taliban – zumindest kurzfristig – deutlich.

Der pragmatischere Teil der Taliban (die sog. „gemäßigten Taliban“), der aber keine Abspaltung darstellt, da er ebenfalls dem Befehl des Mullah Umar untersteht, signalisierte etwa seit 2010 seine Verhandlungsbereitschaft mit den internationalen Schutztruppen, was sowohl von Präsident Karzai als auch von Teilen der internationalen Gemeinschaft begrüßt und gefördert wurde. Allerdings werden die afghanische Regierung und die Verfassung auch von diesem Flügel der Taliban nicht anerkannt, was sich in mangelnder Flexibilität in ihren Verhandlungspositionen niederschlägt und eine Kompromissfindung erschwert (Wörmer 2012, 7). Diese Teile erklärten sich jedoch bereit, Friedensverhandlungen mit den USA zu führen, wofür eigens eine Vertretung der Taliban in Katar eingerichtet wird (Allemandou 2012).

Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2014, mit denen auch das Mandat der internationalen Schutztruppen enden soll, wird eine Verhandlungslösung mit den Taliban als einem im Land tief verankerten und schlagkräftigen Akteur unumgänglich (NY Times 2012a). Solche Friedensbemühungen müssen die tribale, multiethnische und religiöse Natur der afghanischen Gesellschaft berücksichtigen – nicht zuletzt, da insbesondere die aus Tadschiken und Schiiten bestehende Nordallianz, die sich zwischen



Zwei Faktoren prägen das Frauenbild vieler afghanischer Kämpfer: Koran und „Bollywood“



In vielen Teilen Afghanistans sind Religionsschulen die einzigen Bildungsstätten. Aus solchen Einrichtungen gingen auch die Taliban hervor

1996 und 2001 dem Taliban-Regime widersetzen konnte, den Taliban höchst misstrauisch gegenübersteht. Zudem sind regionale Interessen Islamabads von besonderer Bedeutung. So machte Präsident Karzai 2011 deutlich, dass ohne eine Kompromisslösung mit Pakistan die Taliban wohl kaum sinnvoll und dauerhaft in Verhandlungen einzubinden seien (CNN 2011).

4. Politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen

Die Taliban in Afghanistan sind zwar grundsätzlich an Stabilität interessiert – allerdings nach ihren Vorstellungen. Die Regierung, die seit 2001 an der Macht ist, wird von ihnen als korrupt, unislamisch und von fremden Mächten gesteuert wahrgenommen. Ihr Sturz und die Wiedererrichtung des „Islamischen Emirats Afghanistan" ist demnach der einzig richtige Weg, um die Souveränität des afghanischen Staates zu wahren und dem afghanischen Volk mit Hilfe der Scharia Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Taliban nehmen dabei Bezug auf die Überwindung der sowjetischen Besatzung und die Errichtung des Emirats, das der Bevölkerung einen moralisch korrekten Rahmen gegeben habe, nachdem es von der atheistischen Besatzungsmacht befreit wurde.

Während ihrer Herrschaft konzentrierten sich die Taliban sehr stark auf die Durchsetzung ihrer ultrakonservativen bis extremistischen Auslegung religiöser Quellen. Ihre Interpretation islamischer Regeln im Alltag ähnelt dabei in Ansätzen den Vorstellungen der Wahhabiten Saudi-Arabiens. Dies zeigt sich insbesondere in Bezug auf die familienbezogene Rolle der Frauen, die strikte Geschlechtersegregation und die Umsetzung der so genannten *Hadd*-Strafen, der Strafprozeduren der Sharia, die vorrangig in der Bestrafung sogenannter „moralischer" Vergehen Anwendung finden (Brahimi 2010, 2-5). Ähnlich wie die Wahhabiten, sind auch die Taliban anderen Konfessionen gegenüber, insbesondere den Schiiten, skeptisch bis feindselig gesinnt. Während ihrer Herrschaft wurde die schiitische Hazara-Minderheit brutal verfolgt. Sie weisen internationale Kontakte und Beziehungen nicht im Grundsatz zurück, lehnen aber die Präsenz der internationalen Schutztruppen konsequent ab und bekämpfen diese, wie dargelegt, auch mit Gewalt.

Im Sinne eines detaillierten Verhaltenskodexes verfügen die Taliban über ein Regelwerk, das zuletzt 2010 aktualisiert wurde. Die *Layeha* umfasst eine detaillierte Auflistung von Verhaltensregeln für Taliban-Kämpfer gegenüber Zivilisten, Gefangenen, Ausländern und Spionen und definiert den *Jihad*, der zur Wiedererrichtung des Emirats führen soll. Die umstrittensten Artikel hierin betreffen den Umgang mit der Zivilbevölkerung. Grundsätzlich sollen die Kämpfer das Leiden der Bevölkerung unter dem gegenwärtigen System beenden und sie aus den Kämpfen heraushalten. So schreiben mehrere Artikel (Artikel 48, 62, 64 und 76) vor, dass zivile Opfer vermieden werden sollen. Es dürfen keine Entführungen zum Zweck der Erpressung stattfinden, da sie kriminelle Aktivitäten darstellten und damit nicht im Sinne des *Jihad* seien (Artikel 73). Dennoch bekannten sich die Taliban seit 2003 wiederholt zu Entführungen und erpressten Lösegelder. Die Taliban selbst führen als Rechtfertigung hierfür die Nationalität der Opfer ins Feld: Vielfach waren diese ausländische Staatsbürger, auf welche die *Layeha* keinen konkreten Bezug nimmt (Clark 2011, 13). Was den Umgang mit Krankenhäusern, Schulen und NGOs anbelangt, fehlen konkrete Handlungsanleitungen, jedoch weist die überarbeitete Version der *Layeha* von 2010 auf die Notwendigkeit jener Institutionen hin, die in früheren Versionen keinem Schutz unterstanden (ebd., 8-16).

Selbstmordattentate werden tendenziell abgelehnt, da sie zunächst den sicheren Verlust des Kämpfers bedeuten und ihnen Zivilisten zum Opfer fallen können. Die Kämpfer sind außerdem aufgefordert, bei ihren Operationen zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten zu unterscheiden, was bei Selbstmordattentaten oft nicht möglich ist (ebd., 26). Dennoch bekannten sich die Taliban seit 2003 zu einer Vielzahl an Selbstmordanschlägen und haben auch Anschläge anderer Akteure unterstützt, ohne dass deshalb die *Layeha* entsprechend geändert worden wäre. Möglicherweise wurden solche Maßnahmen als „Notwendigkeit“ im Kampf gegen einen übermächtig erscheinenden Gegner in Kauf genommen.

5. Bedeutung der Taliban für die EZ

Die Taliban stellen die Entwicklungszusammenarbeit vor eine besondere Herausforderung, da sie sie in eine Dilemma-Situation bringen: Einerseits widersprechen die gesellschaftlichen und politischen Zielsetzungen der Taliban fundamental denen der EZ, andererseits stellen die Taliban eine im afghanischen Kontext so stark verwurzelte Kraft dar, dass die internationale Gemeinschaft sie auch nicht vollständig ignorieren kann. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, forderte daher die afghanische Regierung und die Taliban im Dezember 2011 dazu auf, einen Machtausgleich zu vereinbaren: *„Um dauerhaften Frieden zu gewährleisten, darf man nicht darauf warten, dass man mit Freunden Gespräche führen kann. Man muss mit Gegnern Gespräche führen, um auf eine Basis des gemeinsamen Zusammenlebens zu kommen“* (Handelsblatt, 31.12.2011).

Die nachhaltige Einbindung der Taliban in ein anderes System als das radikal-islamistische ihrer Vorstellung könnte zwar mittelfristig möglich sein, würde jedoch politische Maßnahmen jenseits des Aktions- und Kompetenzrahmens der EZ erfordern. Dazu zählt insbesondere die politische Einwirkung auf Pakistan, um dessen Unterstützung für die Bewegung zu verringern oder an Bedingungen zu knüpfen. Dies dürfte nur durch massiven externen Druck erreichbar sein, und selbst dann bleibt die pakistanische Haltung fraglich. Nicht zuletzt scheinen auch innerhalb des dortigen Geheimdienstes ISI Sympathisanten der Islamisten zu existieren.

Auf politischer Ebene könnten direkte Verhandlungen auf der Führungs- und Leitungsebene den Taliban signalisieren, dass ihre Stärke zur Kenntnis genommen wird, und könnten dazu beitragen, die konkreten Spielräume für eine Einbindung klarer in ein Zukunfts-Szenario zu fassen, welches für beide Seiten akzeptabel wäre. In der Alltagspraxis der internationalen EZ in Afghanistan werden die Einbindung der traditionalen Stammesstrukturen und Absprachen mit religiösen Akteuren zur Erhöhung der Wirksamkeit von EZ auf der lokalen und regionalen Ebene immer zentraler. Dabei wird es sich sicherlich nicht vermeiden lassen auch mit Akteuren zu kooperieren, die den Taliban nahestehen oder für diese Sympathien hegen. Nichtsdestotrotz wird die Situation auf absehbare Zeit äußerst fragil bleiben; mit Rückschlägen ist jederzeit zu rechnen.

Nach über 30 Jahren des Blutvergießens ist der Krieg auch für viele Jugendliche ein Handwerk geworden


Challenger

Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel

1. Hintergründe

Politischer Kontext

Nach der Wiedervereinigung und insbesondere nach dem Bürgerkrieg von 1994 konnte der frühere Nordjemen seine politische und wirtschaftliche Dominanz nachhaltig zulasten des vormaligen sozialistischen Südjemen zementieren (Glosemeyer 2005, 556-558). Die tribalen Gesellschaftsstrukturen nutzte der frühere Präsident Ali Abdallah Salih, um einen korrupten Patronageapparat aufzubauen.



Propagandavideos der AQAP auf YouTube

Doch infolge begrenzter Ressourcen war Jemens sprichwörtliche fragile Staatlichkeit bis 2011 durch Defizite in allen drei zentralen Staatsfunktionen charakterisiert: Die Sicherheitsfunktion war nicht erfüllbar, da das Gewaltmonopol weder bei der Zentralregierung noch bei einflussreichen Stämmen lag. Die Autorität des Salih-Regimes reichte zuletzt kaum über die Hauptstadt hinaus; in ländlichen Gebieten übernahmen die Stämme staatliche Funktionen. Das Verhältnis der Stämme zur Zentralregierung war ambivalent: Während einige in das Klientelsystem der Zentralregierung eingebunden und dadurch loyal waren, akzeptierten andere die Regierung nicht. Unter Letzteren fanden sich auch Unterstützer von al-Qaida-Aktivisten, da eine Destabilisierung der Regierung opportun schien, um gegen die Privilegierung nordjemenitischer Eliten zu protestieren (Glosemeyer 2006, 278-280). Das Gewaltmonopol wird zusätzlich durch (a) die weitgehende Bewaffnung der Zivilbevölkerung, (b) den Huthi-Konflikt im Norden (dazu: Brandt 2010, 13-17), und (c) die Sezessionsbewegung im Süden (Gatter 2012, 381-443)[1] untergraben, so dass der Jemen – selbst ohne islamistische Gewaltakteure – bereits an der Grenze zum gescheiterten Staat stand. Im *Failed States Index* rangiert der Jemen derzeit noch vor dem Irak auf Rang 8 der bedrohtesten Staaten.

Die nicht erfüllte Sicherheitsfunktion behindert auch die Wohlfahrtsfunktion des Staates. Im ärmsten Staat der Region werden Anstrengungen im Bereich menschlicher Entwicklung durch eine der weltweit höchsten Bevölkerungswachstumsraten (Schätzungen liegen bei 2,7–3,5 Prozent) bei gleichzeitig schwindenden Öleinnahmen zunichte gemacht. Hohe Militärausgaben im „Krieg gegen den Terrorismus“ und inneren Konflikten sowie Korruption verhinderten den Aufbau eines Dienstleistungsapparats und hielten das Regime in einem „dysfunktionalen Gleichgewicht“ (Philipps 2009, 2). Die begrenzten Ressourcen wurden einerseits für den Kauf von Loyalität, andererseits für militärische Unterdrückung von Regimekritikern ausgegeben. Die Unfähigkeit

[1] Diese fordert aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Marginalisierung des Südens die Unabhängigkeit der ehemaligen DVRJ und wirft der Zentralregierung Korruption, Klientelismus und Repression der Opposition vor. Ihre Vorwürfe entsprechen weitgehend denen internationaler NGOs und Menschenrechtsorganisationen.



Der Arm der Staatsmacht reicht im Jemen vielerorts nicht über die urbanen Zentren hinaus (Blick auf die Altstadt von Sana'a)

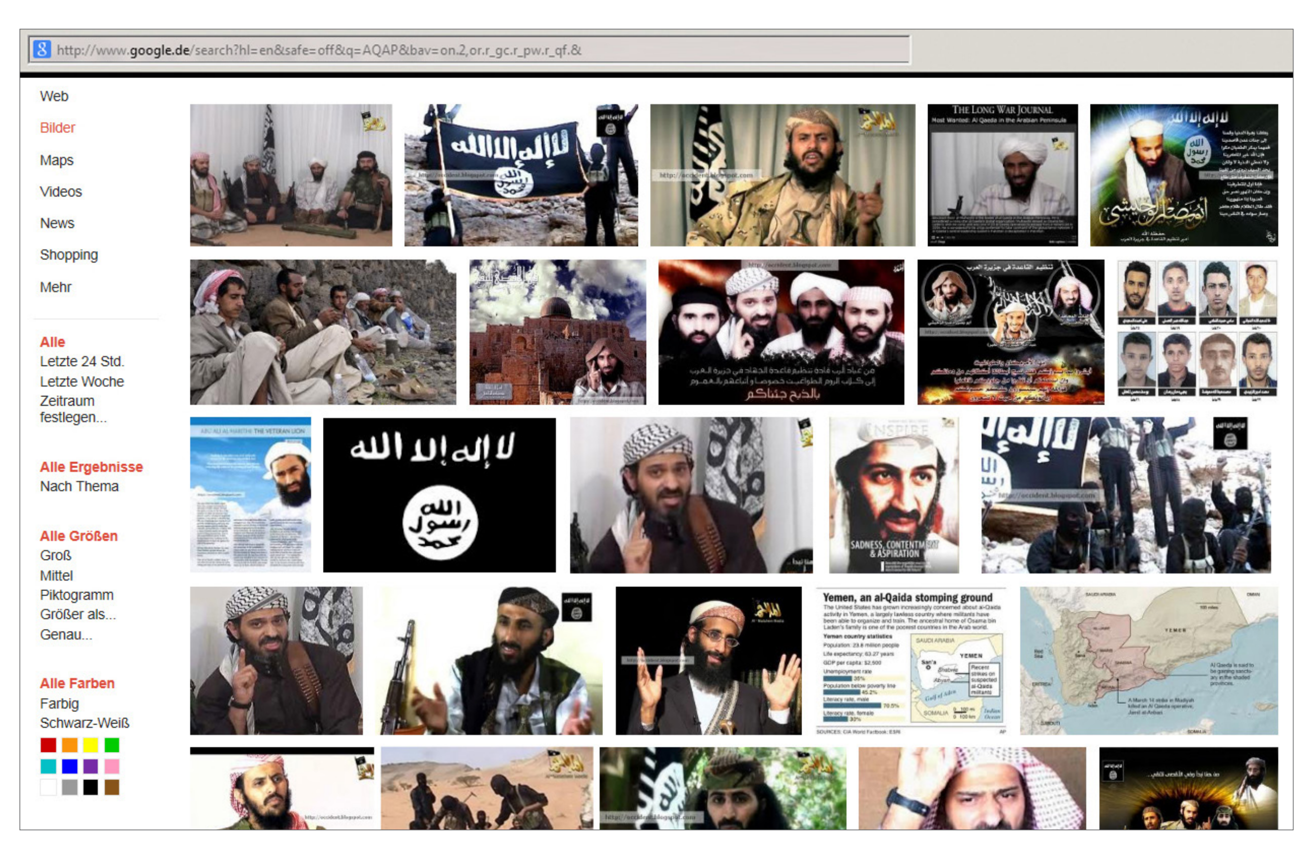
der Regierung, Lösungskonzepte für die Wasserknappheit, immense Arbeitslosigkeit Jugendlicher und die miserable soziale Lage vorzulegen, gab al-Qaida ein großes Rekrutierungspotential (Al Omari 2007). In Koranschulen, die für viele Jemeniten die einzigen zugänglichen bzw. bezahlbaren Bildungseinrichtungen sind, fanden AQAP-Aktivisten leicht manipulierbare Sympathisanten.

Die dritte staatliche Kernaufgabe ist die Repräsentationfunktion: Der Staat muss seine Bevölkerung repräsentieren (Milliken und Krause 2003), um als legitim erachtet zu werden und so auf Dauer überleben zu können. Die ohnehin schwache Legitimität der autoritären Regierung litt jedoch besonders stark unter der Teilnahme am „Krieg gegen den Terrorismus", der zur brutalen Niederschlagung oppositioneller Gruppen missbraucht wurde. Paradoxerweise dürfte genau dieser Kampf AQAP zusätzliche Sympathien eingetragen haben, denn manche Stämme teilen zwar nicht die Ideologie AQAPs, doch deren finanzielle Unterstützung sowie ihr Störpotential ist ihnen willkommen.

Entstehungsgeschichte und Verhältnis zum jemenitischen Regime

Aufgrund ihrer Haltung zum Golfkrieg brach der jemenitisch-saudisch-stämmige Mujahidinführer Osama bin Laden Anfang der 1990er Jahre öffentlich mit den saudischen und jemenitischen Regimen. Seit 1992 werden deshalb Anschläge auf der Arabischen Halbinsel al-Qaida-Aktivisten zugerechnet. Zahlreiche Attentate sollten zum einen Repräsentanten „unislamischer" Regime der Region treffen, zum anderen jedoch sollten westliche Ziele angegriffen werden, um die westliche Präsenz aus der Region zurückzudrängen.[2] Die Attentäter dieser „ersten Generation" waren meist in afghanischen Camps ausgebildet worden und folgten einer Ideologie, die eine globale Strategie mit lokalem Erfolg verbindet, sodass der Westen nicht ihr primäres Angriffsziel war, sondern als Unterstützer der als unislamisch, ungerecht und repressiv empfundenen Regime getroffen werden musste, um deren Sturz herbeizuführen (Steinberg 2005, 59-69; ders. 2006).

[2] Hierzu zählen etwa das Simultanattentat auf die US-Botschaften in Daressalam und Nairobi (1998), das Attentat auf die USS Cole im Hafen von Aden (2000), sowie erste Anschläge auf westlichem Territorium wie das erste Attentat auf das World Trade Center (1993), der gescheiterte Bojinka-Plot (1995), und schließlich die Anschläge des 11. September 2001.



Das Internet zählt zu den wichtigen Rekrutierungswerkzeugen jemenitischer Jihadisten

Mit der internationalen Intervention in Afghanistan und dem „Krieg gegen den Terrorismus“ entfiel al-Qaidas Rückzugs- und Trainingsraum; wichtige Schaltstellen des bis dahin lose geleiteten Netzwerks wurden eliminiert. Im Zuge des „Kampfes gegen den Terrorismus“ durchlief al-Qaida eine Entwicklung von einer akteurszentrierten Organisation hin zu einer kämpferischen Weltsicht von Gut gegen Böse und islamisch gegen unislamisch. Der Propagandaapparat ersetzte zu einem gewissen Grad Trainingslager. Zahlreiche Audio- und Videobotschaften bin Ladens und al-Zawahiris sollten Sympathisanten weltweit aktivieren und ihren Zellen lose formulierte Zielsetzungen vermitteln. Seit 2001 fanden so Attentate und Selbstmordanschläge in allen Weltregionen statt. Insgesamt lässt sich al-Qaida somit ideologisch und organisatorisch bis 2001 als globales Netzwerk fassen. Seit 2001 kann al-Qaida dagegen eher als ideelle Inspirationsquelle für Individuen und Gruppierungen gelten, die sich von ihrer Schlagkraft überzeugt fühlen (Ronfeldt 2007, 34-36).

Gestörte Kommunikationswege, verkleinerte Handlungsspielräume und die Kooperation vieler arabischer Regime mit den USA im „Kampf gegen den Terrorismus“ führten nach 2001 zur Bildung subregionaler Ableger al-Qaidas, die sich kurzfristig auf den Sturz arabischer Regime konzentrierten, langfristig jedoch weiterhin pan-islamistische Ziele verfolgen (Steinberg 2005, 81).

Der heute aktivste und stärkste dieser Ableger nennt sich seit 2009 *al-Qaeda in the Arabian Peninsula* (AQAP, *al-Qaida fi Jazirat al-Arab*, al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel) und stellt eine Vereinigung der saudischen mit den jemenitischen Zellen der Organisation dar. Andere subregionale Ableger nennen sich *al-Qaeda in the Islamic Maghreb* (AQIM) und *al-Qaeda in Iraq* (AQI). Die Präsenz von al-Qaida-Aktivisten auf der Arabischen Halbinsel kann bis in die frühen 1990er Jahre zurückverfolgt werden. So wurden nach der Wiedervereinigung des Jemen zurückgekehrte *Arab Afghans*[3] in die nordjemenitischen Truppen integriert und verhalfen dem Nordjemen zum Sieg im Bürgerkrieg (Gatter 2012, 282 & 441 und Stracke 2010, 109-110). Es muss daher davon ausgegangen werden, dass auch innerhalb des staatlichen Sicherheitsapparates nicht alle Kräfte dem Staat gegenüber loyal sind.

[3] Arabische Jihad Freiwillige, die bis zum Ende der sowjetischen Afghanistan-Besatzung im Jahr 1989, an Seiten der Mujahidin gekämpft hatten

Insbesondere im Zuge des zweiten Golfkrieges (1991) verschlechterte sich al-Qaidas Verhältnis zu Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten rapide, da die westliche Militärpräsenz auf der Halbinsel mit den beiden wichtigsten heiligen Stätten des Islam (Mekka und Medina) für al-Qaida inakzeptabel war. Im Zuge der 1990er und 2000er verübten die *Arab Afghans* zahlreiche Attentate auf saudischem und jemenitischem Boden, die sich vorrangig gegen westliche Präsenz richteten. Luxuswohnkomplexe, Ölanlagen, Militärkasernen und westliche Schiffe waren Ziele von Angriffen, die durch eine 1996 veröffentlichte „Kriegserklärung“ bin Ladins ihre ideologische Rechtfertigung erhielten (bin Ladin 1996).

Eine Serie von Anschlägen in Saudi-Arabien sowie US-amerikanischer Druck auf die Ölmonarchie führten jedoch dazu, dass das Königshaus seinen „Kampf gegen den Terrorismus“ intensivierte und bis 2004/5 die al-Qaida Zellen in Saudi-Arabien weitgehend zerschlug. Saudische AQAP-Aktivisten flüchteten daraufhin in den Jemen, wo sich 2006 unter günstigen Rahmenbedingungen die spätere AQAP neu formieren konnte. Dabei markierte der Gefängnisausbruch 23 gewaltbereiter Islamisten in Sanaa das Wiederaufleben eines gewalttätigen Jihadismus. Unter den Flüchtigen befand sich auch der kampferprobte Führer der AQAP, Nasser al-Wuhayshi, der ab 2006/7 zum Kampf gegen das jemenitische Regime aufrief.

AQAP nutzte Jemens schwache Staatlichkeit, indem sie Allianzen mit einflussreichen Stämmen einging, um den Jemen zum *safe haven* zu machen und unter ihre territoriale Kontrolle zu bringen. Die Ansar ash-Sharia, die zwischen Ausbruch der jemenitischen Massenproteste des „Arabischen Frühlings“ 2011, und bis Juni 2012, große Teile der Provinzen Abyan und Sahbwa sowie etliche Städte und Dörfer wie Zinjibar, Jaar oder al-Husn unter ihre Kontrolle brachten (Gatter 2012, 494-497), können als ein „re-branding“-Versuch der AQAP gewertet werden, der ihr Anhänger und Popularität in denjenigen Gebieten bringen soll, über die sie (zeitweilige) territoriale Kontrolle gewinnen konnten. AQAP nutzte vorhandene Schmugglerrouten zum Waffenhandel und ergriff die Gelegenheit mangelhaft überwachter Häfen, um Aufsehen erregende Anschläge zu verüben (Glosemeyer 2006, 278-280). Dass AQAP wieder neue Schlagkraft gewonnen hatte, zeigte sich in jüngerer Zeit insbesondere in Anschlagsversuchen außerhalb des Jemen selbst (wie etwa der Attentatsversuch auf den saudischen Vize-Innenminister Prinz Muhammad bin Nayif 2009 oder der Versand von Bomben in die USA).



Anleitung zum Bombenbau im AQAP Magazin „Inspire“ – auch in Deutschland frei im Internet zugänglich



Finanzierung
Der Aufbau al-Qaidas wurde ursprünglich zu einem erheblichen Teil aus bin Ladins Privatvermögen subventioniert. Wie sich AQAP im Einzelnen finanziert, ist allerdings kaum belegbar. Laut US-Behörden gehören kriminelle Aktivitäten wie Banküberfälle, Entführungen und Erpressungen sowie Drogenhandel mit Afghanistan zu den klassischen Methoden ihrer Ressourcenbeschaffung im Jemen. Über scheinreligiöse Institutionen scheint AQAP zusätzlich Spenden zu sammeln, insbesondere über diverse Stiftungen während der heiligen Pilgerreise nach Mekka (Lichtblau/Schmitt 2010). Obwohl zahlreiche Finanzierungskanäle im „Krieg gegen den Terrorismus" ausgetrocknet wurden, geht aus US-Regierungsdokumenten, die WikiLeaks 2010 veröffentlichte, hervor, dass diverse internationale Zuflüsse noch existieren. Dadurch, dass das offizielle Bankensystem dem Netzwerk nur noch sehr eingeschränkt zugänglich ist, wurde die Finanzierung weitgehend in den Untergrund getrieben. AQAP wie auch das Gesamtnetzwerk reagierten darauf teilweise mit Kosteneinsparungen zugunsten kleinerer Anschläge. So wurde berichtet, dass die Platzierung zweier Bomben in Luftfracht-Flugzeugen in die USA die AQAP 2010 nur 4.200 US-Dollar gekostet habe (Schanzer 2012).

Die größten Geldmengen, welche noch heute an AQAP und andere extremistische Organisationen fließen, stammen offenbar von Privatpersonen und Scheinunternehmen aus den ölreichen Golfstaaten Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Qatar und Kuwait (ebd.). Weitere finanzielle Zuwendungen werden aus zentralafrikanischen Staaten vermutet, in denen sich vermutete al-Qaida-Aktivisten befinden, die der Rekrutierung von Sympathisanten beschuldigt werden (BBC 2012).

2. Rolle in den Umbrüchen 2011/12

AQAP spielte 2011 während der Umbrüche des „Arabischen Frühlings" im Jemen keine Rolle; sie zählt mittelfristig ideologisch zu den „Verlierern" dieser Entwicklungen (Perthes 2011; Steinberg 2011a), konnte jedoch aufgrund der desolaten Sicherheitslage und der weitgehenden Absenz der Zentralregierung zunächst geographisch ihre Präsenz im Jemen konsolidieren und ausbauen.

Die Massenproteste von 2011 richteten sich im Jemen gegen schlechte Regierungsführung, Verteilungsungerechtigkeit und blockierte menschliche Entwicklung durch Korruption, Regimegewalt und mangelnde Sicherheit, fehlende Rechtstaatlichkeit und immense (Jugend-) Arbeitslosigkeit (Heinze 2012, 192-196). AQAP war weder an den Protesten beteiligt noch teilte sie deren Mittel und Ziele. Eine erste Welle von Protesten rekrutierte sich vorrangig aus der „Jugend" (parteiunabhängige Gruppierungen aus Individuen zwischen 15 und 25 Jahren) unterschiedlicher regionaler und sozialer Herkunft, die den Sturz des Regimes forderten. Eine zweite Protestwelle wurde dagegen stärker von oppositionellen Eliten der 2001 gegründeten Koalition *Parteien des Gemeinsamen Treffens* (PGT, auch als *Joint Meeting Parties* (JMP) bekannt) getragen. Deren einflussreichste Mitglieder sind die Jemenitische Sozialistische Partei (JSP) und die islamistische Jemenitische Versammlung für Reform (kurz: *Islah*, Reform). Anfänglich forderten die PGT Verfassungsänderungen innerhalb des bestehenden Herrschaftssystems. Doch die im Verlauf der Proteste zunehmende Gewalt des Regimes sowie der Seitenwechsel einflussreicher Vertreter des Sicherheitsapparates bewirkten einen Positionswechsel der PGT, die sich noch im Frühjahr 2011 der Koordination landesweiter Proteste verschrieben und nun keine Alternative zum Systemwechsel mehr sahen.



Anwar al-Awlaki: Im September 2011 töteten die USA den Vordenker der AQAP durch einen Drohnenangriff (CNN)

Die freie Verfügbarkeit von Waffen und Sprengstoff in Jemens Stammesgebieten begünstigt den Terror islamischer Extremisten. Auch ein großer Teil der Einnahmen aus dem Anbau der im Jemen allgegenwärtigen Droge Qat dürfte in den Waffenhandel fließen (hier ein Qat-Kauer im Waffenmarkt von Jihana im Stammesgebiet Khawlan, Provinz Sana'a)



Sympathien für al-Qaida und Usama bin Ladin sind in Teilen der sunnitischen Bevölkerung des Jemen verbreitet. Zu den beliebtesten Motiven auf Wickelröcken dieser Weberei im Hadhramawt zählt etwa die Szene vom 11. September 2001: Zwei Flugzeuge stürzen in die New Yorker „Twin Towers“

Internationaler Druck veranlasste Präsident Salih schließlich im November 2011 zur Unterzeichnung eines saudischen Vorschlags auf Amtsübergabe an seinen Stellvertreter. Darin sicherte er sich gleichzeitig Immunität und entging so Forderungen der Protestierenden nach Rechenschaft für die Verbrechen des Regimes an der eigenen Bevölkerung. Von den PGT wurde dieser Vorschlag zur Machtübergabe dennoch unterstützt (Wiedemann 2012, 31-32).

Salih gehörte zu den engsten Verbündeten der USA im „Kampf gegen den Terrorismus“. Spezialtruppen der jemenitischen Armee wurden von US-Behörden ausgebildet, um eine Reetablierung al-Qaidas im Jemen zu verhindern. Diese Elitetruppen bedienten sich jedoch umstrittener Mittel und wurden zur Niederschlagung der Huthi-Aufstände im Norden sowie der Sezessionsbewegung im Süden eingesetzt (Carapico 2010). Diese Spezialtruppen wurden während der Massenproteste zum Schutz des Präsidenten abberufen, was die USA durch intensivierte Drohneneinsätze auszugleichen suchten. Gleichzeitig wuchs der externe Druck auf das Regime den vernachlässigten Anti-Terror-Kampf wiederzubeleben. Amerikanische Drohnen töteten seit 2011 wichtige Repräsentanten al-Qaidas (wie etwa den im Rang eines regionalen Befehlshabers stehenden Anwar al-Awlaqi (Mazzetti 2011)).

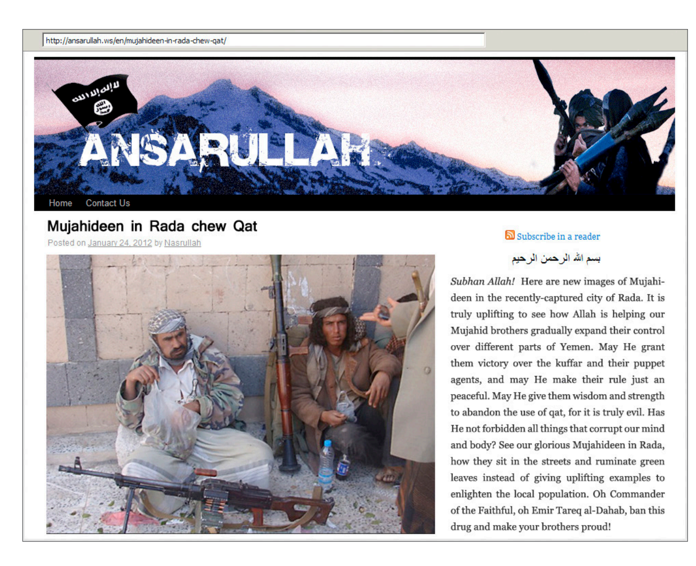
AQAP, AQI und AQIM haben operativ von den Unruhen des „Arabischen Frühlings“ zunächst profitiert, da die abnehmende Verfolgung terroristischer Aktivitäten ihnen erweiterte Handlungsspielräume eröffnet hatte. Im Jemen allerdings wurden diese durch intensivierte Drohneneinsätze seit Herbst 2011 wieder eingeschränkt (Steinberg 2011). Der Sturz mehrerer Regime der Region und des Regimes im Jemen im Besonderen stellt aber eine ideologische Niederlage al-Qaidas bzw. AQAPs dar: Die Regime wurden nicht durch gewaltsame Anschläge, sondern durch friedliche Proteste gestürzt. Die Protestierenden waren keiner Ideologie verschrieben, sondern bestanden aus Säkularisten, Demokraten, gemäßig-

ten Islamisten, Frauen und Angehörigen von Minderheiten – Individuen also, die keine Sympathien für al-Qaida bzw. AQAP hegten. Zwar hatte al-Awlaqi noch 2011 verkündet, die Umbrüche in Ägypten und Tunesien seien positiv für AQAP, doch hat al-Qaida keine Möglichkeit, sich größeren Protestbewegungen anzuschließen (Steinberg 2011a). Sie haben wenig bis keine ideologischen Schnittmengen mit den Protestierenden, bedienen sich unterschiedlicher Mittel, und haben andere Zielsetzungen.

3. Gegenwärtig ausgeübte Rolle

Die gegenwärtig starke Rolle AQAPs im Jemen ist eindeutig eine Folge der Fragilität des Staates. Diese bleibt auch nach dem Rücktritt Salihs die zentrale Herausforderung für die neue Regierung. Eine nachhaltig erfolgreiche Eindämmung von AQAP im Jemen ist deshalb nur über eine Stärkung des notorisch schwachen jemenitischen Staates, vor allem seiner Sicherheits- und Wohlfahrtsfunktionen, möglich. Der frühere Vizepräsident und heutige Interimspräsident Abed Rabbo Mansur al-Hadi steht vor der immensen Aufgabe, bis 2014 den Sicherheitsapparat zu stabilisieren, rechtsstaatliche Institutionen zu etablieren, Armut zu bekämpfen und zudem einen „nationalen Dialog“ zu initiieren – letzteres als wohl zentralste Herausforderung angesichts der fragmentierten Gesellschaft.

Die südjemenitischen Stämme zögern aufgrund ihres starken Misstrauens gegenüber der Zentralregierung, die Bestandteil des alten Regimes aufweist, sich hierauf einzulassen. Einige dieser Stammesführer ziehen die Kooperation mit AQAP und ihrem lokalen Ableger *Ansar ash-Sharia* (Anhänger der Sharia) vor, welcher lokal bereits in etlichen Städten und Gebieten des Südens als Ordnungsmacht auftrat und ein „Emirat“ ausrief, welches allerdings Mitte 2012 nach Intervention der Sicherheitskräfte der Zentralregierung wieder zerschlagen wurde. AQAP gelang es, Allianzen mit etlichen Stämmen des Südens aufzubauen und diese in Einzelfällen gar durch Heiratspolitik zu zementieren. Da die Stämme finanziell von AQAPs Präsenz profitieren und die Destabilisierung der Zentralregierung trotz aller ideologischer Unterschiede ein gemeinsames Ziel darstellt (Transfeld 2010), wird die offene Präsenz von AQAP in südlichen und östlichen Provinzen (neben Abyan samt seiner Hauptstadt Zinjibar auch Marib, Jawf, und Shabwa) von den dortigen Stämmen häufig toleriert (al-Shishani, 2012). Die seit den Protesten von 2011 deutlich erhöhte Anzahl von Anschlägen spricht dafür, dass AQAP erfolgreich darin war, ihre Position im Jemen zu konsolidieren (Alley 2012). Ob aber die gegenwärtige Kooperation von AQAP mit den südjemenitischen Stämmen angesichts tiefer ideologischer Gräben von Dauer sein kann, bleibt zumindest fraglich. Die politischen Ziele der teils sozialistisch geprägten Separatistenbewegung stehen in deutlichem Widerspruch zu den pan-islamistischen Vorstellungen AQAPs. Die Grenzen ihres Einflusses wurden der AQAP bereits im Jahr 2011 verdeutlicht, als die Jihadisten in den von ihnen eroberten Gebieten erste Schritte hin zu einem Verbot der jemenitischen Volksdroge Qat unternahmen. Widerstand von Qat Konsumenten und die Lehren aus dem Scheitern des Qat-Feldzuges der islamistischen al-Shabab Milizen in Somalia ließen die AQAP schnell von diesem Vorhaben Abstand nehmen (Gatter 2012, 146-151 & 496-497).



Webseiten von Unterstützern der AQAP – hier die Internetpräsenz der „Ansarullah“- sind oft in fernen Ländern wie Samoa registriert

Im Nordjemen bleibt der Konflikt mit den Huthi-Rebellen dominant, welche seit Frühjahr 2011 v.a. die Provinz Saada kontrollierten. Präsident Hadi ernannte in diesem Kontext konservativ-sunnitische Vertreter der Islah zu Gouverneuren der nördlichen Provinzen, was zu neuerlichen gewaltförmigen Auseinandersetzungen führte. Hier finden sich kaum Gemeinsamkeiten der sunnitischen AQAP mit den



Niederer Bildungsstand und hohe Analphabetismusraten spielen radikalen Islamisten in die Hände. Gerade in ländlichen Gebieten sind die von ihnen geführten Koranschulen oft die einzig zugänglichen Bildungsetablissements (hier eine Regierungsschule in Matna)

schiitischen Rebellen. Das Fernziel der Errichtung eines (sunnitischen) Kalifats verheißt der schiitischen Minderheit wenig Gutes (Rosiny 2008, 32-35). Vielmehr hatte der 2012 getötete stellvertretende AQAP-Führer Ali Shihri bereits Anfang 2011 zum Jihad gegen die Huthis aufgerufen, da diese von Iran unterstützt seien und dessen Einfluss auf der arabischen Halbinsel gegen die Interessen al-Qaidas ausweiten zu wollen (Transfeld 2010, 40). Einzig die amerikanischen Drohnenangriffe, so wirksam diese im Einzelfall sein mögen, stellen sowohl für die Huthis im Norden als auch für Stämme im Süden eine Gefahr dar; zahlreiche Zivilisten fielen ihnen bereits zum Opfer. So könnten gerade sie ironischer Weise für partielle Unterstützung der AQAP von Seiten ansonsten unwahrscheinlicher Partner sorgen (Hammond 2012).

Das islamistische Spektrum im Jemen ist neben AQAP durch die bislang regimeloyale und derzeit an der Regierung beteiligte Islah-Partei geprägt, die nach der Wiedervereinigung als Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft konservative Stammesführer und gemäßigte Islamisten vereinte. Zwar weist sie auch Verbindungen zur gewaltbereiten Szene auf (nicht zuletzt war ihr Mitbegründer al-Zindani selbst ein *Arab Afghan*; Steinberg 2005, 164-166). Allerdings existieren keine substanziellen Interessenkonvergenzen zwischen Islah und AQAP. Die Islah hat aufgrund ihrer Regierungsverantwortung Interesse an der Stabilität des Staates. Da eine Übergangsregierung amtiert, kann eine Einschätzung der Islah als gemäßigt islamistischer Partei derzeit noch nicht endgültig sein (Alley 2012). Es können jedoch keine konkreten Verbindungen zwischen der Islah und AQAP-Aktivisten nachgezeichnet werden. Auch programmatisch haben beide Akteure nichts gemeinsam.

Insgesamt liegt die Stärke der nur einige hundert bis 1000 Mitglieder zählenden AQAP nicht in ihrer Legitimität oder Glaubwürdigkeit innerhalb der jemenitischen Gesellschaft begründet, sondern in der Schwäche des Staates. Dennoch scheint der Versuch

einer militärischen Zerschlagung eines so diffusen Feindes kaum sinnvoll. Drohnenoperationen der USA konnten zwar einflussreiche Aktivisten eliminieren, doch erfüllen sie gerade die Erwartungen terroristischer Akteure, den „Feind“ in überzogene Reaktionen zu verwickeln, um sich selbst so als Opfer darzustellen und zum Verteidiger unschuldiger Zivilisten aufzuschwingen, um so die Gewaltspirale weiter anzuheizen (Kepel 2009, 7-19).

Zwar ist vor dem Hintergrund der ideologiefreien Umbrüche in der Region nicht mit einem generellen Bedeutungszuwachs für al-Qaida zu rechnen (Steinberg 2011), doch konnte AQAP im Jemen ihre Position vorerst festigen. Nachhaltige EZ mit dem Jemen muss daher heute einen in den Bereichen Sicherheit und Wohlfahrt leistungsfähigeren Staat als bessere Alternative zur AQAP fördern und priorisieren.

4. Politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen

Grundsätzlich unterscheidet sich das terroristische Netzwerk al-Qaida von anderen islamistischen Akteuren (neben seiner Gewaltbereitschaft) insofern, als seine Aktivisten nicht an Stabilität einer gegenwärtigen Ordnung interessiert sind. Sie streben weder Parteigründungen noch Regierungsverantwortung an, und haben dementsprechend kein Entwicklungskonzept oder politisches Programm (wenngleich in der Presse berichtet wurde, dass sich die Ansar ash-Sharia um die Strom- und Wasserversorgung in den von ihr eroberten Gebieten verdient gemacht hätte (CNN 2012). Die Aktivitäten ihrer Mitglieder beziehen sich nur eingeschränkt auf einen konkreten nationalen Kontext; ihre Aktivisten sind multinational und ihre Agenda ist transnational bis global. Ihre extremistische Ideologie richtet sich (a) gegen die „unislamischen“ repressiven Regime der islamischen Welt, die es – auch gewaltsam – zu stürzen gilt, um eine Rückkehr zu islamisch korrekten Lebensverhältnissen zu erreichen, sowie (b) gegen einen als moralisch verkommen betrachteten „Westen“ als Unterstützer eben dieser Regime, allen voran die USA.

Vergleichsweise wenige Aktivisten verüben spektakuläre Anschläge und erzielen damit hohe mediale Aufmerksamkeit, Symbolwirkung, und verbreiten Angst. In diesem Sinne ist al-Qaida ein Paradebeispiel für eine terroristische Gruppe entlang gängiger Terrorismus-Konzepte.

Auch AQAP ist nicht an der Überwindung der staatlichen Fragilität des Jemen interessiert. Im Einklang mit den allgemeinen Zielvorstellungen al-Qaidas geht es dem subregionalen Ableger gemäß der historischen Gründungscharta al-Qaidas um die Bekämpfung nicht-islamischen Einflusses als „individuelle Glaubenspflicht zur Verteidigung islamischen Territoriums“ (Azzam 1984). Dafür wird die Tötung von Zivilisten in Kauf genommen. Diese ursprünglich defensive Jihad-Ideologie wurde von bin Laden in eine offensive Kampferklärung an die westliche Präsenz auf der Arabischen Halbinsel modifiziert und als „Kriegserklärung“ veröffentlicht (bin Laden 1996; ders. 1998).

Die Bekämpfung westlicher Ziele, insbesondere auf der arabischen Halbinsel, wurde so zum Mittel, um arabische Diktaturen zu Fall zu bringen, deren Unterstützung durch westliche Akteure bin Laden



Badefreuden am Roten Meer im Sinne der salafistischen Kleiderordnung

verurteilte. Dabei sei es aufgrund der Überlegenheit und wertelosen Haltung des Westens zulässig oder erforderlich, physische und psychische Gewalt anzuwenden. So seien einfache Bomben leicht zu

bauen und hätten dennoch einen großen Effekt. In al-Qaidas online-Zeitschrift *Sada al-Malahim* (und ihrer englischen Version *Inspire*) finden sich dementsprechend zahlreiche Artikel zur Rechtfertigung von Gewalt sowie Anleitungen zum Bombenbau (z.B. Inspire 2010).

Nach dem Sturz der „unislamischen" arabischen Regime solle auf die Wiedererrichtung des Kalifats und der islamischen *Umma* (Gemeinschaft der Gläubigen) hingewirkt werden, was allen Muslimen ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden ermögliche. Mit dieser Vorstellung konnte al-Qaida zwar keine Massen an Sympathisanten gewinnen, Unterstützer jedoch global rekrutieren. Al-Qaida bleibt nach wie vor eine Minderheitenideologie, die sich am extremistischen Ende einer langen islamistischen Skala befindet.

Dass das Leben unter autoritärer Herrschaft in der Region auf vielfache Weise als ungerecht und bisweilen auch unislamisch betrachtet wird, steht außer Frage. Die protestierende Jugend fand jedoch effektive gewaltfreie Ausdrucksmöglichkeiten in den ideologiefreien Aufständen von 2011/12, denen der tunesische Erfolg als vielversprechendes Vorbild galt. Der Terrorismus einer Minderheit wird dagegen auch im Jemen von vielen Menschen als Ursache für „Islamophobie", eingebrochenen Tourismus und Unterdrückung von Opposition unter dem Vorwand des Anti-Terror-Kampfes betrachtet. Die arabischen Aufstände entfachten in etlichen arabischen Staaten einen neuen Nationalismus, in welchem die Bevölkerung mehr Selbstbestimmtheit und Mitbestimmung innerhalb ihres jeweiligen Staates forderte, was für al-Qaida keine erstrebenswerte Entwicklung auf dem Weg zur utopischen *Umma* darstellt. Die Umbrüche der letzten Jahre in der Region lassen al-Qaida und seine Ableger deshalb als ideologische Verlierer erscheinen – vorausgesetzt, die Staatlichkeit der Länder, in welchen ein Regimeumbruch stattfand, bleibt erhalten und Operationsmöglichkeiten für terroristische Aktivitäten bleiben beschränkt. Daher ist die internationale Unterstützung erfolgreicher Transitionen nicht nur entwicklungspolitisch, sondern auch aus sicherheitspolitischer Warte zentral, um – wie im Jemen – terroristischen Akteuren ideologische und infrastrukturelle Rekrutierungsmöglichkeiten zu entziehen.

5. Bedeutung der AQAP für die EZ

Kooperation mit der AQAP oder auch nur eine Koordination mit ihr verbietet sich für die EZ im Grundsatz; dies bedarf keiner gesonderten Betonung. Nichtsdestotrotz wird es sich für die EZ in Ländern wie dem Jemen kaum vermeiden lassen, unbewusst auch mit latenten Sympathisanten oder heimlichen Unterstützern von AQAP zu interagieren. Wer solche Unterstützer oder Sympathisanten sind, wird angesichts der äußerst komplexen Akteurskonstellationen im Jemen selten offen erkennbar sein. Bei Reformen des Sicherheitssektors, bei der Bereitstellung von Infrastruktur wie Wasser, oder auch im Bildungssektor stellt die Identifizierung und korrekte Einschätzung sowohl staatlicher wie nichtstaatlicher Partner eine Herausforderung dar, die ein hohes Maß an Kontextkenntnis erfordert. Die zweite zentrale Herausforderung besteht darin, den „richtigen" Umgang mit jenen Akteuren zu finden, welche möglicherweise das zentrale Ziel des *State-Building* nicht teilen.

Als Faustregel in dieser prekären Situation sollten nicht-staatliche Partner nach Möglichkeit unter denjenigen Akteuren gesucht werden, welche ohne formelle Organisation die erste Welle der Proteste getragen haben. In der Kooperation mit staatlichen Partnern liegt es nahe, die Versuche des gegenwärtigen Präsidenten zu unterstützen, den Sicherheitsapparat von Relikten seines Vorgängers zu säubern und eine integrative Rolle, etwa als „honest broker", in Dialogbemühungen der Regierung zu spielen. Darüber hinaus erscheint es gerechtfertigt, dass die EZ im jemenitischen Kontext neben der Unterstützung von state-building, Maßnahmen priorisiert, welche auch kurzfristig erkennbare Resultate zeitigen - insbesondere für diejenigen Bevölkerungssegmente, welche mangels adäquater Bildung ein einfaches Rekrutierungspotenzial für terroristische Aktivisten darstellen. In diesem Zusammenhang ist die Stärkung des staatlichen Bildungssektors auch deshalb zentral, weil über die vergangenen Jahre eine Vielzahl extremistisch-wahhabitischer Prediger, meist sehr jung und schlecht ausgebildet, aus Saudi-Arabien ins Land kamen und dort einen fruchtbaren Nährboden für extremistische Islam-Auslegungen fanden.



Literatur

- Abdel Rahim, Mahmoud 2012: [Tunesien's Nahda zeigt ihr Gesicht] In: Al-Khaleej. 18.10.2012. Abgerufen unter: http://www.alkhaleej.ae/portal/32a0426e-0b78-4488-8ee6-e5f56f824864.aspx (Stand: 23.10.2012)
- Abukhalil, Asaad 2007: Karneval der Konfessionen im Libanon. In: INAMO. 51/2007. S. 38-40.
- Al-Ahram 2010 (Editorial): Court listens to witnesses in the Brotherhood international organization case. In: Al-Ahram. 11.12.2010. Abgerufen unter: http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/1668/Egypt/Politics-/-Court-listens-to-witnesses-in-the-Brotherhood-int.aspx (Stand: 07.01.2013)
- Al-Ahram 2013 (Editorial): Nour Party to elect new chairman Wednesday. In: Al-Ahram Online. 08.01.2013. Abgerufen unter: http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/62031/Egypt/Politics-/Nour-Party-to-elect-new-chairman-Wednesday.aspx (Stand: 05.01.2013)
- Al-Burhamy, Yasir 2011: [Sheykh Yasir Burhamy über die Finanzierung der Nur-Partei]. In: Al-Nas TV. 30.12.2011. Abgerufen unter: http://www.youtube.com/watch?v=3R7eVjsVhRw&feature=relatedt (Stand: 02.01.2013)
- Al-Hayat (Editorial): Tunesia, escalation of violence. 30.10.2012. Von: Mideastwire. 30.10.2012.
- Ali, Siham 2012: Morocco plans zakat fund. In: Magharebia. 04.11.2012. Abgerufen unter: http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/features/2012/11/04/feature-01 (19.11.2012)
- Allemandou, Ségolène 2012: A Taliban office in Doha could answer the Afghan question. In: France 24. 05.01.2012. Abgerufen unter: http://www.france24.com/en/20120105-taliban-office-qatar-doha-peace-talks-usa-interview-war-afghanistan (Stand: 27.12.2012).
- Alley, April 2012: Triage for a Fracturing Yemen. In: International Crisis Group. 31.10.2012. Abgerufen unter: http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-iran-gulf/yemen/op-eds/alley-triage-for-a-fracturing-yemen.aspx (Stand: 22.11.2012)
- Al-Omari, Mounir 2007: Youth Unemployment in Yemen More Graduates... Less Jobs. In: Yemen Post. 19.11.2007. Abgerufen unter: http://www.yemenpost.net/4/Business/2.htm (Stand: 05.12.2012)
- Al-Shahat, Abdel Muneim 2011: [Kritische Fragen an Sheykh Abdel Muneim al-Shahat]. In: Al-Nas TV. 27.12.2011. Abgerufen unter: http://www.youtube.com/watch?v=7T15-_d-YEs&feature=related (Stand: 01.01.2013)
- Al-Shishani, Murad Batal 2005: Abu Mus'ab al-Suri and the Third Generation of Salafi Jihadists. In: The Jamestown Foundation. 15.08.2005. Abgerufen unter: http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=547 (Stand: 28.12.2012)
- Al-Shishani, Murad Batal 2010: An Assessment of the Anatomy of al-Qaeda in Yemen – Ideological and Social Factors. In: The Jamestown Foundation. 04.03.2010. Abgerufen unter: http://www.jamestown.org/programs/gta/single/?tx_ttnews[tt_news]=36111&tx_ttnews[backPid]=26&cHash=2816ef7a43 (Stand: 08.12.2012)
- Al-Shishani, Murad Batal 2012: Profile: Yemen's Ansar al-Sharia. In: BBC News. 18.03.2012. Abgerufen unter: http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17402856 (Stand: 22.11.2012)
- Althaus, Judith/ Bröning, Michael 2012: „Arabischer Frühling" in Palästina. In: Arabische Zeitenwende. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 221-231.
- Asseburg, Muriel 2007: „Hamastan vs. Fatahland". Fortschritt in Nahost? In: SWP-Aktuell 35. Juli 2007. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2007A35_ass_ks.pdf (Stand: 10.11.2012)



Sufis im afghanischen Herat beim Studium heiliger Schriften

- Asseburg, Muriel 2008: Die palästinensische Hamas zwischen Widerstandsbewegung und Reformregierung. In: Asseburg, Muriel (Hg.): Moderate Islamisten als Reformakteure? Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. 81-98.

- Asseburg, Muriel 2010: Ending the Gaza Blockade – But how? In: SWP Comments 18. Juli 2010. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2010C18_ass_ks.pdf (Stand: 17.11.2012)

- Attal, Sylvain 2012: Le congress du PJD déroule le tapis rouge au Hamas palestinien. In: France 24. 15.07.2012. Abgerufen unter: http://www.france24.com/fr/20120715-congres-pjd-deroule-tapis-rouge-hamas-palestinien-maroc-khaled-mechaal (Stand: 21.11.2012)

- Azani, Eitan 2009: Hezbollah – The Story of the Party of God. From Revolution to Institutionalization. New York: Palgrave Macmillan.

- B'Tselem 2012: Fatalities after Operation „Cast Lead". In: B'Tselem. http://old.btselem.org/statistics/english/casualties.asp?sD=19&sM=01&sY=2009&filterby=event&oferet_stat=after (Stand: 17.11.2012)

- Bajoria, Jayshree 2011: The Taliban in Afghanistan. In: Council on Foreign Relations. 06.10.2011. Abgerufen unter: http://www.cfr.org/afghanistan/taliban-afghanistan/p10551 (Stand: 26.12.2012)

- Baker, Aryn 2009: The Warlors of Afghanistan. In: TIME. 12.02.2009. Abgerufen unter: http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1879167,00.html (Stand: 06.01.2013)

- Bank, André 2011: Jordanien und Marokko – Lösungsweg Verfassungsreform? In: Asseburg, Muriel (Hg.): Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. SWP-Studie. Oktober 2011. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S27_ass_ks.pdf (Stand: 17.11.2012). S. 30-32.

- Bar'el, Zvi 2012: Turkey may provide Hamas with $ 300 million in annual aid. In: Haaretz. 28.01.2012. Abgerufen unter: http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/turkey-may-provide-hamas-with-300-million-in-annual-aid-1.409708 (Stand: 17.11.2012)
- Barfi, Barak 2010: Yemen on the Brink? The Resurgence of al Qaeda in Yemen, New America Foundation. Januar 2010. Abgerufen unter: http://www.newamerica.net/publications/policy/yemen_on_the_brink (Stand: 20.12.2012)
- Barnard, Anne 2012: Loyalty to Syrian President Could Isolate Hezbollah. In: New York Times. 05.04.2012. Abgerufen unter: http://www.nytimes.com/2012/04/06/world/middleeast/hezbollahs-syria-policy-puts-it-at-risk.html?pagewanted=all (20.11.2012)
- Baumgarten, Helga 2006: Hamas – Der politische Islam in Palästina. Kreuzlingen/München: Heinrich Hugendubel Verlag.
- Baumgarten, Helga 2008: Der Politische Islam in Palästina – die Hamas. In: Politischer Islam in arabischen Ländern. Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern. GTZ. S. 74-78.
- BBC 2010: AQAP-Profile. 03.01.2010. Abgerufen unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/8437724.stm (Stand: 06.06.2010)
- BBC 2012 (Editorial): Nigerian men accused of Al-Qaeda in the Arabian Peninsula links. 06.07.2012. Abgerufen unter: http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-18732176 (Stand: 26.12.2012)
- Beau, Nicolas/ Graciet, Catherine 2010: La régente de Carthage. Main basse sur la Tunisie. Paris: Editions La Découverte.

Afghanische Kämpfer der Jamiat-e Islami in einer Feuerpause: Nachfüllen der Patronengurte bei Brot und Tee

- Benkirane, Abdelilah 2010: Auftritt bei 2M. 01.02.2010. Abgerufen unter: http://www.youtube.com/watch?v=VgbxldmOJPU (Stand: 21.11.2012)
- Bensedrin, Sihem/ Mestiri, Omar 2011: Auch Europa hält sich seine Despoten: Das tunesische Modell. In INAMO Spezial. 2011. S. 9-11.
- Bergen, Peter L. 2001: Holy War Inc. – Inside the secret World of Osama bin Laden. New York: Simon and Schuster. S. 76-91.
- Bin Laden, Usama 1996: Declaration of War Against the Americans Occupying the Land of the Two Holy Places. Abgerufen unter: http://www.pbs.org/newshour/updates/military/july-dec96/fatwa_1996.html (Stand: 02.01.2013)
- Bin Laden, Usama/ al-Zawahiri, Ayman/ Taha, Abu Yasir/ Hamzah, Sheykh Mir/ Rahman, Fazlur: Jihad against Jews and Crusaders – World Islamic Front Statement. 23.02.1998. Abgerufen unter: http://www.fas.org/irp/world/para/docs/980223-fatwa.htm (Stand: 01.12.2012)
- Bokhari, Kamran 2012: Salafism and Arab Democratization. In: Stratfor. Abgerufen unter: http://www.stratfor.com/weekly/salafism-and-arab-democratization (Stand: 03.01.2013)
- Brahimi, Alia 2010: The Taliban's evolving ideology. In: LSE Working Paper. 2/2010. Abgerufen unter: http://eprints.lse.ac.uk/29970/1/WP022010_Brahimi.pdf (Stand: 31.12.2012)
- Brandt, Marieke 2010: Auszug der Gläubigen – Der Huthi-Konflikt im Norden des Jemen. In: INAMO 62/2010. S. 13-17.
- Bröning, Michael 2010: Zwischen Konfrontation und Evolution: Parteien in Palästina. In: Aus politik und Zeitgeschichte. 9/2010. Abgerufen unter: http://www.bpb.de/apuz/32933/zwischen-konfrontation-und-evolution-parteien-in-palaestina?p=all (Stand: 30.10.2012)
- Bröning, Michael 2011: The Politics of Change in Palestine. State-Building and Non-Violent Resistance. New York: Pluto Press. S. 10-55.
- Bröning, Michael 2012a: Tipping the Scale with Hamas. In: Open Democracy. 03.02.2012. Abgerufen unter: http://www.opendemocracy.net/michael-br%C3%B6ning/tipping-scales-within-hamas (Stand: 04.12.2012)
- Bröning, Michael 2012b: Hamas Comes from the Cold. In: Project Syndicate. 23.02.2012. Abgerufen unter: http://www.project-syndicate.org/commentary/hamas-comes-in-from-the-cold (Stand: 04.12.2012)
- Brown, Jonathan 2011: Salafis and Sufis in Egypt. In: The Carnegie Papers. Carnegie Endowment for International Peace. Abgerufen unter: http://carnegieendowment.org/files/salafis_sufis.pdf (Stand: 29.12.2012)
- Brown, Nathan 2012: Still fighting the last war? Egypt's judges after the Revolution. Carnegie Endowment for International Peace. 16.10.2012. Abgerufen unter: http://www.carnegieendowment.org/2012/10/16/still-fighting-last-war-egypt-s-judges-after-revolution/e1ej (Stand: 20.11.2012)
- Brown, Nathan 2012a: Can Egypt's Democratic Uprising Be Redeemed? In: Carnegie Endowment for International Peace. 24.12.2012. Abgerufen unter: http://carnegieendowment.org/2012/12/24/can-egypt-s-democratic-uprising-be-redeemed/ewbv (Stand: 26.12.2012)
- Brulliard, Karin 2012: In Gaza, Hamas rule has not turned out as many expected. In: The Washington Post. 19.04.2012. Abgerufen unter: http://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/in-gaza-hamas-rule-has-not-turned-out-as-many-expected/2012/04/18/gIQAVWRxRT_story.html (Stand: 17.11.2012)
- Carapico, Sheila 2010: Special operations in Yemen. In: Foreign Policy. 13.05.2010. Abgerufen unter: http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2010/05/13/special_operations_in_yemen.html (Stand: 22.11.2012)

- Carnegie 2012 (Editorial): An-Nour. In: Carnegie Endowment for International Peace. Abgerufen unter: http://carnegieendowment.org/regions/?fa=list&id=143 (Stand: 01.01.2013)
- Clark, Kate 2011: The Layeha – Calling the Taliban to Account. In: Afghan Analysts Network. Abgerufen unter: http://www.afghanvoice.org.uk/avfm1/pdfs/LayehaMain.pdf (Stand: 31.12.2012)
- CNN 2011 (Wire Staff): Karzai seeks peace talks with Pakistan, not Taliban. In: CNN. 01.10.2011. Abgerufen unter: http://articles.cnn.com/2011-10-01/asia/world_asia_afghanistan-karzai_1_volatile-tribal-area-north-waziristan-pakistan-embassy?_s=PM:ASIA (Stand: 27.12.2012)
- CNN 2012 (Mohammed Jamjoom): Amnesty details 'horrific abuses' in southern Yemen. In: CNN 04.12.2011. Abgerufen unter: http://edition.cnn.com/2012/12/04/world/meast/yemen-amnesty-report/index.html (Stand 21.01.2013).
- Constitution Marocaine 2011. Abgerufen unter: http://www.sgg.gov.ma/constitution_2011_Fr.pdf (Stand: 18.11.2012)
- Croitoru, Joseph 2007: Hamas – Der islamische Kampf um Palästina. München: C.H. Beck.
- D'souza, Shantie Mariet 2011: Winning hearts and minds and pockets of the Taliban by siphoning off US aid to Afghanistan. In: Al-Arabiya. 27.07.2011. Abgerufen unter: http://www.alarabiya.net/articles/2011/07/27/159529.html (Stand: 28.12.2012)
- Deeb, Lara 2008: Miliz, Partei und Wohlfahrtsorganisation – Die Hizbullah. In: INAMO. 53/2008. S. 14-19.
- Demmelhuber, Thomas 2007: The European Neighbourhood Policy and its Implementation in the Southern Mediterranean – The Case of Egypt. In: ZEI Discussion Paper. Abgerufen unter: http://www.zei.uni-bonn.de/dateien/discussion-paper/dp_c170demmelhuber.pdf (Stand: 26.10.2012)
- Demmelhuber, Thomas 2008: Gegenwind für die Mittelmeerunion. In: KAS-Länderbericht. März 2008. Abgerufen unter: http://www.kas.de/aegypten/de/publications/13241/ (Stand: 24.11.2012)
- Demmelhuber, Thomas/ Roll, Stephan 2007: Herrschaftssicherung in Ägypten. In: SWP-Studie. Juli 2007. Aberufen unter: http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/herrschaftssicherung_in_aegypten.html (Stand: 24.11.2012)
- Dorronsoro, Gilles 2009: The Taliban's Winning Strategy in Afghanistan. In: Canergie Endowment for International Peace. Abgerufen unter: http://www.carnegieendowment.org/files/taliban_winning_strategy.pdf (Stand: 26.12.2012)
- Eibl, Ferdinand 2011: Parlamentswahlen in Marokko – Ende oder anfang eines „marokkanischen Frühlings"? In: Giga Focus 11/2011. Abgerufen unter: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2012/3757/pdf/http_www.giga_hamburg.de_dl_download.php_d_content_publikationen_pdf_gf_nahost_1111.pdf (Stand: 17.11.2012)
- El Difraoui, Asiem 2012: Politisierter Salafismus in Ägypten. In: SWP-Aktuell. Oktober 2012. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A61_dfr.pdf (Stand: 01.01.2013)
- El Husseini, Abdel Mottaleb 2012: Libanon: immun gegen Umbrüche? In: Arabische Zeitenwende. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 200-201.
- Erdle, Stefan 2008: Politischer Islam im Maghreb. Das Beispiel Tunesien. In: Politischer Islam in arabischen Ländern. Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern. GTZ. S. 39-54.



Mann der Schrift: Der jemenitische Großmufti Ahmad bin Muhammad Zabara

- Europäischer Rat (2001): Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 27.12.2001 über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (2001/931/GASP), Brüssel: Europ. Rat. Online verfügbar unter: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2001:344:0093:0096:DE:PDF (Stand 15.01.2013).
- Farhat, Lamis 2012: [Interne Differenzen bedrohen die Hizbullah bezüglich der Unterstützung Assads]. In: Elaph, 28.10.2012. Abgerufen unter: http://www.elaph.com/Web/news/2012/10/770517.html?entry=Syria (Stand: 30.10.2012)
- FFP 2012: The Failed States Index 2012 – Afghanistan. In: The Fund For Peace. Abgerufen unter: http://www.fundforpeace.org/global/states/ccppr12af-countryprofile-afghanistan-08b.pdf (Stand: 06.01.2013)
- FH 2012: Country Report Lebanon. Abgerufen unter: http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2012/lebanon (Stand: 19.11.2012)
- Focus 2011 (Editorial): G8 – Arabischer Frühling wird mit Milliarden unterstützt. In: Focus Online. 10.09.2011. Abgerufen unter: http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/g8-arabischer-fruehling-wird-mit-milliarden-unterstuetzt_aid_664000.html (Stand: 21.11.2012)
- Frehse, Lea/ Diday, Nicola 2011: „Das Volk will das Ende der Spaltung". In: Zenith Online. 25.03.2011. Abgerufen unter: http://www.zenithonline.de/deutsch/politik//artikel/das-volk-will-das-ende-der-spaltung-001696/ (Stand: 16.11.2012)
- Gatter, Peer 1998: Khomeinis Erben: Machtpolitik und Wirtschaftsreformen im Iran. Lit Verlag, 165 Seiten. Abgerufen unter: http://books.google.de/books?id=6zwy6V7fWcUC&printsec=frontcover&source=gbs_ge_summary_r&cad=0#v=onepage&q&f=false



Koranrezitation in der Freitagsmoschee von Herat, Afghanistan

- Gatter, Peer 2012: Politics of Qat – The Role of a Drug in Ruling Yemen. Reihe Jemen Studien, Band 20.1. Dr. Ludwig Reichert Verlag, Wiesbaden, 864 Seiten
- Gatter, Peer et al. 2013: Eine Theologie der Natur - Biodiversität als Unterrichtsfach an algerischenKoranschulen. Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
- GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) 2006: Islam und TZ in Afrika (Materialsammlung)
- GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit), Programmbüro Interkulturelle Zusammenarbeit mit islamisch geprägten Ländern (Hrsg.) 2011: Islam und Entwicklung – ein Widerspruch?, Eschborn: GIZ
- Glosemeyer, Iris 2005: Jemen. In: Ende, Werner/ Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart. München: C.H. Beck. S. 550-559
- Glosemeyer, Iris 2006: Jemen – Staatsbildung mit Hindernissen. In: Schneckener, Ulrich (Hg.): Fragile Staatlichkeit – „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern, Baden-Baden 2006. S. 276-301
- Glosemeyer, Iris 2009: Dancing on the Snake Heads in Yemen, in: Canadian Defence & Foreign Affairs Institute. Mai 2009. Abgerufen unter: http://www.cdfai.org/PDF/Dancing%20on%20Snake%20Heads%20in%20Yemen.pdf (Stand: 23.12.2012)
- Glosemeyer, Iris 2011: Der Jemen ohne Ali Abdallah Saleh? In: Asseburg, Muriel (Hg.): Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. SWP-Studie. Oktober 2011. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S27_ass_ks.pdf (Stand: 20.11.2012)

- Guillot, Francois 2012: La Constitution tunisienne prend du retard. In: Le Monde. 13.08.2012. Abgerufen unter: http://www.lemonde.fr/tunisie/article/2012/08/13/la-constitution-tunisienne-prend-du-retard_1745817_1466522.html (Stand: 14.11.2012)
- Gunaratna, Rohan 2002: Inside Al Qaeda – Global Network of Terror. London: Columbia University Press. S. 17-94
- Gunning, Jeroen 2009: Hamas in Politics. Democracy, Religion, Violence. London: Hurst
- GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern (Hg.) 2008: Politischer Islam in arabischen Ländern. GTZ: Eschborn
- Haaretz 2012 (Editorial): Report – Khaled Meshal abandons Hamas' Damascus headquarters. In: Haaretz. 28.01.2012. Abgerufen unter: http://www.haaretz.com/news/middle-east/report-khaled-meshal-abandons-hamas-damascus-headquarters-1.409618 (Stand: 13.11.2012)
- Haidar, Marwa 2012: Sayyed Nasrallah: It's of Our High Morals to Sit for Dialogue! In: Al Manar. 13.11.2012. Abgerufen unter: http://www.almanar.com.lb/english/adetails.php?fromval=2&cid=19&frid=21&seccatid=19&eid=74202 (Stand: 20.11.2012)
- Halevy, Efraim (2010): Why Not Hamas? In: New Republic. 26.03.2010 http://www.newrepublic.com/article/politics/why-not-hamas# (Stand 25.01.2013).
- Halm, Heinz 2011: Der Islam – Geschichte und Gegenwart. München: C.H. Beck.
- Hammond, Andrew 2012: Yemeni debate over drones emerges after Saleh's fall. In: Reuters. 17.10.2012. Abgerufen unter: http://www.reuters.com/article/2012/10/17/us-yemen-drones-idUSBRE89G0VJ20121017 (Stand: 22.11.2012)
- Handelsblatt (2011): Niebel fordert Gespräche mit den Taliban. In: Handelsblatt. 31.12.2011. Abgerufen unter: http://www.handelsblatt.com/politik/international/afghanistan-niebel-fordert-gespraeche-mit-den-taliban/6009472.html (Stand: 11.02.2013)
- Haniyeh at al-Azhar Mosque. In: YouTube. 24.02.2012. Abgerufen unter: http://www.youtube.com/watch?v=xL2W9ag7eCk (Stand: 15.11.2012)
- Hayes, Christopher 2008: Alles und jeder ist irgendwie eine Opposition. In: INAMO. 53/2008. S. 4-5.
- HDI 2011: United Nations Development Programme. Abgerufen unter: http://hdr.undp.org/en/statistics/ (06.01.2013)
- HDI 2011a: Human Development Report Morocco. 2011. Abgerufen unter: http://hdrstats.undp.org/images/explanations/MAR.pdf (21.11.2012)
- Heibach, Jens 2011: Die Dynamiken der Proteste im Jemen und ihre Besonderheiten. In: INAMO Spezial. 2011. S. 92.
- Heinze, Marie-Christine 2012: Keine Revolution im Jemen. In: Arabische Zeitenwende, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 191-199.
- Hissou, Ahmad 2008: Die Opposition – Richtige Botschaft, schwache Wirkung. In: INAMO. 53/2008. S. 20-21.
- HRW 2009: Under Cover of War. Hamas Political Violence in Gaza. In: Human rights Watch. 20.04.2009. Abgerufen unter: http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/iopt0409webwcover.pdf (Stand: 10.11.2012)
- HRW 2012: Gaza – Arbitrary Arrests, Torture, Unfair Trials. In: Human Rights Watch. 03.10.2012. Abgerufen unter: http://www.hrw.org/news/2012/10/03/gaza-arbitrary-arrests-torture-unfair-trials (Stand: 10.11.2012)

- HRW 2012a: Tunesia. Fix Serious Flaws in Draft Constitution. In: Human Rights Watch. 13.09.2012. Abgerufen unter: http://www.hrw.org/news/2012/09/13/tunisia-fix-serious-flaws-draft-constitution (Stand: 14.11.2012)
- HSS 2012: Politischer Sonderbericht Marokko. Hanns Seidel Stiftung. Institut für Internationale Zusammenarbeit. 26.01.2012. Abgerufen unter: http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/120130_Marokko_SB.pdf (Stand: 21.11.2012)
- Hussein, Abdel-Rahman 2012: Egypt erupts as Muslim Brotherhood supporters clash with protesters. In: The Guardian. 06.12.2012. Abgerufen unter: http://www.guardian.co.uk/world/2012/dec/05/egypt-clashes-protesters-muslim-supporters (Stand: 07.12.2012)
- ICG 2003: Yemen – Coping with Terrorism and Violence in a fragile State. In: ICG ME Report. 8/2003. Abgerufen unter: http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iran%20Gulf/Yemen/Yemen%20Coping%20with%20Terrorism%20and%20Violence%20in%20a%20Fragile%20State.ashx (Stand: 19.12.2012)
- ICG 2007: Hizbollah and the Lebanese Crisis. In: International Crisis Group. ME Report 69/2007. Abgerufen unter: http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iraq%20Syria%20Lebanon/Lebanon/69_hizbollah_and_the_lebanese_crisis (Stand: 12.11.2012)
- ICG 2009: Yemen – Defusing the Saada Timebomb. In: ME Report. 86/2009. Abgerufen unter: http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iran%20Gulf/Yemen/086%20Yemen%20Defusing%20the%20Saada%20Time%20Bomb.ashx (Stand: 12.12.2012)
- ICG 2011: Popular Protest in North Africa and the Middle East (IV) – Tunesia's Way. In: International Crisis Group. MENA Report 106/2011. Abgerufen unter: http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/North%20Africa/106%20Popular%20Protests%20in%20North%20Africa%20and%20the%20Middle%20East%20-IV-%20Tunisias%20Way.pdf (Stand: 30.10.2012)
- ICG 2011a: The Insurgency in Afghanistan's Heartland. In: International Crisis Group. Asia Report 207. 27.06.2011. Abgerufen unter: http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/asia/south-asia/afghanistan/207%20The%20Insurgency%20in%20Afghanistans%20Heartland.pdf (Stand: 26.12.2012)
- ICG Yemen. 01.11.2012: Abgerufen unter: http://www.crisisgroup.org/en/publication-type/crisiswatch/crisiswatch-database.aspx?CountryIDs={9D2149C0-C350-40FC-BE12-7693FB454AEE}#results (Stand: 22.11.2012)
- Inspire Magazine (2010): Al-Malahem Media (Volume 1, Summer 2010). Abgerufen unter: http://azelin.files.wordpress.com/2010/06/aqap-inspire-magazine-volume-1-uncorrupted.pdf (Stand: 21.01.2013)
- Jendoubi, Kamel 2011: 1999 Bourguibas Erbe – Der unmögliche Machtwechsel. In INAMO Spezial. 2011. S. 7-10.
- Jeune Afrique 2011 (Editorial): Maroc – Législatives. Apès la victoire du PJD, Benkirane vise la Primature. In: Jeune Afrique. 28.11.2011. Abgerufen unter: http://www.jeuneafrique.com/Articles/Dossier/ARTJAWEB20111128085935/maroc-pjd-gouvernement-usfpmaroc-legislatives-apres-la-victoire-du-pjd-benkirane-vise-la-primature.html (Stand: 21.11.2012)
- JMCC Poll 2012: A public opinion poll conducted by the Jerusalem Media & Communication Centre. Poll Nr 77/November 2012. Abgerufen unter: http://www.jmcc.org/documentsandmaps.aspx?id=856 (Stand: 12.11.2012).
- Katz, Mark N. 2003: Breaking the Yemen-Al Qaeda Connection. In: Current History. Januar 2003. S. 40-43. Abgerufen unter: http://digilib.gmu.edu:8080/xmlui/bitstream/1920/3044/1/Breaking%20the%20Yemen-Al%20Qaeda%20connection.pdf (Stand: 07.12.2012)

- Katzman, Kenneth 2012: Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy. In: Congressional Research Service. 21.09.2012.
  Abgerufen unter: http://www.fas.org/sgp/crs/row/RL30588.pdf (Stand: 27.12.2012)
- Kepel, Gilles 2009: Die Spirale des Terrors – Der Weg des Islamismus vom 11. September bis in unsere Vorstädte. München: Piper Verlag. S. 7-19, 137-207.
- Khalatbari, Babak 2008: Afghanistan unter dem Terror der Taliban. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 39/2007. Bundeszentrale für Politische Bildung. Abgerufen unter: http://www.bpb.de/internationales/asien/afghanistan/48618/terror-der-taliban?p=all (Stand: 24.11.2012)
- Khatib, Ghassan/ Bröning, Michael 2011: What about Israeli Rejectionism? In: Foreign Affairs. Response. 11.12.2011. Abgerufen unter: http://www.foreignaffairs.com/articles/136730/ghassan-khatib-and-michael-broening/what-about-israeli-rejectionism (Stand: 04.12.2012)
- Komisar, Lucy 2002: Shareholders in the Bank of Terror? In: Salon. 15.03.2002. Abgerufen unter: http://www.salon.com/2002/03/15/al_taqwa/ (Stand: 06.01.2013)
- Leenders, Reinoud 2003: Hizbullah should hedge its bets. International Crisis Group. Abgerufen unter: http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/egypt-syria-lebanon/lebanon/leenders-hizbullah-should-hedge-its-bets.aspx (22.11.2012)
- Lefeuvre, Georges 2010: Afghanische Patrioten – Die Paschtunen, die Nation und die Taliban. In: Le Monde diplomatique. 08.10.2010. Abgerufen unter: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2010/10/08/a0047.text.name,ask092cJ0.n,7 (Stand: 24.11.2012)



Wandstuck in einer Gebetsnische der Freitagsmoschee von Isfahan



Schiitische Geistliche beim Gespräch. Der schwarze Turban rechts weist seinen Träger als Nachfahren des Propheten aus

- Libération 2012 (Editorial): Tunisie: Création d'une alliance de gauche contre la coalition au pouvoir. In: Libération. 13.08.2012. Abgerufen unter: http://www.liberation.fr/monde/2012/08/13/tunisie-creation-d-une-alliance-de-gauche-contre-la-coalition-au-pouvoir_839545 (Stand: 15.11.2012)

- Lichtblau, Eric/ Schmitt, Eric 2010: Cash Flow to Terrorists Evades U.S. Efforts. In: The New York Times. 05.10.2012. Abgerufen unter: http://www.nytimes.com/2010/12/06/world/middleeast/06wikileaks-financing.html?pagewanted=all&_r=0 (Stand: 26.12.2012)

- Lichtenthaeler, Gerhard 2010: Wasser im Jemen – Konflikte und Kooperationen. In: INAMO 62/2010. S. 33-37.

- Lübben, Ivesa 2002: Die Muslimbrüder, eine islamische Sozialbewegung. In: INAMO. 31/2002. S. 9-13.

- Lübben, Ivesa 2008: Die ägyptische Muslimbruderschaft: Islamische Reformbewegung oder politische Partei? In: Asseburg, Muriel (Hg.): Moderate Islamisten als Reformakteure? Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. 101-114.

- Lübben, Ivesa 2008a: Entwicklungspolitische Konzepte in der Programmdiskussion der ägyptischen Muslimbruderschaft. In: Politischer Islam in arabischen Ländern. Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern. GTZ. S. 8-17.

- Lübben, Ivesa 2012: Moderate islamistische Parteien in der Regierungsverantwortung in Tunesien und Ägypten – außen- und innenpolitische Konzepte und Herausforderungen für die internationale Zusammenarbeit. Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern. GTZ.

- Maarouf, Mahmoud 2012: [Machetenangriff auf Sicherheitskraft in Tunesien] In: Al-Quds al-Arabi. 29.10.2012. Abgerufen unter: http://alquds.co.uk/index.asp?fname=today\29qpt950.htm&arc=data\2012\10\10-29\29qpt950.htm (Stand: 30.10.2012)

- Maass, Citha D. 2011: Afghanistan's Drug Career. In: SWP Research Paper. März 2011. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2011_RP04_mss_ks.pdf (Stand: 27.12.2012)
- Maass, Citha D./ Ruttig, Thomas 2011: Afghanistan vor neuem Bürgerkrieg? In: SWP-Akteuell. August 2011. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A40_mss_rut.pdf (Stand: 26.12.2012)
- Madayash, Arafat/ Abu-Husain, Sawsan 2009: Al Qaeda Call for Islamic State in Southern Yemen. In: Al-Sharq al-Awsat. 14.05.2009. Abgerufen unter: http://www.aawsat.com/english/news.asp?section=1&id=16728 (Stand: 06.12.2012)
- Malley, Robert/Agha, Hussein 2005: Now Hamas must come into its own. The Guardian. 18.05.2005. abgerufen unter: http://www.guardian.co.uk/world/2005/may/18/comment (Stand: 22.10.2012)
- Mandaville, Peter 2007: Global Political Islam. London: Routledge. S. 198-274.
- Manea, Elham 2010: Am Anfang war der Stamm. In: INAMO 62/2010. S. 4-8.
- Marks, Monica 2012: Ennahda's rule of engagement. Carnegie Endowment for International Peace. 10.10.2012. Abgerufen unter: http://carnegieendowment.org/2012/10/18/ennahda-s-rule-of-engagement/e29q (Stand: 20.11.2012)
- Mattes, Hanspeter 2012: Tunesien, Algerien und Marokko – Drei Protestbewegungen, drei unterschiedliche Ergebnisse. In: Arabische Zeitenwende. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 163-170.
- Mazzetti, Mark/ Schmitt, Eric 2008: Pakistanis aided Attack in Kabul. U.S. Officials say. In: The New York Times. 01.08.2008. Abgerufen unter: http://www.nytimes.com/2008/08/01/world/asia/01pstan.html (Stand: 27.12.2012)
- Mazzetti, Mark/ Schmitt, Eric/ Worth, Robert F. 2011: Two-Year Manhunt Led to Killing of Awlaki in Yemen. In: The New York Times. 30.09.2011. Abgerufen unter: http://www.nytimes.com/2011/10/01/world/middleeast/anwar-al-awlaki-is-killed-in-yemen.html?pagewanted=all&_r=0 (Stand: 30.11.2012)
- Mendelsohn, Barak: Hamas and its Discontents. The Battle over Islamic rule in Gaza. In: Foreign Affairs. 9/2009. Abgerufen unter: http://de.scribd.com/doc/20438218/Hamas-and-Its-Discontents-The-Battle-Over-Islamic-Rule-in-Gaza (Stand: 11.11.2012)
- Mertes, Michael/ Knocha, Jörg 2012: Die Hamas und die „Arabellion". In: KAS-Länderbericht. 09.07.2012. Abgerufen unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_31574-1522-1-30.pdf?120720161626 (Stand: 17.11.2012)
- Messerschmid, Clemens 2008: Wassernotstand im Gazastreifen. In: INAMO. 53/2008. S. 46-50.
- Meyer, Henrik 2010: Hamas und Hizbollah – Eine Analyse ihres Politischen Denkens. In: Michael Th. Greven (Hrsg.): Politische Theorie. Bd. 9. Münster/Hamburg/London: Lit Verlag.
- Milani, Mohsen 2011 (Interview): Iran's Ties to the Taliban. United States Institute of Peace. Abgerufen unter: http://iranprimer.usip.org/blog/2011/aug/10/iran%E2%80%99s-ties-taliban (Stand: 28.12.2012)
- Mitchell, Richard P. 1969: The Society of the Muslim Brothers. New York: Oxford University Press.
- Mount, Mike 2012: U.S. official: Afghanistan surge over as last of extra troops leave country. In: CNN. 21.09.2012. Abgerufen unter: http://edition.cnn.com/2012/09/20/world/asia/afghanistan-us-troops/index.html (Stand: 27.12.2012)
- Mullen, Rani D. 2009: Afghanistan 2008 – State Building at the Precipice. In: Asian Survey. 49/1. S. 28-38.

- Nasrallah, Hassan 2011: [Rede Nasrallahs über die Unterstützung Ägyptens], Al Manar TV, 07.02.2011. Abgerufen unter: http://www.youtube.com/watch?v=VMx5ThLew7M&feature=relmfu (Stand: 13.11.2012)
- Nasrallah, Hassan 2011a: [Rede Nasrallahs zur Situation in Syrien und Bahrain], Al Manar TV, 24.06.2011. Abgerufen unter: http://www.youtube.com/watch?v=8f7YHvDmMT4&feature=related (Stand: 13.11.2012)
- Nasrallah, Hassan 2012: "We've Received Moral, Political & Material Support from Iran since 1982." YouTube 07.02.2012. Abgerufen unter: http://www.youtube.com/watch?v=RUKv5cXW_lM (Stand: 13.11.2012)
- Nasrallah, Hassan 2012a: Nasrallah to Assange – Hezbollah talked to Syria opposition: we want dialogue, US & Israel want civil war. In: Russia Today. 17.04.2012. Abgerufen unter: http://rt.com/news/assange-hezbollah-nasrallah-syria-263/ (Stand: 15.11.2012)
- Nassif-Debs, Marie 2008: Die libanesische Krise. In: INAMO. 53/2008. S. 6-9.
- Nordland, Rod 2011: Afghan Rights Groups Shift Focus to Taliban. In: The New York Times. 09.02.2011. Abgerufen unter: http://www.nytimes.com/2011/02/10/world/asia/10afghanistan.html?_r=0 (Stand: 26.12.2012)
- NY Times 2012 (Editorial): „Hezbollah". In: The New York Times. 15.08.2012. Abgerufen unter: http://topics.nytimes.com/top/reference/timestopics/organizations/h/hezbollah/index.html (Stand: 04.11.2012)
- NY Times 2012a (Editorial): Peace Talks with the Taliban. In: The New York Times (Editorial). 04.10.2012. Abgerufen unter: http://www.nytimes.com/2012/10/05/opinion/peace-talks-with-the-taliban.html (Stand: 27.12.2012)
- NZZ 2012 (Editorial): EU stuft Hizbullah nicht als Terrororganisation ein. In: Neue Zürcher Zeitung. 25.07.2012. Abgerufen unter: http://www.nzz.ch/aktuell/international/die-eu-stuft-den-hizbullah-nicht-als-terrororganisation-ein-1.17397256 (Stand: 20.11.2012)
- Ouaissa, Rachid 2008: Islamistische Parteien im Maghreb – Der Maghreb zwischen moderatem und radikalem Islam. In: Politischer Islam in arabischen Ländern. Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern. GTZ. S. 55-72.
- Perlez, Jane 2009: Rebuffing U.S., Pakistan Balks at Crackdown. In: The New York Times. 14.12.2009. Abgerufen unter: http://www.nytimes.com/2009/12/15/world/asia/15haqqani.html?_r=0 (Stand: 27.12.2012)
- Perthes, Volker 2011: Der islamische Faktor im „arabischen Frühling". In: Neue Zürcher Zeitung. 01.12.2011. Abgerufen unter: http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/der-islamische-faktor-im-arabischen-fruehling-1.13473284 (Stand: 22.11.2012)
- Phillips, Sarah 2009: Yemen's Democracy Experiment in a Regional Perspective – Patronage and Pluralized Authoritarianism. New York: Palgrave Macmillan. S. 1-11, 39-173.
- Politisches Manifest der Hizbullah 2009. Hizbullah Media Relations. Abgerufen unter: http://www.english.moqawama.org/essaydetails.php?eid=9632&cid=214 (Stand: 05.11.2012)
- Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern, GIZ: Armut, Allah, Attentate – die Taliban in Afghanistan und Pakistan. Präsentation vom 12.08.2011.
- Ravid, Barak 2011: Netanyahu: Palestinian Authority must choose - peace with Israel or Hamas. In: Haaretz. 27.04.2011. Abgerufen unter: http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/netanyahu-palestinian-authority-must-choose-peace-with-israel-or-hamas-1.358460 (Stand: 10.11.2012)



Abendliches Gespräch von Schriftgelehrten in der Moschee von Jibla, Jemen

- Reuters 2011 (Editorial): Thousands protest against Lebanon's sectarian system. In: Reuters. 06.03.2011. Abgerufen unter http://www.reuters.com/article/2011/03/06/us-lebanon-protest-idUSTRE7251SR20110306 (Stand: 15.11.2012)

- Reuters 2012: Egypt Islamists draft code to boost Islamic banks. In: Al Arabiya. 11.06.2012. Abgerufen unter: http://english.alarabiya.net/articles/2012/06/11/220060.html (Stand: 06.01.2013)

- Rogler, Lutz 2010: Jemen versus Südarabien? Zur Entwicklung der „Bewegung des Südens". In: INAMO 62/2010. S. 24-29.

- Roll, Stephan 2012: Ägypten. In: Konrad-Adenauer-Stiftung Kairo: Islamistische Akteure in Nordafrika. 08.01.2012. Abgerufen unter: http://www.kas.de/upload/dokumente/2012/Islamische_Akteure/Islamische_Akteure_aegypten.pdf (Stand: 25.12.2012)

- Roll, Stefan 2012a: Länderporträt Ägypten. In: Arabische Zeitenwende. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 156-162.

- Ronfeldt, David 2007: Al-Qaeda and its affiliates – A global tribe waging segmental warfare. In: Arquilla, John/ Borer, Douglas A. (Hrsg.): Information Strategy and Warfare – A Guide to Theory and Practice. New York: Routledge. S. 34-55. Abgerufen unter: http://www.rand.org/pubs/reprints/2008/RAND_RP1371.pdf (Stand: 15.12.2012)

- Rosiny, Stefan 2006 (Interview): „Das ist reine Propaganda". In: Die Tageszeitung. 09.08.2006. Abgerufen unter: http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2006/08/09/a0141 (Stand: 05.11.2012)

- Rosiny, Stefan 2008: Die Hisbollah im Libanon – Terroristischer Paria oder potentieller Partner für die Entwicklungszusammenarbeit? In: Politischer Islam in arabischen Ländern. Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern. GTZ. S. 28-38.
- Rosiny, Stefan 2010: Libanon. Heiße Spuren im „Mordfall Hariri"? In: Giga Focus. 7/2011. Abgerufen unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1007.pdf (Stand: 05.11.2012)
- Rosiny, Stefan 2011: Religionsgemeinschaften als Verfassungssubjekte. Libanon als Modell für Nahost? In: Giga Focus. 4/2011. Abgerufen unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1104.pdf (Stand: 4.11.2012)
- Roy, Olivier 2006: Globalised Islam – The Search for a new Ummah. London. S. 294-303.
- Roy, Olivier 2007: Der falsche Krieg – Islamisten, Terroristen und die Irrtümer des Westens. Paris. S. 19-83.
- Rubinstein, Danny 2012: Rafah Tunnels Smugglers Fed Up with Hamas' Heavy Taxes. In: Al-Monitor. 14.04.2010. Abgerufen unter: http://www.al-monitor.com/pulse/business/2012/02/smugglers-fed-up-with-hamas-taxe.html (Stand: 13.11.2012)
- Ruf, Werner 2002: Legalize it… Die Diktatur erhält Verfassungsrang. In: INAMO. 31/2002. S. 44-46.
- Ruf, Werner 2011: Die tunesische Revolution. In: INAMO Spezial. 2011. S. 12-15.
- Sakmani, Manuel Samir 2010: Hizbullah-Israel – Gleichgewicht des Schreckens? In: INAMO. 62/2010. S. 54-55.
- Sakmani, Manuel Samir/ Riebe, Manja 2010: „Hizbullahs Disneyland"? Die Tourismuspolitik der Hizbullah. In: INAMO. 63/2010. S. 46-50.



Buchhändler in Kabul: Ein hart verdientes Brot in einem Land mit über 70% Analphabeten

- Sarwar, Mustafa 2011: Is "Arab Spring" coming to Kabul? In: Radio Free Europe/Free Liberty. 13.05.2011. Abgerufen unter: http://www.rferl.org/content/transmission_arab_spring_in_kabul/24106252.html (27.12.2012)
- Schanzer, Jonathan 2012: Congressional Testimony: Terrorist Financing Since 9/11. Assessing an Evolving Al-Qaeda and State Sponsors of Terrorism. Abgerufen unter: http://homeland.house.gov/sites/homeland.house.gov/files/Testimony%20-%20Schanzer.pdf (Stand: 02.01.2013)
- Schanzer, Johnathan 2004: Yemen's War on Terror. In: Orbis 2004. Abgerufen unter: http://schanzer.pundicity.com/827/yemens-war-on-terror (Stand: 24.11. 2012)
- Schneckener, Ulrich 2006: Transnationaler Terrorismus – Charakter und Hintergründe des „neuen" Terrorismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schneckener, Ulrich 2010: Die soziale Konstruktion des „Terrorexperten". In: SWP Diskussionspapier. Mai 2005. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2179 (Stand: 17.12.2012)
- Seyfert, Karin/ Toukan, Hanan 2008: NGOs – Agenturen des Patronagesystems oder einer neuen Zivilgesellschaft. In: INAMO. 53/2008. S. 22-25.
- Shahrani, Nazif M. 2002: War, Factionalism, and the State in Afghanistan. In: American Athropologist. 104/3. S. 715-722.
- Shehata, Said 2011: Profiles of Egypt's political parties. In: BBC News. 25.11.2011. Abgerufen unter: http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-15899539 (Stand: 01.01.2013)
- Sieg, Klaus 2003: Zwischen Burka und Make-up. GTZ, Akzente 3/2003. Abgerufen unter: http://www2.gtz.de/dokumente/akz/deu/AKZ_2003_3/Afgh_Frauen.pdf (Stand: 22.11.2012)
- Steinberg, Guido 2005: Der Nahe und der Ferne Feind – Die Netzwerke des Islamistischen Terrorismus. München: C.H.Beck. S. 31-107; S. 162-178.
- Steinberg, Guido 2006: Der Westen ist nicht das primäre Ziel des islamistischen Terrorismus. In: Conturen 1/2006. Abgerufen unter: http://www.swpberlin.org/common/get_document.php?asset_id=3114 (Stand: 14.11.2012)
- Steinberg, Guido 2007: Die Wiederkehr von al-Qaida – Aktuelle Entwicklungen im internationalen Terrorismus und ihre Folgen für Europa. In: SWP-Aktuell 62/2007. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4534 (Stand: 20.11.2012)
- Steinberg, Guido 2011: Al-Qaida zehn Jahre nach 9/11. In: SWP Kurz gesagt. 05.09.2011. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/al-qaida-zehn-jahre-nach-911.html (Stand: 22.11.2012)
- Steinberg, Guido 2011a (Interview): „Im Jemen hat al-Qaida keine Option sich einer größeren Aufstandsbewegung anzuschließen." In: SWP-kurz gesagt. 06.04.2011. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/al-qaida-im-jemen.html (Stand: 22.11.2012)
- Steinberg, Guido 2012: Wer sind die Salafisten? In: SWP-Aktuell. Mai 2012. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A28_sbg.pdf (Stand: 02.01.2013)
- Steinberg, Guido/ Wagner, Christian/ Wörmer, Nils 2010: Pakistan gegen die Taliban. In: SWP-Aktuell. März 2010. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A30_sbg_wgn_wmr_ks.pdf (Stand: 26.12.2012)
- Steinvorth, Daniel (2011): Agypten - Zerstört die Tempel. Der Spiegel 12. Dez. 2011. Abgerufen unter: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-82995596.html (Stand 15.01.2013).

- Stracke, Nicole 2010: Die Al-Qaida-Organisation im Jemen. In: KAS Auslandsinformationen 8/2010. Abgerufen unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_20261-544-1-30.pdf?100802124514 (Stand: 19.12.2012)
- Tahir, Muhammad 2008: Gulbuddin Hekmatyar's Return to the Afghan Insurgency. In: The Jamestown Foundation. 29.05.2008. Abgerufen unter: http://web.archive.org/web/20080602104444/http://www.jamestown.org/news_details.php?news_id=325 (Stand: 27.12.2012)
- Talbi, Mohamed 2012 (Interview): Tunisie – Mohamed Talbi „Ennahdha est comme un cancer". In: Jeune Afrique. 09.11.2012. Abgerufen unter: http://www.jeuneafrique.com/Article/JA2703p050-053.xml0/tunisie-islam-coran-interviewtunisie-mohamed-talbi-ennahdha-est-comme-un-cancer.html (Stand: 14.12.2012)
- The Guardian 2012 (Editorial): Hamas prime minister backs Syrian protests against Assad. In: The Guardian. 24.02.2012. Abgerufen unter: http://www.guardian.co.uk/world/2012/feb/24/hamas-pm-backs-syrian-protests (Stand: 17.11.2012)
- Tiedjen, Jörg/ Mattes, Norbert 2011: Wer ermordete „Mr. Libanon"? In: INAMO. 66/2011. S. 4-47.
- Tiemeier, Victoria 2011: Strassenkämpfe in Kairo – Zeichen setzen per Dekret. In: Zenith Online. 23.11.2012. Abgerufen unter: http://www.zenithonline.de/deutsch/politik//artikel/zeichen-setzen-per-dekret-003482/ (Stand: 23.11.2012)
- Tozy, Mohamed 1999: Monarchie et Islam politique au Maroc. Paris: Presses de Sciences Po.
- Transfeld, Mareike 2010: Al-Qaida, Sezessionsbewegung, Huthis – eine „Achse des Bösen"? In: INAMO 62/2010. S. 38-41.
- Transkript der Rede Netanjahus vor dem US-Kongress. Israel Ministry of Foreign Affairs. 26.12.2012. Abgerufen unter: http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Speeches+by+Israeli+leaders/2011/Speech_PM_Netanyahu_US_Congress_24-May-2011.htm (Stand: 17.11.2012)
- Transkript der Rede von Abbas vor der UN-Generalversammlung. In: Haaretz. 23.09.2011. Abgerufen unter: http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/full-transcript-of-abbas-speech-at-un-general-assembly-1.386385 (Stand: 17.11.2012)
- UN OCHA oPt 2012: Five Years of Blockade – The Humanitarian Situation in the Gaza Strip. Juni 2012. UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory (UN OCHA oPt). Abgerufen unter: http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_gaza_blockade_factsheet_june_2012_english.pdf (Stand: 12.11.2012)
- Wahlprogramm PJD 2011: Pour un Maroc Nouveau. Le Maroc de la Liberté, de la Dignité, du Développement et de la Justice. Programme electoral du Parti de la Justice et du Développement. Elections législatives du 25 novembre 2011. Abgerufen unter: http://jalileloutmani.files.wordpress.com/2011/11/lc3a9gislatives-2011-programme-pjd-fr.pdf (21.11.2012)
- Waldman, Mat 2010: The Sun in the Sky: The relationship between Pakistan's ISI and Afghan insurgents. In: Crisis States Research Centre. London School of Economics. Discussion Paper 18/2010. Abgerufen unter: http://www.aljazeera.com/mritems/Documents/2010/6/13/20106138531279734lse-isi-taliban.pdf (Stand: 26.12.2012)
- Wegner, Eva 2007: Islamist Incluion and Regime Persistence. The Moroccan Win-Win Situation. In: Schlumberger, Oliver (Hg.): Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Non-Democratic Regimes. Stanford: Stanford University Press. S. 75.-89.

- Wegner, Eva 2008: Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ in Marokko: Von Moderierung zu Pragmatismus. In: Asseburg, Muriel (Hg.): Moderate Islamisten als Reformakteure? Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 126-137.
- Werenfels, Isabelle 2011: Tunesia leads the Way Again. In: SWP Comments 37. November 2011. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2011C37_wrf_ks.pdf (Stand: 30.10.2012)
- Wiedemann, Charlotte 2012: Jemen – Notes on the Uprising. In: INAMO 69/2012. S. 31-32.
- Wimmen, Heiko 2010: Hisbollah vs. Israel – Steht ein neuer Nahost-Krieg bevor? In: SWP-Aktuell 56. Juli 2010. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A56_wmm_ks.pdf (Stand: 04.11.2012)
- Wörmer, Nils 2012: Sondierungsgespräche und Friedensinitiativen in Afghanistan. In: SWP-Aktuell. November 2012. Abgerufen unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A70_wmr.pdf (Stand: 26.12.2012)



Junge Frau beim Gebet in der Freitagsmoschee von Isfahan



Publikationen des Programmbüros

- **Eine Theologie der Natur**- Biodiversität als Unterrichtsfach an algerischen Koranschulen (Broschüre, 2012) - verfügbar auf Deutsch und Französisch.
- **Eine Theologie der Natur**- Biodiversität als Unterrichtsfach an algerischen Koranschulen (Film 14 min., 2012) - verfügbar auf Deutsch, Französisch und Arabisch.
- **Sharia und Entwicklungszusammenarbeit** (2011) - Deutsch.
- **Islam und Entwicklungszusammenarbeit - Ein Widerspruch? / Islam and Development Cooperation / Islam et la Coopération au Développement** (2010-2012)- verfügbar auf Deutsch, Englisch, Französisch und Arabisch.
- **Lehrbuch zu Biodiversität für Koranschulen** (La Biodiversité - Défis et Solutions, 2010 / Biodiversity Education in Algerian Quranic Schools, 2012)- verfügbar auf Französisch, Englisch und Arabisch.
- **Challenges of Migration and Employment in Tajikistan against the Background of the Global Financial Crisis** (Tajikistan Forum 3, 2010) - verfügbar auf Englisch und Russisch.
- **Challenges of Economic Development in Tajikistan under the Conditions of the Global Economic Crisis** (Tajikistan Forum 2, 2010) - verfügbar auf Englisch und Russisch.
- **Challenges and main Directions of Development of the Education Sector in Tajikistan** (Tajikistan Forum 1, 2008) - verfügbar auf Englisch und Russisch.
- **Glaube der Veränderung – Algerische Imame für den Umweltschutz** (Film 25 min.) - verfügbar auf Deutsch und Französisch.
- **The role of the Mosque in environmental education / La Rôle de la Mosquée dans L'Éducation Environnementale** (Handbuch für Imame zur Gestaltung von Freitagspredigten, 2008) - verfügbar auf Englisch, Französisch und Arabisch.
- **Young People, Migration and Education** (Maghreb Round Table 3, Sevilla, Spain, 2009) - verfügbar auf Englisch und Französisch.
- **Creating a Future Worth Living: Supporting Environmental Ethics in the Maghreb** (Maghreb Round Table 2, Algier, Algerien, 2008) - verfügbar auf Englisch und Französisch.
- **Tradition and Modernization – Promoting Sustainable Economic Development** (Maghreb Round Table 1, Ifrane Marokko, 2008) - verfügbar auf Englisch und Französisch.
- **Politischer Islam in arabischen Ländern** (2008) -Deutsch.
- Materialsammlung „**Islam und TZ in Afrika**".
- **Entwicklungszusammenarbeit in islamisch geprägten Ländern – Beispiele aus der Arbeit der GIZ / Development Cooperation in Muslim Countries – The Experience of the German Technical Cooperation** (2006)- verfügbar auf Deutsch und Englisch.

„Allahu akbar" – „Gott ist groß" – ziert das Maschinengewehr dieser afghanischen Gotteskrieger

Autoren

Dr. Oliver Schlumberger ist Professor für Politik des Vorderen Orients und Vergleichende Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen und leitet dort seit 2009 den gleichnamigen Arbeitsbereich. Zuvor arbeitete er als Senior Researcher im Bereich Governance, Statehood, Security am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn. 2004 promovierte er zum Thema *Patrimonial Capitalism. Economic Reform and Economic Order in the Arab World*. Seine Schwerpunkte in Lehre und Forschung beinhalten politische Regime zwischen Demokratisierung und Autokratie, Transition und Systemwechsel, Entwicklungspolitik, sowie die politische Ökonomie von Entwicklungsländern. Zu seinen jüngeren Publikationen zählen u.a. die Bücher *Debating Arab Authoritarianism* (Stanford: Stanford University Press 2008), *Autoritarismus in der arabischen Welt* (Baden-Baden: Nomos 2008), und *International Politics and National Political Regimes: Promoting Democracy - Promoting Autocracy?* (gemeinsam mit Peter Burnell, London: Routledge 2012).

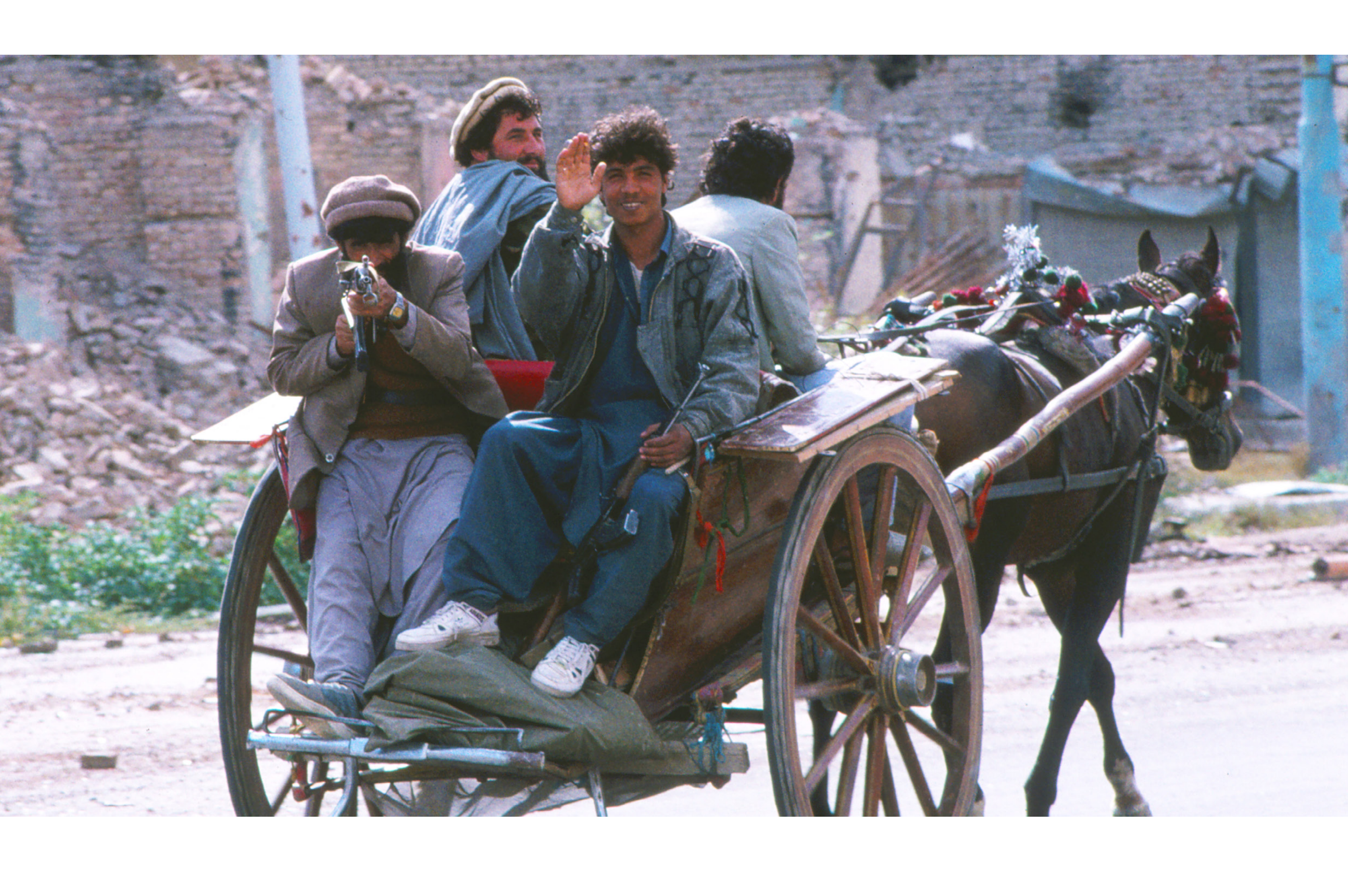
Dr. Peer Gatter ist Politologe und Islamwissenschaftler. Zu seinen Forschungsgebieten zählen Wasserpolitik, die politische Ökonomie der MENA Region und der politische Islam. Nach dem Studium an den Universitäten Tübingen, Georgetown und Teheran arbeitete er zunächst als freier Journalist und berichtete für *Zeit, Focus* und *Spiegel* aus Afghanistan, Iran, Nahost und Nordirland. Ab 1999 war er für die Weltbank und UNDP als Berater in verschiedenen Ministerien des Jemens tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassten Dezentralisierung, Landwirtschaftsreform, Wasser und Umwelt sowie die Biodiversität des Sokotra Archipels und des Roten Meeres. Sein besonderes Augenmerk galt den landwirtschaftlichen und politischen Aspekten der Droge Qat. Seit 2008 ist er in der deutschen EZ tätig, zunächst als Koordinator im syrisch-libanesischen Wassersektor und seit 2010 als Koordinator des Programmbüros Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern der GIZ. Zu seinen Publikationen zählen *Khomeinis Erben - Machtpolitik und Wirtschaftsreformen im Iran* (Lit Verlag 1998), *Shattered Dreams at Kilimanjaro - An Historical Account of German Settlers* (gemeinsam mit Helmut Glenk und Horst Blaich, Trafford 2007) und *Politics of Qat - The Role of a Drug in Ruling Yemen* (Reichert Verlag 2012).



Danaë Panissié ist Masterstudentin der Politikwissenschaft und wissenschaftliche Hilfskraft am Arbeitsbereich Vorderer Orient und Vergleichende Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Am Lehrstuhl von Prof. Schlumberger arbeitet sie derzeit schwerpunktmäßig an der Rolle des politischen Islam in Transformationsgesellschaften der MENA-Region, sowie an der Erforschung neuer gesellschaftlicher Dynamiken und ihres Einflusses auf politische Veränderungsprozesse. 2010 schloss sie ihren Bachelor of Arts in Politikwissenschaft und Orientalistik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ab und erweiterte ihre Regional- und Sprachkenntnisse durch zahlreiche Studien-, Sprach- und Arbeitsaufenthalte von Marokko bis Palästina.







Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
T +49 6196 79-0
F +49 6196 79-1115
E info@giz.de
I www.giz.de

ISBN 978-3-944152-24-0

Eberhard Karls Universität Tübingen
Institut für Politikwissenschaft

Melanchthonstr. 36
72074 Tübingen
T +49 7071 29 754 45
F +49 7071 29 24 17
E ifp-verwaltung@uni-tuebingen.de
I www.uni-tuebingen.de/pol